Leitfaden

zu

academischen Vorlesungen

über das

im Königreiche Bayern diesseits des Rheines

geltende

gesammtländische Civilrecht

von

Dr. H. G. Gengler.

Erlangen,
Druck der Universitäts-Buchdruckerei von Junge & Sohn.
1857.

Einleitung.

§. 1. I. Begriff und Eintheilungen des bayerischen Civilrechts überhaupt.[1])

§. 2. II. Bedeutung und Aufgabe eines dießrheinisch-gesammtländischen Civilrechts Bayern's insbesondere.

§. 3. III. Positive Grundlagen desselben:

A. Die Legislation König Maximilian Joseph's I. (1806—1825.)[2])

a. Die Constitution vom 1. Mai 1808[3]) und die dazu gehörigen constitutionellen Edicte[4]);

b. Einzelverordnungen civilrechtlichen Inhalts aus dem Zeitraume von 1806 bis 1818[5]);

c. Die Verfassungs-Urkunde vom 26. Mai 1818 und ihre Beilagen.[6])

d. Die Gesetzgebung der ersten Landtage von 1819, 1822, 1825.[7])

B. Die Legislation König Ludwig's I. (1825—1848.)[8])

C. Die Legislation König Maximilian's II. (1848—1856.)[9])

§. 4. IV. Literatur:

a. Gesammt-Commentare[10]);

b. Zeitschriften[11]);

c. Sammlungen von Rechtsfällen[12]).

---

1) Vgl. meine Schrift: Quellengeschichte u. System des im K. Bayern mit Ausschluß der Pfalz geltenden Privatrechts, Bd. I (Erlangen 1846) §. 1. Ueber den heutigen Länderbestand des Königreichs Bayern s. M. Th. Contzen, Geschichte Bayerns, Abthl. I (Münster 1853) Einleit. §. 1 S. 3—6, Pl. Stumpf's Bayern (München 1855) S. 7, 8, 49, 211, 323, 435, 541, 657, 773, 925. Wegen der Pfalz und der allda geltenden Rechtsquellen insbes. s. Ph. J. Serini, Chronol. Zusammenstellung der während der provisorischen französ. Verwaltung in

den deutschen Rheinlanden publizirten älteren französ. Gesetze (Mannheim 1848) u. Rechtslexikon Bd. I S. 649 flg.

2) Vgl. J. H. Wolf, Max Joseph des Ersten Königs von Bayern kurze Lebens- u. Regierungsgeschichte (3. Aufl. München 1835) §. 21 S. 28 flg. G. v. Lerchenfeld, Geschichte Bayerns unter König Maximilian Joseph I. mit besond. Beziehung auf die Entstehung der Verfassungs-Urkunde (Berlin 1854) S. 39 flg. 52 flg. 70 flg. 91 flg. ꝛc. S. auch die Uebersicht der bayerischen Rechtsgesetzgebung unter Max IV. Joseph bis z. J. 1825 in Schunck's Jahrbüchern der ges. dtsch. jurist. Literatur I, 215 flg. III, 239 flg. IV, 79 flg. 219 flg. V, 299 flg. und J. v. Mussinan, Bayerns Gesetzgebung (München 1835) S. 62—171.

3) Reg.-Bl. v. 1808 S. 985—1000. v. Schelhaß, Magazin II, 32—48. Ueber Geist und Bedeutung dieses ersten Grundgesetzes s. Gönner's Archiv f. d. Gesetzgebung und Reforme des jurist. Studiums Bd. II S. 341—56, Bülau's Geschichte Deutschlands von 1806 bis 1830 (Hamburg 1842) S. 49—62, Pözl's Samml. S. VII—XI, v. Lerchenfeld a. a. O. S. 39—41.

4) Einen Ueberblick derselben gibt Gönner a. a. O. Bd. III S. 1—4. Ueber das Lehenedict v. 7. Juli 1808 (Reg.-Bl. S. 1893 flg.) insonderheit vgl. H. v. Aufseß, Das Lehnwesen in Beziehung auf die Anforderungen des Rechts und der Zeit (Nürnberg 1828) S. 29 flg. u. Ph. J. Mayr's Handb. des gem. u. Bayer. Lehnrechts (Landshut 1831) §. 33 S. 75, §. 168 S. 380 flg. u. s. w.

5) Für alle landesherrlichen Verordnungen [s. über die Arten derselben, z. B. „Edicte, organische, Instructionen, Rescripte", F. X. Krüll's Handb. des kgl. baierischen gem. bürg. Rechts, Landshut 1807 flg., Bd. I §. 18] trat mit dem 1. Januar 1806 nach Verord. v. dems. (Reg.-Bl. S. 4) unter Aufhebung der bis dahin erschienenen Provinzial-Regierungsblätter, z. B. für Franken, Schwaben, die Oberpfalz, ein allgemeines offizielles „Königlich-Baierisches Regierungsblatt" in das Leben, welches als das einzige Organ der Publication, alle Verordnungen, Bekanntmachungen, Beförderungen und offiziellen Proclamationen der einzelnen General-Landes-Commissariate und Provinzial-Landesdirectionen enthalten sollte, so daß andere öffentliche Blätter nur Auszüge daraus liefern durften. Provinzial-Intelligenzblätter wurden gestattet, ja sogar gewünscht; doch ward ihnen der Charakter offizieller Schriften durchaus versagt. C. A. Gründler's Einleitung z. baierischen Privatrecht (Erlangen 1817) §. 40 Anmerk. S. 86 flg. Von dem hier aufgestellten Principe wich aber die Gesetzgebung sehr bald selbst wieder ab, indem sie für einzelne Amtsdistricte bestimmte Verordnungen blos in dem betreffenden Provinzial-Wochenblatte, nicht im Regierungsblatte, veröffentlichte. F. Chr. Arnold's Beiträge zum teutschen Privat-Recht Thl. I (Ansbach 1840) S. 17 Noten 2, 6.

Die Geltung solcher älteren Verordnungen in den erst nach ihrem Erscheinen mit Bayern vereinigten Gebietstheilen angehend, so ist diese (abgesehen von den auf den inneren Organismus der evangelischen Kirche bezüglichen Normen, welche keine besondere nachträgliche Publication erheischen) von dem

Beweise abhängig, daß die einzelne Verordnung entweder a) durch eine spätere auf alle inzwischen zu Bayern gekommenen Landestheile überhaupt erstreckt, oder, wo dieses nicht geschehen, b) in dem betreffenden incorporirten Gebiete nach seiner Vereinigung speciell durch die bayerische Staatsgewalt promulgirt worden sei. Was nun den Fall ad a) betrifft, so liegt eine solche gesetzliche Ausdehnung keineswegs schon in jedem Wiederabdrucke einer früheren Verordnung im Regierungsblatte; denn in Folge der blosen neuerlichen Einschärfung von Seite der Landesdirection erhielt eine Verordnung keinen weiteren Geltungskreis, als sie bereits bei ihrer ersten und eigentlichen Promulgirung gehabt hatte. Ein Beispiel s. unten §. 24. Die ad b) erwähnte Specialpublication dagegen muß 1) eine förmliche d. h. sowohl durch die hiezu geeignete oberste Landesbehörde, als auch in dem zu solchen Zwecken eingeführten öffentlichen Blatte geschehen sein. So ward sie z. B. in den fränkischen Fürstenthümern vor 1806 durch das churfürstlich-fränkische General-Landes-Commissariat mittels Einrückens in das churbayerische Regierungsblatt für Franken vorgenommen. Seit 1814 aber, in welchem Jahre Würzburg zum zweiten Male an Bayern fiel, wurden daselbst frühere bayerische Verordnungen durch besondere Rescripte veröffentlicht, welche die kgl. Hofcommission im „K. B. Intelligenzblatte für das Großherzogthum Würzburg", später „für den Untermainkreis" ausschrieb. Vgl. Bl. f. RA. IX, 320. Ferner darf 2) bei Verordnungen, welche nicht rein-juristischen, sondern auch administrativen Inhalts sind, die Tendenz der (gleichwohl in obiger Weise geschehenen) Veröffentlichung nicht blos dahin gegangen sein, ausschließlich den Verwaltungsbehörden einen Anhaltspunkt zur Lösung gewisser kameralistischer Fragen zu bieten. Denn erhellt einmal diese Absicht, so kann von einer verbindenden Kraft für die Civilgerichte keine Rede sein. Hienach war z. B. die Controverse, ob die Verordnungen v. 10. Juni 1799 und 4. August 1807 über Einmischung der Juden in Güterkäufe in Folge ihres Abdruckes im Intelligenzblatte für den Untermainkreis v. 1817 Nr. 98 S. 2671 als für die Civilgerichte publizirt zu betrachten seien oder nicht, offenbar gegen die früher in den Bl. f. RA. VII, 368 vertheidigte Ansicht verneinend zu entscheiden. Endres ebendas. IX, 49 — 60. Seit 1818 können übrigens Civilrechtsfragen entscheidende ältere Verordnungen, z. B. über Großjährigkeit, nur durch Gesetze über die Grenzen ihres ursprünglichen Geltungskreises ausgedehnt oder gänzlich aufgehoben werden. VU. v. 1818 VII §. 2.

Die das Privatrecht betreffenden Einzelverordnungen aus der bezeichneten Periode nebst den wenigen nachmals gesammtländisch gewordenen aus früherer Zeit finden sich vollständig in einer dem Codex civilis v. 1756 angepaßten systematischen Ordnung gesammelt in den von H. A. Moritz herausgegebenen „Novellen zum Baierischen Landrecht", Memmingen 1820.

*) Unter „Novellen", welchen von der Legislation nicht angewandten Ausdruck die bayerische Gerichts- und Juristensprache schon seit dem XVII. Jahrhunderte adoptirt hat, werden Verordnungen verstanden, welche sich auf bestehende Ge-

setzbücher beziehen, und insbesondere Ergänzungen, Abänderungen oder Erläuterungen derselben enthalten.

**) Auch das Strafgesetzbuch v. 16. Mai 1813 bietet hie und da, z. B. Thl. I Artt. 10, 15, 19, 20, 23, 24, 206, civilrechtliche Bestimmungen.

6) Ges.-Bl. v. 1818 S. 101 flg. Neue, durch Einschaltung der jüngeren Verfassungs-Normen ergänzte Ausgaben: J. Pözl, Sammlung der bayerischen Verfassungs-Gesetze, München 1852; K. Brater, Die Verfassungsurkunde des K. Bayern und die Verfassungs-Edicte in ihrem gegenwärtigen Bestand, 2. Aufl. Nördlingen 1855. Ueber Entstehung, Charakter und Werth dieses zweiten Grundgesetzes und seiner Beilagen vgl. Bülau a. a. O. S. 534 flg., v. Lerchenfeld a. a. O. S. 94—134, Pözl, a. a. O. S. XI—XIX und im Lehrb. des Bayerischen Verfassungsrechts, 2. Aufl. München 1854, §. 15 S. 25 flg.

7) v. Lerchenfeld a. a. O. S. 135 flg. 225 flg. 286 flg. S. noch J. Graf v. Soden, Der bayerische Landtag von 1819, Nürnberg 1821; R. v. Holzschuher, Der bayerische Landtag vom J. 1825, Abthl. I Erlangen 1826, Abthl. II Nürnberg 1827. Durch Verordnung v. 29. Dezember 1817 (Ges.-Bl. v. 1818 S. 6 flg. Novellen z. Bayer. LR. S. 14—16) wurde an die Stelle des allgemeinen Regierungsblattes (s. Note 5) ein mit dem Jahre 1818 beginnendes „Gesetzblatt für das Königreich Bayern" eingeführt, welches nach 1819 ausschließendes Organ der Publication der unter landständischer Mitwirkung erlassenen „Gesetze" i. e. S. geworden ist. Daneben bestand dann ein „allgemeines Intelligenzblatt", welches später den Titel „Regierungsblatt" erhielt, und insonderheit die Verordnungen zu veröffentlichen bestimmt ist. Uebrigens wird eine genaue Sonderung des Stoffes für die beiden genannten Blätter weder in der allegirten Verord. v. 1817 Artt. II, III noch im ersten Gesetzblatte v. 1819 factisch durchgeführt angetroffen; sie bildete sich vielmehr allmälig in den darauf folgenden Jahren durch die Uebung aus.

8) v. Mussinan a. a. O. S. 171—390. Fr. v. Ritter, Beiträge zur Regierungs-Geschichte König Ludwig I. von Bayern, Bd. I (München 1853) S. 25 flg. 37 flg. 70 flg. 162 flg. Vgl. auch v. Mussinan's Uebersicht über die von den Ständen des K. Bayern auf dem Landtage 1831 gefaßten und von der k. Staatsregierung bewilligten Beschlüsse, herausgeg. von H. Holzschuher, München 1832.

9) Sammlungen: a) Zusammenstellung der neuesten Gesetze für das Königreich Bayern, erlassen nach den Landtagen von 1848—1856, sammt den darauf bezüglichen Vollzugs-Instruktionen u. k. allerhöchsten Verordnungen aus den Jahren 1848—1855. Ein Handbuch für Beamte und Staatsbürger, Bd. I—III, Landshut, Thomann 1848—56. b) Neue Gesetze, Verordnungen 2c. für das Königreich Bayern, Bdch. I—IV, München, G. Franz 1850—56. 12. (Umfaßt den Zeitraum von 1849—1855.)

*) Das ganze hier in Betracht kommende Quellen-Material findet sich, theils systematisch theils in alphabetischer Artikelfolge, in nachfolgenden Werken gesammelt:

a. G. F. Döllinger, Sammlung der im Gebiete der inneren Staats-Verwaltung des K. Bayern bestehenden Verordnungen, aus amtlichen Quellen geschöpft und systematisch geordnet, XX Bände nebst IV Registerbänden, München 1835—1839. 4.

b. Fr. v. Strauß, Fortgesetzte Sammlung ꝛc., Bd. I—XII (XXI—XXXII), München 1853, 54. 4. [Begreift die Jahre 1835—1852.] Ueber beide Werke s. Brater's Bl. f. administr. Prax. VI, 331 flg.

c. Handbibliothek des bayerischen Staatsbürgers, 2. Aufl. V Bände nebst Supplementen, Augsburg 1845—47, 1850 flg. 8. (Die 1. Aufl. war 1837—41 in 5 Bdch. 12. erschienen.)

d. A. Barth, Lexikon der Bayerischen Gesetze, Verordnungen, Instructionen und Reglementar-Verfügungen, XLI Bände, Augsburg 1820—35.

e. W. Chr. Christlieb, Vollständige alphabetische Sammlung der gegenwärtigen Verfassungs- und Verwaltungs-Normen im K. Bayern, VI Lieferungen, Passau 1831—37.

f. S. v. Haller, Encyclopädie der Bayerischen Gesetzgebung für die sieben älteren Kreise (1818—1852). Ein praktisches Handbuch für jeden bayer. Staatsbürger, VI Bände nebst Register in 2 Abthl., Fürth 1853—56.

Das brauchbarste Repertorium ist G. F. Döllinger's Register über die in den Regierungs- und Gesetzblättern enthaltenen Verordnungen, nebst zehn (zuletzt von S. Jandebeur besorgten) Fortsetzungen, München 1826—55. 4.

10) Fr. Dollmann, Die Gesetzgebung des K. Bayern seit Maximilian II. mit Erläuterungen [in Verbindung mit Arndts, v. Bayer, Bluntschli, Brater, Pözl und Anderen] herausgegeben. Thl. I Privatrecht; II Staats- und Verwaltungsrecht; III Strafrecht und Strafproceß. Erlangen 1852—56.

11) H. v. Schelhaß, Magazin des Kgl. Baierschen Staats- und Privatrechts, II Bände, Ulm 1807, 8. J. Ch. A. M. v. Aretin, Jahrbücher der Gerechtigkeitspflege in Bayern, II Bände, Neuburg 1811—18. N. Th. v. Gönner und Ph. v. Schmidtlein, Jahrbücher der Gesetzgebung und Rechtspflege im K. Baiern, III Bände, Erlangen 1818—20. Fr. A. v. Zu-Rhein, Beiträge zur Gesetzgebung und practischen Jurisprudenz, mit besonderer Rücksicht auf Bayern, III Bände, München u. Würzburg 1826—31. Desselben Zeitschrift für Theorie und Praxis des Bayerischen Civil-, Criminal- und öffentlichen Rechts, III Bände, München 1834—39. Jahrbücher für die bayerische Gesetzgebung, Rechtswissenschaft und Staatsverwaltung, Bd. I, Nürnberg 1838. J. A. Seuffert, Blätter für Rechtsanwendung zunächst in Bayern [zuerst blos von Chr. C. Glück, nachher von diesem und C. F. Dollmann mitherausgegeben], Bd. I—XXII nebst 3 Heften Register, Erlangen 1836—57. K. Brater, Blätter für administrative Praxis zunächst in Bayern, Bd. I—VII, Nördlingen 1851—57. [Dazu Präjudizien-Sammlung in Beilagebänden.] Zeitschrift für Gesetzgebung und Rechtspflege des K. Bayern, mit Allerhöchster Genehmigung unter Aufsicht und Mitwirkung des kgl. Justizministeriums herausgegeben, Bd. I—III, Erlangen 1854—57. (Vgl. Münchner krit. Ueberschau IV, 407—11.)

12) F. A. v. Zu-Rhein und J. B. Sartorius, Sammlung merkwürdiger Rechtsfälle Bayerns, II Bände, Erlangen 1830, 31. M. du Prel, Sammlung auserlesener bayerscher Rechtsfälle, Präjudicien und anderer interessanter Erkenntnisse, VIII Bände, Landshut 1836—40. C. Arendts, Sammlung interessanter Erkenntnisse aus dem gemeinen und bayerischen Civil-Rechte und Prozesse, Bd. I—V, Nördlingen 1845—57.

Erster Abschnitt.

Die Rechtsnorm.

§. 5. A. Uebersicht.[1])

§. 6. B. Von den Gesetzen[2]), deren Entstehung[3]), Geltungs-Anfang[4]) und Aufhebung.[5])

§. 7. C. Von den Verordnungen.[6])

§. 8. D. Von der authentischen[7]) und doctrinellen Auslegung[8]) der Rechtsnormen.

§. 9. E. Von der Fortbildung des Rechts durch oberstrichterliche Präjudizien.[9])

---

1) Die Lehre von der Rechtsgewohnheit gehört im Allgemeinen dem particulären Privatrechte an. Ueber Autonomie kommt das Nöthige in den nachfolgenden §§. 15 und 20 zur Sprache.

2) Vgl. Pözl, Verfassungsrecht §§. 141—45 S. 352 flg. [Hinsichtlich der Bundes-Gesetze s. das. §. 142 S. 355 u. §. 14 Nr. 4 S. 24, §. 16 S. 28 flg.]

3) VU. v. 1818 VII §§. 2, 30. Von dem Gesetzblatte war oben §. 3 Note 7 die Rede.

4) Vgl. überhaupt fr. 9 §. 3 D. de jur. et facti ignor. XXII, 6 [Bayer. LR. v. 1756 I, 1 §. 6 mit v. Kreittmayr's Note hiezu, Anmerk. Bd. I S. 10] und wegen des platten Landes insbes. Verord. v. 5. Juni 1801 (Reg.-Bl. S. 417). — Keine rückwirkende Kraft. v. Zu-Rhein's Beitr. I, 26 flg. Arnold's Beitr. II, 121 Note 1. (Ausnahme: Ges. über Abschaffung des bürg. Tods v. 18. Nov. 1849 Artt. I, III.)

5) a. Verhältniß des Civilgesetzes zum Polizeigesetze, Arnold a. a. O. I, 666 Note 3; 799 Note 1. — b. Verhältniß des Civilgesetzes zum Gewohnheitsrechte, sich für die Periode nach 1818 lediglich nach VU. VII §. 2, dagegen für die Zeit vor 1818 nach dem betreffenden Particularrechte (Bayer. LR. I, 2 §. 15 Nr. 1, 4 = I, 1 §. 12; Preuß. LR. v. 1794 Einleit. §. 60; Oesterr.

Ges. v. 1786 I, 11 u. v. 1811 Einleit. §. 10) richtend. Arnold a. a. O. I Vorr. S. VII, VIII.

6) Ueber den Begriff s. Bl. f. RA. IX, 129 flg. Wegen des Publications-Modus vgl. oben §. 3 Noten 5, 7.

7) VU. v. 1818 VII §. 2. Dazu Bl. f. RA. XI, 135—37. Früheres Recht: Novellen z. Baier. LR. S. 16, 17.

8) a. Ministerial-Entschließungen und Instructionen. Verord. über Formation der Ministerien v. 9. Dez. 1825 §. 54 (Reg.-Bl. S. 995); Landtags-Abschied v. 25. Juli 1850 §. 35 (Franz'sche Neue Gesetze III, 43). Vgl. Bl. f. RA. XII, 81 flg. — b. Staatsraths-Beschlüsse. Instruct. f. d. Staatsrath v. 18. Nov. 1825 §. 7 (Reg.-Bl. S. 869). Vgl. Uibler in Zu-Rhein's Beitr. III, 281 flg. — c. Kammer-Verhandlungen. S. überhaupt J. A. Seuffert's Kommentar über die bayer. Gerichts-Ord. Bd. I §. 8 S. 27, 28.

9) Gesetz, die Verhütung ungleichförmiger Erkenntnisse bei dem obersten Gerichtshofe in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten betr., v. 17. Nov. 1837 (Ges.-Bl. S. 105—8) nebst der nicht allgemein veröffentlichten Vollzugs-Instruction v. 24. März 1838. Dazu H. A. Moritz, Real-Kommentar zum Kgl. Bayer. Gesetze v. 17. Nov. 1837 einige Verbesserungen der Gerichtsordnung ꝛc. betreffend. Nebst einem Anhang bezüglich des K. B. Präjudicien-Gesetzes v. J. 1837 (Erlangen 1840) S. 809—66. Bl. f. RA. VI, 84; VII, 385 flg.; XI, 367 flg.

Chronologisch zusammengestellt findet man die bisher erschienenen Plenarbeschlüsse in der von H. A. Moritz begonnenen, nachher anonym fortgesetzten „Sammlung der oberstrichterlichen Plenar-Beschlüsse in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und der Erkenntnisse über Competenz-Conflikte zwischen Gerichts- und Verwaltungsbehörden", Bd. I, II Heft 1, München 1843—57. [Hier ist auch Bd. I S. 1—16 das Gesetz v. 1837 nebst Auszug aus dem Landtags-Abschiede und Motiven abgedruckt.] Die Plenarbeschlüsse bis 1851 incl. stehen auch, jedoch ohne Entscheidungsgründe, bei v. Haller, Encyclopädie IV, 283—88.

*) Das frühere Recht (Bayer. LR. v. 1756 I, 2 §. 14 Nr. 3 = I, 1 §. 9 Nr. 2) angehend s. M. E. Graf in Zu-Rhein's Beitr. III, 330 flg.

Zweiter Abschnitt.

Das s. g. allgemeine Personenrecht.

Erstes Kapitel.

Von den physischen Personen.

§. 10. A. Von der persönlichen Freiheit aller Staatsgenossen.[1])

B. Von der bürgerlichen Rechtsfähigkeit, ihrer Minderung und Aufhebung.

§. 11. a) Vom Indigenate[2]) und Fremdenrechte.[3])

§. 12. b) Vom Einflusse des religiösen Glaubensbekenntnisses auf das Civilrecht:

α. die christlichen Confessionen[4]);

β. die Juden.[5])

§. 13. c) Von der Großjährigkeit.[6])

§. 14. d) Von der Rechtsbeschränkung in Folge peinlicher Strafen.[7])

C. Von den civilrechtlich bedeutsamen Auszeichnungen einzelner Standes-Klassen.

§. 15. a) Von den Standesherrn, ihrer Ebenbürtigkeit und Autonomie.[8])

§. 16. b) Vom übrigen Landes-Adel.[9])

§. 17. c) Von den siegelmäßigen Personen.

α. Geschichte des Instituts der Siegelmäßigkeit[10]);

β. Geltendes Recht.[11])

---

1) Const. v. 1808 I §. 3 mit Edict über die Aufhebung der Leibeigenschaft v. 31. Aug. 1808 (Reg.-Bl. S. 987, 1933 flg.; Novellen z. Baier. LR. S. 120—23). VU. v. 1818 IV §. 6 mit Beil. IV §. 49, VI §. 116. [Einleitende Normen: Verord. v. 22. Sept. 1799, 15. Jan. 1802 u. 9. Mai 1803.] Vgl. Schunck's Jahrbücher III, 245 flg. E. v. Moy, Lehrb. des bayer. Staatsrechts, Thl. I Abthl. 2 (Regensb. 1841) S. 11 flg. Pözl, Verfassungsrecht §. 26 S. 58.

*) Ueber die Geschichte der Leibeigenschaft, und zwar

a. in den Stammlanden vgl. Ruprecht v. Freysing I, 47—49, 51, 197 (Ausg. von G. L. v. Maurer S. 61 flg. 213 flg.); Reform. der bayr. LR. v. 1518 Tit. XXXVIII; Erklärung der Landsfreiheit v. 1553 (1616) Thl. III Art. 9, 10; LR. v. 1616 Tit. VI; LR. v. 1756 I, 8. Dazu v. Kreittmayr's Anmerk. I, 585 flg. Seifried's anonyme „Geschichte der ständischen Gerichtsbarkeit in Baiern" Thl. II (Leipz. 1793) S. 366 flg. Krüll's Handb. Bd. I §§. 143—50. A. Kopf, Die Grundherrlichkeit in den älteren Bestandtheilen des K. Bayern (Landshut 1809) S. 57 flg.

b. in den Provinzen s. Mittermaier's Grunds. des gem. dtsch. PR. Bd. I §. 99 Note 9 S. 270 flg. Die Leibeigenschaft war nämlich auch in den jetzt mit Bayern vereinigten Gebieten — einzelne reichsstädtische Territorien und später die Oberpfalz (s. Bayer. LR. v. 1756 a. a. O. §. 4 Nr. 3 mit Anmerk. S. 592 flg.; wegen des früheren Zustandes aber v. Fink, Münch. gel. Anz. 1842 Bd. II Nr. 252, 53) ausgenommen — einheimisch gewesen, erschien jedoch hie und da, besonders in den fränkischen Landen, schon sehr frühe bedeutend gemildert, so daß sich dieselbe fast nur noch aus den Namen einzelner Leistungen, besonders des Mortuarii (Chr. E. Haußelmann, Diplomat. Beweis der Landes-

Hoheit des Hauses Hohenlohe, 1751, S. 205 flg.), als existirend erkennen ließ. Eine totale Aufhebung war übrigens hier zum Theile bereits vor der Subjicirung der betreffenden Lande unter die Krone Bayern erfolgt; so in den österreichischen Grenzparzellen durch das Patent Kaiser Joseph's II. v. 20. Dez. 1782, in den Fürstenthümern Ansbach und Bayreuth durch die eingeführte preußische Legislation (LR. v. 1794 II, 7 §. 148), im letzteren überdies durch das auch auf Fulda mitbezügliche Napoleon'sche Decret d. d. Madrid 12. Dez. 1808, endlich in Aschaffenburg durch das großhzgl. frankfurtische Organisations-Patent v. 16. Aug. 1810 §. 13.

Angehend das im Edicte v. 1808 §. 5 erwähnte Mortuarium („Besthaupt, Todtenfall, Hauptfall, Gewandfall, Hauptrecht, Sterbhaupt"), so vgl.

a. für das ältere Recht Bayern's und Franken's: v. Kreittmayr a. a. O. S. 603—6, J. M. *Schneidt* in Thesaur. jur. Francon. Sect. I p. 1363 sq. Bl. f. RA. XII (Ergänz.-Bl.) S. 56—63.

b. für die Periode von 1808—1848: Döllinger's Samml. V, 2 S. 295 flg. Arnold's Beitr. II, 243—46. Bl. f. RA. VII, 315—19. Endlich

c. für die neueste Zeit: Grundlasten-Ablösungs-Gesetz v. 4. Juni 1848 Art. 3 mit Pözl's Erläut. in Dollmann's Gesetzgebung des K. Bayern Thl. I Bd. I S. 187.

2) VU. v. 1818 IV §. 1 mit Beil. I §. 1. Vgl. überhaupt Pözl's Verfassungsrecht §. 24 S. 48 flg.

3) Beil. I §§. 13—15 [mit Bl. f. RA. XIX, 359], 16—18 [nebst Prioritäts-Ord. v. 1822 §§. 8 Nr. 7, 34 u. Gesetz wider den Nachdruck v. 25. Apr. 1840 Art. XII], 19. Vgl. Pözl a. a. O. §. 23 S. 45 flg.

Wegen des Abschosses s. die zunächst auf die Nachsteuer sich beziehenden Verord. v. 6. Juli 1804 und 29. Juli 1817 (Reg.-Bl. S. 637, 747) nebst Beil. IV z. VU. v. 1818 §. 51 u. Beil. VI §. 115.

*) Die jetzige verfassungsmäßige Bezeichnung für Fremde (gegenüber den eigenthümlichen Ausdrücken der älteren Quellensprache: „Gäste, Außleuth, außwendige, ausherrische, einkommende Bürger ꝛc.") ist: „auswärtige Unterthanen" und es wird auch darin der heutige Begriff eines Fremden als einer Person, welche Unterthan einer anderen als der bayerischen Staatsgewalt ist, am Klarsten ausgesprochen. Allein ausnahmslos steht diese Definition der Fremden keineswegs da, indem in gewissen Fällen, der neueren Gestaltung des bayerischen Staatsgebietes ungeachtet, der Begriff „Fremde" noch immer in derselben Bedeutung aufgefaßt werden muß, in welcher ihn ein concretes Particular-Gesetz zur Zeit seiner Entstehung mit Rücksicht auf die damaligen Territorialverhältnisse aufgefaßt hatte. Diese Fälle sind aber: a) wenn es sich um ein durch die neuere Legislation aufrecht erhaltenes Local-Privileg handelt. Ein Beispiel bietet das Arrest-Privileg der Stadt München, enthalten im Stadtrechtsbuche v. 1347 Art. 35, bestätigt durch das bayerische LR. v. 1616 XIX, 7 u. den Cod. judic. v. 1753 I §. 8 Nr. 3. Vgl. Fr. Auer, Das Stadtrecht v. München (1840) S. XCIII flg. b) Wenn privatrechtliche Geschäfte in Frage stehen, welche ohne genaue und allseitige örtliche Bekanntschaft übernommen, leicht dritten dabei be-

theiligten Personen zu unmittelbarem Schaden gereichen können, wo daher das Motiv der ehemaligen Ausschließung Fremder im Statute noch in vollkommen gleichem Maße fortbesteht. Es gilt dies namentlich von dem Amte eines Testaments-Vollziehers (Schweinfurt. Stat. v. 1724 Sect. III Tit. XLI §. 1) und der Führung einer Vormundschaft (Preuß. LR. v. 1794 II, 18 §§. 156, 57; Oesterr. Ges. v. 1811 §. 192). c) Wenn von Rechtsinstituten die Rede ist, welche ihrem Ursprunge und ihrer Natur nach mit besonderen, von der staatlichen Einigung wohl zu trennenden Gemeinschafts-Verhältnissen zusammenhängen, z. B. von der Marklosung im engeren Sinne. Arnold's Beitr. II, 315 Note 2. Endlich d) wenn der Geltungskreis des für Fremde Ausnahmen constituirenden Gesetzes ein standesherrliches Gebiet ist, und die Rechtsbestimmung nur solche juristische Verhältnisse betrifft, welche als gar kein völker- und staatspolitisches Interesse darbietend, auch von den Einflüssen der deutschen Bundes- und bayerischen Staats-Gesetzgebung nicht berührt werden konnten. Hier ist jedoch auch umgekehrt die Möglichkeit gegeben, daß Personen, welche der Regierung Bayern's gegenüber als „auswärtige Unterthanen" erscheinen, im Sinne der betreffenden Particularverordnung gar nicht als Fremde erachtet werden dürfen, wenn nämlich dieselben in einem Theile der fraglichen Standesherrschaft wohnhaft sind, welcher nicht unter der bayerischen Souveränität sich befindet. Vgl. Hohenloher LR. v. 1738 I, 3 §. 2. (Arnold a. a. O. I, 379.)

4) VU. v. 1818 IV §. 9 Abs. 2; Gesetz, die bürgerl. und polit. Rechte der griechischen Glaubensgenossen betr., v. 1. Juli 1834 (Ges.-Bl. S. 41).

5) Beil. II z. VU. v. 1818 §§. 1, 2, 25. — Für das in Bayern geltende Judenrecht sind als Hauptquellen zu betrachten:

a. das Edict über die Verhältnisse der jüdischen Glaubensgenossen im K. Bayern v. 10. Juni 1813 (Reg.-Bl. S. 921 flg., auch in Pözl's Samml. S. 325 flg.), von welchem besonders die §§. 18, 20, 23, 30 hierher gehören; und
b. das Gesetz, die bürgerlichen Rechte der israelit. Glaubensgenossen betr., v. 29. Juni 1851 (Ges.-Bl. S. 33 flg., auch bei Pözl a. a. O. S. 332 Note *).

Außerdem sind zu beachten: Gesetz, Aufhebung des den Juden in einigen Theilen des Königreichs gestatteten höheren Zinsfußes betr., v. 11. Sept. 1825 (Ges.-Bl. S. 79); Gesetz, die allgem. deutsche Wechselordnung betr., v. 25. Juli 1850 Art. 9 (Ges.-Bl. S. 357); Gesetz, Gutszertrümmerungen betr., v. 28. Mai 1852 Art. 8 (Ges.-Bl. S. 298). Vgl. überhaupt Döllinger's Samml. Bd. VI (1838) und v. Haller's Encyclopädie IV, 27—39.

*) Die §§. 16, 17 des Ed. v. 1813 und die berüchtigten Verordnungen v. 10. Juni 1799 und 4. Aug. 1807, Einmischungen der Juden in den Güterhandel betreffend, gelten nicht mehr. Brater's Bl. f. administr. Prax. II, 77, 80, 244.

Literatur: Jak. Gotthelf, Die Rechtsverhältnisse der Juden in Bayern auf Grundlage der neuesten bayerischen Gesetze, München 1852, S. 13 flg. 70 flg. 117 flg. R. Metz, Erläut. des Gesetzes v. 1851 in Dollmann's Gesetzgebung des K. Bayern Thl. I Bd. I S. 453 flg. Pözl, Verfassungsrecht §. 84 S. 208 flg. Brater a. a. O. I, 223—39.

Ueber die Rechtszustände der Juden vor 1813 (1851) s. J. Gotthelf's historisch-dogmatische Darstellung der rechtlichen Stellung der Juden in Bayern (Preisschrift), München 1851. Bezüglich der Anwendung der Mosaischen Ceremonialgesetze nach der früheren Legislation (Ed. v. 1813 §. 30) vgl. meine Schrift: Quellengeschichte u. System des im K. Bayern mit Ausschluß der Pfalz geltenden PRs. Bd. I §. 1 Note 13 S. 4, 5.

*) Vom jüdischen Eherechte, welches auch die Verlöbnißsachen begreift, handeln Moses Mendelssohn, Ritualgesetze der Juden (5. Aufl. Berlin 1826) S. 65 flg. 161 flg. Js. Kaim im Rechtslexikon V, 834 flg. Vgl. v. Zu-Rhein's Ztschr. III, 164 flg. Bl. f. RA. VII, 56 flg. VIII, 123—25, XIV, 14, 219, 233, 400, 412 flg. Wegen des Forums in Ehescheidungssachen zwischen Juden s. v. Zu-Rhein a. a. O. S. 161—63.

6) Verord. v. 26. Oct. 1813 (Reg.-Bl. S. 1337; Novellen z. Baier. LR. S. 110, 11), nachher auf Aschaffenburg (Rescr. v. 1. Oct. 1814, Novellen S. 112), Würzburg (Intell.-Bl. v. Würzburg v. 20 Dez. 1814 S. 721), die vormals fuldaischen Aemter und den Markt Redwitz (Ges. v. 1. Juni 1822, Ges.-Bl. S. 205 flg.) — ob auch auf die 1847 von Böhmen erworbenen Gebietstheile, läßt das Ges. v. 4. Juni 1848 unerörtert — ausgedehnt. Dazu v. Gönner's u. v. Schmidtlein's Jahrbücher II, 16—31.

*) Ueber das frühere bayerische Recht s. Kais. Ludwig's Landrechtsbuch v. 1346 Tit. XI, 28, XXV, 15 (14 Jahre); Reform. der bayr. LR. v. 1518 Tit. LI Art. 4 (18 Jahre); LR. v. 1616 Tit. V Art. 5 u. v. 1756 I, 7 §. 36 (21 Jahre). S. auch das Edict v. 6. Jan. 1812 Art. XII (Reg.-Bl. S. 214). — Ausnahme vom Principe: VU. v. 1818 II §. 7; Königl. Familien-Statut v. 5. Aug. 1819 Tit. IX §. 1 (Pözl's Samml. S. 14).

Bezüglich der s. g. Jahrgebung (venia aetatis) vgl. Kgl. Kabinets-Befehl v. 15. Apr. 1817 §. 41 (Reg.-Bl. S. 340), Verord. über Formation der Ministerien v. 9. Dez. 1825 §. 53 b. (Reg.-Bl. S. 995), Stempel-Ord. v. 18. Dez. 1812 Nr. V, b (Reg.-Bl. v. 1813 S. 65) u. Verord. v. 24. Febr. 1759 (Meyr's Generalien-Samml. I, 264). Die privatrechtlichen Wirkungen der Jahrgebung richten sich eventuell nach den betreffenden Particularrechten (Bayer. LR. v. 1756 I, 7 §. 36 nr. 7 u. §. 3 nr. 1; Preuß. LR. v. 1794 II, 18 §§. 131, 725—27; Bamberg. Verord. v. 18. Oct. 1793 bei v. Spies, Handb. des Bamberger Provincialrechts, 1838, S. 27; Kemptner Tragnei-Ord. v. 1799 §. 23).

7) Strafgesetzbuch f. d. K. Bayern v. 1813 Thl. I Artt. 10, 20, 23, 24 [Anmerk. Bd. I S. 105 flg.] mit Gesetz, die Abschaffung der Strafen des bürgerlichen Todes ꝛc. betr. v. 18. Nov. 1849 (Ges.-Bl. S. 17 flg.) Artt. 1, 2. [Vgl. Entwurf des Gesetzbuches über Verbrechen und Vergehen f. d. K. Bayern v. 1854 Abthl. I Hptst. III Artt. 26, 28—30.]

*) Ueber die durch die neueste Legislation abgeschaffte Straffolge des bürgerlichen Todes, welcher aus dem französischem Rechte (*Code pénal* 18, *Code Napoléon* 22—32) in das Strafgesetzbuch v. 1813 (Thl. I Artt. 5, 7, 8, 19; Thl. II Artt. 278 Nr. 5, 428, 431) aufgenommen worden war, s. Anmerk. Bd. I S. 83 flg. Kleinschrod im N. Archive des Crim.-Rechts II, 65 flg.

8) Beil. IV z. VU. v. 1818 §§. 1 [Bl. f. RA. XI, 267 flg.], 9, 16 [mit Declarat. v. 19. März 1807 A, 12 u. Erläut. hiezu v. 25. Mai 1807, Reg.-Bl. S. 472, 889; vgl. Bl. f. RA. XI, 140 flg. XVIII, 93 flg. Brater's Samml. von Präjudicien, Jahrg. 1853 S. 26, 27]. Ueber die besonderen Vormundschaftsrechte der standesherrlichen Familien s. unten §. 28.

9) Beil. V z. VU. v. 1818 §§. 10, 13 mit Cod. judic. XVIII §. 10 Nr. 1. Vgl. v. Zu-Rhein's Ztschr. II, 213 flg. III, 157 flg. Du Prel, Rechtsfälle III, 100—110.

*) Es mögen hier einige kurze historische Notizen über die altbayerische Edelmannsfreiheit eine Stelle finden. Nachdem die Stände Bayern's seit der Ottonischen Handfeste v. 15. Juni 1311 [G. v. Lerchenfeld, Die altbaierischen landständ. Freibriefe mit den Landesfreiheitserklärungen, München 1853, S. 1—8] immer größere Freiheiten in Beziehung auf Jurisdiction erlangt hatten, erreichten diese die höchste Stufe in der von Albrecht V., dem Großmüthigen, i. J. 1553 gegebenen neuen Erklärung der Landsfreiheit Thl. II Art. 21 (v. Lerchenfeld a. a. O. S. 237 flg.) und dem bald darauf erfolgten 60sten landständischen Freiheitsbriefe d. d. Landshut 22. Dez. 1557 (v. Lerchenfeld a. a. O. S. 157—63), worin ausgesprochen worden war, daß dem Adel und der Ritterschaft „die hofmarchsfreyhait und oberkait auf allen ihren landgerichtischen sitzen, sedlhöfen, tafernen und allen andern ihren ainschichtigen guetern" zustehen, dieses Vorrecht aber erlöschen solle, sobald jene Realitäten in Prälaten- Bürger- und Bauernhand fallen würden. Wie alle speciellen Rechte des Adels, wurde nun auch dieses rein-persönliche Privileg als eine „Edelmannsfreiheit" bezeichnet. Im Verlaufe der Zeit brachte man jedoch mit demselben allmälig noch einige andere nicht minder bedeutende Gerechtsame, nämlich a) das jus retractus, b) das Jagdrecht, c) den als Voraus des älteren männlichen Erben erscheinenden „Mannsvortheil", und d) die Ausschließung der Töchter von der Succession, in unmittelbare Verbindung, und es fing jetzt die Rechtssprache an, den Namen der Edelmannsfreiheit blos auf diesen angedeuteten Complex von Rechten einzuschränken, umsomehr, als dieselben regelmäßig nur den schon 1557 immatriculirten adeligen Geschlechtern zugestanden wurden, wodurch der Grund zu der lange forterhaltenen Ausscheidung eines gefreiten

und ungefreiten Adels gelegt ward. Ferdinand Maria bestimmte überdies im Decrete v. 31. Mai 1669, es solle fortan die Edelmannsfreiheit nur aus erheblichen Gründen, und stets blos lehenweise neu ertheilt werden dürfen. Vgl. J. G. Feßmaier, Grundriß des baier. Staatsrechts (Ingolstadt 1801) §§. 129, 30 S. 145 flg. Imman. Nibler, Die Edelmanns-Freyheit in der Provinz Bayern, Landshut 1808. Durch das organische Edict v. 20. Apr. 1808 (Reg.-Bl. v. 1809 S. 113 flg.) wurde das den Zeitverhältnissen nicht mehr entsprechende Institut der Geschichte übergeben. Schunck's Jahrbücher III, 243.

10) a. Entstehung und Fortbildung des Instituts bis zur Constitution v. 1808: Ruprecht von Freysing II, 52 S. 295; Kaiser Ludwig's Landrechtsbuch v. 1346 XI, 18 XVII, 2 XXV, 3, 4; Herzog Ludwig's von Bayern-Landshut Landes-Ord. v. 1474 in v. Krenner's Baier. Landtags-Handlungen VII, 508; Reform. der bayer. LR. v. 1518 X, 1; Laudum Bavaricum a. 1535 Art. 26 in J. R. Buchinger's Geschichte des Fürstenth. Passau, München 1816—24, Bd. II S. 277; Bayer. Gandt-Proceß v. 1614 II, 20, 21; Summar. Proceß v. 1616 VII, 15 VIII, 1; Gerichts-Ord. v. 1614 VII, 22 und v. 1753 XX, 9 Nr. 7. Weitere bis 1806 ergangene Verordnungen s. in Döllinger's Samml. V, 2 S. 799—802. Vgl. dazu Feßmaier a. a. O. §§. 131, 32 S. 147 flg. J. B. Graf „Die Siegelmäßigkeit in Bayern, ein rechtsgeschichtlicher Versuch" im Oberbayerischen Archive f. vaterländ. Geschichte III, 313 flg. — b. Beabsichtigte, aber nicht durchgeführte Aufhebung des Instituts: Organisches Edict v. 20. April 1808 (Reg.-Bl. v. 1809 S. 115 flg.) mit der provisorischen Tax-Ord. v. 8. Oct. 1810 §. 17 (Reg.-Bl. S. 975) und Rescr. v. 16. Febr. 1815 (Reg.-Bl. S. 138). Vgl. Schunck's Jahrbücher III, 240—42.

11) Quellen:

a. Beilage VIII z. VU. v. 1818 („Edict über die Siegelmäßigkeit"), wovon jedoch hier zunächst nur die §§. 1, 15—18 in Betracht kommen.

b. Gesetz, die Siegelmäßigkeit betr., v. 28. Mai 1852 (Ges.-Bl. S. 325 flg., auch in Pözl's Samml. S. 178, 79) mit Normativ-Entschl. v. 25. Juni 1852, Bekanntmachung über Einführung des Taxregulativs v. 6. Sept. 1852 Nr. 5 und Vollzugs-Vorschriften zu letzterem v. 24. Aug. 1852 §. 6 Nr. 7. [Franz'sche Neue Gesetze rc. II, 373 flg. 376, 381 flg.] Vgl. Bl. f. RA. XXII, 16.

Literatur: Fr. Chr. v. Arnold, Pract. Erörterungen aus dem Rechtsgebiete (Erlangen 1844—53) Heft III S. 453—508. Außerdem s. v. Moy, Staatsrecht I, 1 §. 75 S. 232—37, Pözl's Verfassungsrecht §§. 45, 46 S. 109 flg. M. v. Gäßler, Frauen-Recht (N. Ausg. Passau 1853) S. 304—14.

*) Als siegelmäßig erscheinen: a) alle Adeligen ohne Berücksichtigung der Rangstufe. VU. V §. 4 Nr. 4; Beil. V §. 10 VIII §. 1. — b) Die wirklichen Collegialräthe und, wie sich von selbst versteht, am Range denselben vorgehenden Beamten. VU. V §. 5 Abs. 2, Beil. VIII §. 1. Wegen der Siegelmäßigkeit der Wechsel-Appellationsgerichtsräthe, wenn die diese Stelle bekleiden-

den Personen nach ihrer eigentlichen Staatsbedienstigung keinen Rathsrang haben, vgl. Gett, Bl. f. RA. VIII, 145 flg. Als wirkliche Collegialräthe sind nun jedenfalls auch α) die Domcapitularen [s. den allerhöchsten Beschluß, publ. durch das kgl. Appell.-Gericht von Oberfranken am 23. Apr. 1841 im Kreis-Intell.-Bl. Nr. 51 S. 419] und übrigen katholischen (nicht blos titulirten) geistlichen Räthe, und β) die protestantischen Consistorialräthe zu erachten. — c) Die mit den wirklichen Collegialräthen in gleicher Kategorie stehenden höheren Beamten. Vll. a. a. O. Nach Beil. VIII §. 1 Abs. 2 sollte nun durch „eine besondere Bekanntmachung festgesetzt werden", welche Angestellten hiemit gemeint seien. Allein diese Bekanntmachung ist bis jetzt noch nicht erschienen. Nur bezüglich der ordentlichen Universitäts-Professoren wird im cit. allerh. Beschl. v. 1841 angeordnet, daß ihnen das Recht der Siegelmäßigkeit nicht mehr beanstandet werden solle. Ueber die Ansicht der Praxis, welche Beamten zu den „höheren" in obigem Sinne zu rechnen seien, vgl. J. M. S. v. Stürzer's Theoretisch-praktische Bemerkungen z. bayer. Civilgerichts-Verfahren S. 154 flg. — d) Die Offiziere vom Rittmeister und Hauptmanne incl. aufwärts sammt den mit diesen in gleichem Range stehenden Militärbeamten. Kgl. Rescript v. 7. Febr. 1829 b. Döllinger a. a. O. S. 805 flg. — e) Alle diejenigen Angestellten, welche am 26. Mai 1818 sich im Besitze des Vorrechts der Siegelmäßigkeit befanden. Kgl. Staatsraths-Beschluß v. 10. Jan. 1821, bestätigt am 24. Febr. und 4. Mai ejusd. Vgl. v. Gäßler a. a. O. S. 305 Note c.

Von den unter a) bezeichneten Personen genießen, soferne deren Adel nicht die Folge des ihnen ertheilten Militär- und Civilverdienst-Ordens, mithin ein blos auf die Person beschränkter ist (Beil V §. 5), auch Gattinnen und Kinder, von den unter b—d) aufgeführten vermählungsfähigen Angestellten blos die Ehefrauen das Vorrecht der Siegelmäßigkeit. Wo dieses jedoch seinen Grund im Berufs- und Geburtsstande zugleich hat, kommt der letztere auch den Kindern zu gute. Beil. VIII §§. 16, 15. Die unter e) erwähnten Personen endlich besitzen die Siegelmäßigkeit blos als ein streng-persönliches Privileg, welches selbst auf die Ehefrauen keine Ausdehnung zuläßt. Kgl. Minist.-Rescript v. 19. Sept. 1825 b. Döllinger a. a. O. S. 810.

Zweites Kapitel.

Von den Corporationen, Genossenschaften und Vereinen.

§. 18. A. Von der juristischen Persönlichkeit nach bayerischem Rechte überhaupt.[1])

§. 19. B. Von den Kirchen-Gesellschaften.[2])

§. 20. C. Von den Gemeinden und Gemeinde-Beschlüssen.[3])

§. 21. D. Von den Wasserbau- und Uferschutz-Genossenschaften.[4])

§. 22. E. Von den Gewerb- und Credit-Vereinen.[5])

---

1) Vgl. A. J. Uhrig, Abhandlung über die juristischen Personen nach dem gemeinen und dem besonderen Rechte im K. Bayern, I. Hälfte, Dillingen 1854. Pözl, Verfassungsrecht §. 85 S. 212 flg.

*) In Ansehung der juristischen Persönlichkeit der piae causae gilt in Bayern v. Savigny's Theorie (System des heutigen Röm. Rechts, Bd. II §. 89 S. 275 flg.). Vgl. Competenz-Verord. v. 27. März 1817 §. 41 und v. 17. Dez. 1825 §. 71 (Reg.-Bl. S. 258, 1096); Edict über die inneren kirchl. Angelegenheiten der protestant. Gesammtgemeinde v. 26. Mai 1818 §. 19 lit. i (Pözl's Samml. S. 112); Minist.-Rescr. v. 11. Oct. 1835 u. 31. Oct. 1837. [Dollmann, Bl. f. RA. VII, 200—202.]

2) Beil. II z. VU. v. 1818 §§. 24, 28, 31, 32, 62. Dazu Pözl, Verfassungsrecht §§. 89—92 S. 222 flg.

3) Gemeinde-Edict v. 17. Mai 1818 [revidirt am 1. Juli 1834] §§. 20, 21 (Bl. f. RA. XI, 149 flg.), 36—42, 104 (Bl. f. RA. XV, 125; Brater's Bl. f. administr. Prax. I, 390). Vgl. überhaupt Debes in v. Zu-Rhein's Ztschr. III, 77 flg. Pözl a. a. O. §§. 93—110 S. 233 flg. Brater a. a. O. IV, 369 flg. 701 flg.

4) Gesetz über die Bewässerungs- und Entwässerungs-Unternehmungen zum Zwecke der Bodencultur v. 28. Mai 1852 Artt. 1—15 (Ges.-Bl. S. 456 flg.); Gesetz über den Uferschutz und den Schutz gegen Ueberschwemmung v. 28. Mai 1852 Artt. 14, 15. (Ges.-Bl. S. 577 flg.) Vgl. J. Pözl's Lehrb. des Bayer. Verwaltungsrechts (München 1856) §. 139 S. 282 flg. §. 126 S. 256.

*) Ueber die moderne germanistische Lehre von den „Genossenschaften" s. G. Beseler, Volksrecht und Juristenrecht (Leipz. 1843) S. 157—94; Bluntschli, Deutsches Privatrecht (München 1853) Bd. I §§. 33, 38, 39. Vgl. meine Schrift: Das deutsche Privatrecht in seinen Grundzügen erörtert, Erlangen 1856, §. 18 S. 51—54.

5) a. Gesetz, die Grundbestimmungen für das Gewerbswesen betr., v. 11. Sept. 1825 Art. 7 (Ges.-Bl. S. 134) mit Instruct. v. 17. Dez. 1853 §§. 102—133 (v. Haller's Encyclopädie III, 112 flg.) und Brater's Samml. von Präjudicien, Jahrg. 1854 S. 195 flg. 200 flg. Vgl. Pözl, Verwaltungsrecht §. 157 S. 319 flg.

*) Die Beschlüsse der Gewerbsvereine (Instruct. v. 28. Dez. 1825, §. 37, v. 17. Dez. 1853 §. 125) sind nach ihrem ganzen inneren Wesen von den früheren Zunft-Ordnungen durchaus verschieden. Ueber die heutige Bedeutung der letzteren s. Ges. v. 1825 §. 5 Nr. 1, Instruct. v. 1853 §§. 91, 96 und Schlichthörle, Bl. f. RA. VIII, 114—17.

b. Gesetz, Creditvereine der bayerischen Gutsbesitzer betr., v. 11. Sept. 1825 (Ges.-Bl. S. 71 flg.) mit Landtags-Abschied v. 29. Dez. 1831 Art. III §. 35 (Ges.-Bl. S. 94). Vgl. aber Pözl, Verwaltungsrecht §. 145 S. 297 flg.

Dritter Abschnitt.

Das Familien-Recht.

§. 23. Vorbemerkungen über das Verhältniß des gesammtländischen Civilrechts zum particulären in den familienrechtlichen Materien.

I. Ehe.

§. 24. A. Vom Verlöbnisse.[1])

§. 25. B. Von den Voraussetzungen der Verehelichung.[2])

II. Elternrechte.

§. 26. A. Von den Wirkungen der Adoption[3]) und Legitimation[4]) in Ansehung des Geburtsstandes.

§. 27. B. Von der religiösen Erziehung der Kinder.[5])

III. Vormundschaft.

§. 28. A. Von der Vormundschaft in standesherrlichen Familien.[6])

§. 29. B. Von der Vormundschaft der Siegelmäßigen.[7])

§. 30. C. Von der staatlichen Obervormundschaft.[8])

---

1) **Mandat. in puncto Sponsalium** v. 24. Juli 1769 (in v. Kreittmayr's Samml. der Churbaier. Generalien, 1771 Fol., S. 514 flg.), erneuert und auf die inzwischen zu den Stammlanden hinzuerworbenen Provinzen ausgedehnt am 12. März 1804, nochmals durch die Kgl. Landes-Direction bekannt gemacht und eingeschärft am 2. Mai 1806 [Reg.-Bl. S. 175 flg.; Novellen z. Baier. LR. S. 40—42; Döllinger's Samml. VIII, 2 S. 1002] nebst Beil. VIII z. VU. v. 1818 §. 2. Ueber die Entstehungsgeschichte und den geographischen Geltungsumfang der s. g. Sponsalien-Verordnung s. F. J. Lipowsky, Leben und Thaten des Max Joseph III. (München 1833) S. 156 flg. u. Arnold's Beitr. I, 70, 199, 228, 263, 340, 373, 470, 575, 686, 736, 768, 824, 837. Zur Auslegung vgl. Krüll's Handb. Bd. I §§. 186, 88, 90; Arnold a. a. O. S. 471, 799; II, 189; Bl. f. RA. XIII, 238 flg. S. auch F. Stapf's Pastoralunterricht über die Ehe (5 Aufl. v. K. Egger, Frankf. 1831) S. 13 flg. M. Permaneder, Handb. des kathol. Kirchenrechts Bd. II §. 608 S. 245 flg. und zur Vergleichung mit den übrigen dtsch. Landesgesetzgebungen J. Fr. Schulte's Handb. des katholischen Eherechts (Gießen 1855) S. 543—49.

*) Besondere Grundsätze gelten bezüglich der Verlöbnisse von Studierenden auf den Hochschulen Würzburg [Mand. v. 28. Jan. 1786 u. 22. Dez.

1799 §. 11, sowie allgem. academ. Statute f. Würzburg, auszugsweise mitgetheilt im fränk. Reg.=Bl. v. 7. Sept. 1805 Tit. IV §§. 1—3 S. 298, 99; vgl. W. v. Schelhaß, Darstellung des heut. Würzburger Landrechts, Würzb. 1856, §. 12 S. 30, 32] und Erlangen (Bayreuth. Verord. v. 31. Mai 1785 bei Arnold a. a. O. I, 214 flg.), welche durch die Vorschriften f. d. Studierenden an den Hochschulen des K. Bayern v. 13. Febr. 1842 und die revidirten Satzungen v. 10. Oct. 1849 keineswegs außer Wirkung gesetzt worden sind.

**) Wegen der Competenz und des Verfahrens in Sponsaliensachen s alleg. Verord. v. 1806 §. 6 nebst Verord. v. 12. Apr. u. 19. Juni 1807 (Reg.=Bl. S. 711, 1082, Novellen z. Baier. GO. 1, 68, 69) und Beil. II z. VU. v. 1818 §§. 64 lit. d, 65. Vgl. Seuffert's Kommentar über die GO. Bd. I S. 107; II S. 39. Hinsichtlich der Berufungsfrist entscheidet jetzt das Gesetz v. 17. Nov. 1837, einige Verbesserungen der bayer. GO. betr, §. 64 Nr. 3.

2) Revid. Gesetz über Ansässigmachung und Verehelichung v. 1. Juli 1834 §. 8. (Ges=Bl. S. 111, Pözl's Samml. S. 309) nebst Heimaths=Ges. v. 11. Sept. 1825 §. 1 Nr. 3 (Ges.=Bl. S. 103) und Heer=Ergänz.=Ges. v. 15. Aug. 1828 §. 13 (Ges.=Bl. S. 77). Sämmtliche Stellen finden sich auch nebst den wichtigsten Erläuterungs- und Ergänzungs=Erlassen, insbes. der Verord. v. 2. Febr. 1845 über die Heiraths=Bewilligungen bei Staatsdienern (Reg.=Bl. S. 97—102), zusammengestellt in v. Haller's Encyclopädie VI, 138—46. Ueber Ehen im Auslande s. Minist.=Entschl. v. 21. Juni 1856 u. Reg.=Ausschr. v. 28. Juli ej. (Franz'sche Neue Gesetze rc. V, 317, 546 flg.) — Vgl. überhaupt Pözl's Verfassungsrecht §. 29 S. 73, 74; A. J. Uhrig's System des Eherechts mit vorzügl. Berücksicht. der Praxis der röm. Curie, sowie der bayer. und angrenzenden Diöcesen (Dillingen 1854) §. 63 Nr. II S. 258—78; Brater's Bl. f. administr. Prax. IV, 305, 321, 337 flg.

3) Beil. V z. VU. v. 1818 §§. 1, 2 Abs. 2, 3 mit Verord. über Formation der Ministerien v 9. Dez. 1825 §. 53 c (Reg.=Bl. S. 995) und v. Gönner's und v. Schmidtlein's Jahrbüchern III, 53. S. auch Heer=Ergänz.=Ges. v. 1828 §. 48 (Ges.=Bl. S. 95).

*) Kgl Familien=Statut v. 5. Aug. 1819 Tit. II §. 5 (Pözl's Samml. S. 8): „Keinem Mitgliede des königlichen Hauses ist eine Adoption gestattet."

4) Alleg. Beil. und Verord. a. a. O. nebst den cit. Jahrbb. III, 52. Dazu Lehen=Ed. v. 1808 §. 55; Beil. VII z. VU. §. 77. Vgl. A. Fr. Gett, Die Rechtsverhältnisse aus der außerehel. Geschlechtsgemeinschaft sowie der unehel. Kinder (München 1836) §. 70 S. 292—96, 98—300.

*) Ueber die Familien=Namen der unehelichen und legitimirten Kinder s. Verord. v. 25. Juli 1825 (Reg.=Bl. S. 571) nebst den Minist.=Entschl. v. 10. Juni 1826 [Döllinger's Samml. VIII, 1 S. 424 flg.],

2. Juli 1848, 15. Dez. 1852 [Ztschr. f. Gesetzg. I, 6 flg.; Franz'sche Neue Gesetze ꝛc. III, 455 flg.] und 11. Sept. 1853 [das. S. 621 flg.] — Die Beurtheilungsquellen für die civilrechtlichen Ansprüche eines außerehelichen Kindes gegen seinen natürlichen Vater betreffend s. Plenarbeschl. v. 5. Juni 1855 (Reg.-Bl. S. 678 flg.) mit E. Rottmann's Handb. des Verfahrens in den bürg. Rechtsstreitigkeiten (Regensb. 1855) S. 354.

5) a. Der in gemischter Ehe erzeugten Kinder: Beil. II z. VU. §§. 12—18 mit Landtags-Abschied v. 1831 Abs. III Nr. 19 S. 92 u. Minist.-Entschl. v. 31. Mai 1838 u. 20. Febr. 1840 bei Döllinger a. a. O. S. 45, 46 u. Bd. XXIII S. 25. Vgl. v. Moy, Staatsrecht I, 2 S. 20 flg.; E. v. Dobeneck, Systemat. Zusammenstellung der gelt. Bestimmungen f. d. protestantische Kirche im K. Bayern (Ansbach 1844) §§. 19, 20 S. 18 flg. — Früheres Recht: v. Kreittmayr's Anmerk. über den Cod. civ. I, 130 flg.; churfürstl. Verord. v. 18. Mai 1803 (Reg.-Bl. S. 321), Quelle des Edicts v. 1818. Vgl. überhaupt J. T. B. v. Linde, Ueber religiöse Kindererziehung in gemischten Ehen (Gießen 1847) §§. 10—23. S. 19 flg.

b) Der außerehelichen, Pflege- und Findelkinder: All. Beil. II §§. 19 – 22. Dazu Brater's Samml. von Präjudicien, Jahrg. 1855 S. 20—23. S. auch Gett a. a. O. S. 297 flg. v. Dobeneck a. a. O. §. 21 S. 20 flg.

*) Ueber Geschäftszuständigkeit und Verfahren s. G. E. Chr. Wunder, Die administrativen Rechtsstreitigkeiten im K. Bayern (Bayreuth 1847) §. 88 S. 267 flg.

6) Beil. IV z. VU. §. 10. Dazu Cl. Hellmuth, Ueber die obrigkeitliche Zuständigkeit in standesherrl. Vormundschaftssachen, München 1845 und Bl. f. RA. XI, 360 flg. [Eine andere Ansicht wird das. X, 188; XII, 129 flg. und von Pözl, Verfassungsrecht §. 76 d S. 186 vertheidigt.]

7) Beil. VIII z. VU. §§. 10, 11 mit Pözl a. a. O. §. 46 nr. 2 b S. 115 und Arnold's Erörterungen S. 495—97.

8) Quellen: a. Kgl. Kabinets-Befehl v. 15. Apr. 1817 §. 37 (Reg.-Bl. S. 338); Verord. über Formation der Ministerien v. 9. Dez. 1825 §§. 51, 59 (Reg.-Bl. S. 994, 97). — b. Gerichts-Verfassungs-Gesetz v 1. Juli 1856 Art. 18 mit Grundlagen-Ges. v. 4. Juni 1848 Art. 7 und GVGes. v. 25. Juli 1850 Art. 19. [K. Edel, Das k. bayer. Ges. v. 1. Juli 1856 ꝛc. erläutert, Nördl. 1857, S. 11, 124, 131]. — c. Verord. v. 2. Nov. 1813 über Bevormundung unehel. Kinder (Novellen z. Baier. LR. S. 99); Verord. v. 13. Juni 1815 §§. 35—43 über Anfertigung der Pflegschaftstabellen (Reg.-Bl. S. 469 flg. mit Bl. f. RA. XVIII, 377); Minist.-Entschl. v. 19. Oct. 1854 über Revision der Vormundschafts-Rechnungen (Ztschr. f. Gesetzg. I, 440 flg.).

Literatur: J. Pözl, Lehrb. des Bayer. Verwaltungsrechts (München 1856) §. 57 S. 111—14; Gett a. a. O. S. 304 flg. Vgl. auch Aug. Seuffert „Zur Lehre von der Obervormundschaft" Bl. f. RA. XIX, 177 flg. 193 flg. Die

Competenz, besonders bei außerehelichen Kindern und im Falle einer Domicilsänderung der Mutter, betreffend s. Bl. f. RA. XVI, 266; XVIII, 34, 277; XIX Erg.=Bl. S. 84, 85.

Von den zahlreichen die Person, Rechte und Pflichten der Vormünder selbst betreffenden allgemeinen Gesetzbestimmungen und Verordnungen sind hier als besonders bedeutsam für die obervormundschaftliche Ueberwachung hervorzuheben:

α) Die Verord. v. 31. Aug. 1812 [Novellen z. Baier LR. S 96, 97] und 30. Sept. 1819 (Reg.=Bl. S. 937 flg.), die Uebernahme von Curatelen durch Justiz= und Administrativ=Beamte betreffend;

β) die Minist.=Entschl. v. 3. Febr. 1844 b. Döllinger a. a. O. Bd. XXIII S. 32, gleiches religiöses Glaubensbekenntniß des Vormunds und Mündels vorschreibend;

γ) die Beil. II z. VU. § 23, den Vormündern die Aufsicht über die religiöse Erziehung der Pflegbefohlenen gestattend;

δ) das Heer=Ergänz.=Ges. v. 1828 §. 2 (Ges.=Bl. S. 74) mit Vollzugs=Vorschr. v. 30. März 1830 §. 2 (Reg.=Bl. S. 445) über die Nothwendigkeit vormundschaftlichen Consenses zum Eintritte des Mündels in den Heeresdienst;

ε) die Verord. v. 28. Jan. 1805 (Reg.=Bl. S 297 flg.), bestimmend, „daß das pupillarische Vermögen, wenn selbes auf Staatspapiere „ausgeliehen werden will, durchaus nicht anders, als zum Ankaufe „inländischer Obligationen verwendet werden solle";

ζ) das Hypotheken=Ges. v. 1822 §§. 12 (nr. 5), 20, 104 (nr. 4), 163 mit Instruction v. 1823 §§. 28 (nr. 14), 58; Prioritäts=Ord. v. 1822 §. 23 nr. 2; Einführ=Ges. v. 1822 §. 16 nr. 1; Cod. judic. v. 1753 XX §. 14. nr. 10, 11 wegen des gesetzlichen Pfandrechts=Titels der Mündel zum Schutze ihrer Rechtsansprüche an die Vormünder aus der vormundschaftlichen Verwaltung;

η) das Gesetz, die Feuerversicherungsanstalt für Gebäude betr., v. 28. Mai 1852 Art. 2 Nr. 2; Art. 15 Nr. 1 (Ges.=Bl. $18^{51}/_{52}$ S. 641 flg.) nebst Instruction v. 9. Oct ej §. 1 Abs. 3 (v. Haller's Encyclopädie II, 122), die Verbindlichkeit der Vormünder angehend, für die Einverleibung der ihren Curanden gehörigen Gebäude in die für die sämmtlichen Regierungsbezirke diesseits des Rheins begründete Immobiliar=Brandassecuranz=Anstalt zu sorgen; endlich

ϑ) das Forstgesetz v. 28. März 1852 Art. 68 Nr. 3, wonach der Vormund für die vom Mündel begangenen Jagdfrevel civilverantwortlich, d. h. haftbar wegen der Geldstrafe, des Werth= und Schadensersatzes sowie der Kosten, sein soll.

Daneben begegnen aber fast in sämmtlichen Gebietstheilen Bayern's particuläre Rechtsnormen über Vormundschaft, entweder als Bestandtheile der größeren Civilgesetzwerke, wie namentlich des bayer. LRs. v. 1756 I, 7 [welcher Abschnitt durch kgl. Rescript v. 9. Dez. 1806, Reg.=Bl. v. 1807 S. 915, auch auf

diejenigen Orte Schwaben's, denen eigene Vorschriften über Vormundschaftswesen abgingen oder blos höchst mangelhafte zu Gebote standen, letzteren Falls natürlich nur mit der Bedeutung einer subsidiären Quelle, ausgedehnt worden ist]; des preuß. LRs. II, 18; der österreich. Ges. v. 1786 Hptst. I und v. 1811 §§. 187—284; des bamberg. LRs. v. 1769 Thl. I Anh. III Tit. 2 S. 113 flg.; der fränk. LGO. v. 1618 Thl. III Tit. 1—25 nebst Vormünder-Instr. v. 16. Dez. 1750; der ulmer Gesatz und Ordnungen v. 1683 Thl. II S. 31—60 ꝛc., oder in der Gestalt selbständiger, mitunter sehr ausführlicher Special-Ordnungen, von welchen vorzüglich ausgezeichnet zu werden verdienen: das ansbacher Tutelar-Edict v. 19. Apr. 1790 [in Arnold's Beitr. 1, 94 flg.]; der württemberg. Staat und Unterricht für Vormünder v. 22. Juni 1776; die augsburger fürstbischöfl. Waisen-Ord. v. 31. Juli 1743 und reichsstädt. Pfleg-Ord. v. 27. Mai 1779; die stadt-kemptner Tragnei-Ord. v. 1799 in 295 §§en; die lindauer Vogtei- und Vorm.-Ord. v. 5. Febr. 1738; die memminger Trag- und Vorm.-Ord. v. 9. Febr. 1756. Ueber die aufgeführten schwäbischen Gesetze, welche auch allein noch die s. g. Geschlechts-Vormundschaft (cura sexus) kennen, vgl. v. Weber, Darstellung der sämmtl. Provinzial- u. Statutarrechte des K. Bayern Bd. IV S. 546, 978, 18, 383, 626, 736, 788.

Von der Vormundschaft über die Prinzen und Prinzessinen des königlichen Hauses (Familien-Statut v. 5. Aug. 1819 Tit. IX §§. 3—9 in Pözl's Samml. S. 14, 15) ist in den Vorträgen über das Staatsrecht zu handeln.

*) Ueber die gesetzlichen Vorbedingungen zur Anordnung einer cura furiosi [W. Th. Kraut, Die Vormundschaft nach den Grundſ. des Dtsch. Rechts Bd. II §. 60 S. 205—10] s. Kgl. Rescript v. 27. Mai 1811, Minist.-Entschl. v. 25. April 1831 u. 15 Sept. 1846, Satzungen der Erlanger Kreis-Irrenanstalt v. 21. Juli 1846 §. 16 Nr. 2 in Döllinger's Samml. XXX, 216, 17; 222—25. Wo das preußische Recht Geltung hat, kommen noch immer die allgem. preuß. Gerichts-Ord. v. 1791 Thl. I Tit. 38 §§. 2—8 und das Rescript v. 29. Sept. 1803 Nr. 5 (Amelang's Neues Archiv der Preuß. Gesetzg. III, 128) in Betracht.

Vierter Abschnitt.

Die Rechte an Sachen.

Erster Titel.

Vom Eigenthume im Allgemeinen. [1])

Erstes Kapitel: Von dem Erwerbe des Eigenthums.

A. Von der Erwerbs-Fähigkeit.

§. 31. a) Princip vollkommener Erwerbs-Befähigung aller physischen [2]) und juristischen [3]) Personen.

b) Ausnahmsweise Beschränkung im Eigenthums-Erwerbe:

§. 32. α. bei den Klöstern und geistlichen Stiftungen[4]);
§. 33. β. bei den äußeren Justiz-, Polizei- und Finanzbeamten.[5])
B. Von den Erwerbs-Gründen:
§. 34. a) Findung verlorener Sachen[6]);
§. 35. b) Jagd[7]);
§. 36. c) Verlandung i. w. S.[8])

---

1) Die heutigen deutschen Landesgesetzgebungen haben in der Darstellung des Eigenthums durchgehends die römischen Principien über diesen Gegenstand nach ihrer neueren Auffassung und Gestaltung durch Theorie und Praxis zur Unterlage. Diesen jetzigen Standpunkt unserer Materie kennen zu lernen, ist außer A. Chr. J. Schmid's Handb. des gegenwärtig geltenden gem. dtsch. bürgerlichen Rechts, von welchem des besonderen Theils Iter Band (Leipz. 1847) ausschließlich vom Eigenthume handelt, auch die Schrift von E. Pagenstecher, Die römische Lehre vom Eigenthum in ihrer modernen Anwendbarkeit [Abthl. I, Heidelberg 1857] empfehlenswerth.

2) Die theilweise Erwerbsunfähigkeit der Ausländer und die totale in Folge des bürgerlichen Todes sind aus dem heutigen bayerischen Rechte, erstere natürlich unter staatlichem Vorbehalte der Retorsions-Uebung in geeigneten Fällen, letztere ausnahmslos verschwunden. S. oben §. 11 Note 3; §. 14 Note 7* (S. 11, 14).

3) Namentlich in Ansehung der im Königreiche als öffentliche Corporationen aufgenommenen Kirchen durch Beil. II z. VU. v. 1818 §§. 44, 45 [s. auch Concordat v. 24. Oct. 1817 Art. VIII Abs. 2] besonders ausgesprochen.

4) Pragmatica v. 13. Oct. 1764 [in G. K. Meyr's Samml. der Kurpfalz-Baier. Landes-Verord. Bd. II S. 1078—81, Novellen z. Baier. LR. S. 147—53, Döllinger's Samml. XI, 1269 flg.], ausgedehnt auf jene Theile des Königreichs, wo bis dahin keine Amortisations-Gesetze bestanden hatten, durch kgl. Entschl. v. 27. Apr. 1807 Nr. 4. (Reg.-Bl. S. 751). — In Verbindung mit der Haupt-Pragmatik stehen die darin (§. 12) bestätigten und erneuerten früheren Amortisations-Gesetze v. 20. April 1672 [„lex decantata et multorum disputationi obnoxia", erläutert durch J. C. v. Schmid hinter Tom. I seines Commentarius in jus provinc. Bavaricum, Monach. 1695 fol.], v. 1. Aug. 1701 und 16 Jan. 1760, sowie mehrere jüngere Erläuterungs-Erlasse. Vgl. Novellen z. Baier. LR. S. 140—46, 153—58.

Literatur: Permaneder, Kirchenrecht Bd II S. 854 flg. Pözl, Verfassungsrecht §. 87 S. 217. Bl. f. RA. XXII, 440—43.

*) Die allmälige Ausbildung des Amortisations-Wesens in Bayern angehend s. F. X. v. Moshamm, Ueber die Amortizationsgesetze überhaupt, u. bes. in Baiern, Regensb. 1798, S. 26 flg. 39 flg. 77 flg. 86, 91 flg. Außerdem vgl. noch F. J. Lipowsky, Des Ferdinand Maria Lebens- u. Regierungs-Geschichte (München 1831) §. 65 S. 176 flg.

und Leben und Thaten des Max Joseph III. §. 72 S. 159 flg.; ferner W. Rothammer's Biographie Max III. von Baiern (Regensb. 1785) S. 94—97.

**) Ueber die auch nach 1818 noch fortdauernde Geltung und Anwendbarkeit der Pragm. v. 1764 auf neu-entstandene Klöster s. die kgl. Entschl. v. 16. Juni 1836 b. Döllinger a. a. O. S. 1287, wodurch der die heutige Ungültigkeit der alleg. Pragmatik als Grundsatz aufstellenden Minist.-Entschl. v. 15. Nov. 1835 b. Döllinger a. a. O. widersprochen wird. Vgl. Pözl's [Leitfaden zum] Bayer. Staats-Verfass.-Recht, Würzb. 1847, § 77 Note 8 S. 157; Bl. f. RA. a. a. O. S. 431, 32 und Du Prel's Rechtsfälle VII, 317 flg. Die Aufsicht über die Beobachtung der Amortisationsgesetze gehört übrigens nach Verord. v. 17. Dez. 1825 §. 34 (Reg.-Bl. S. 1073) zum Wirkungskreise der Kreis-Regierungen, Kammern des Innern.

5) Beil. IX z. VU. §. 21 Abs. 2 [nach Generale v. 24. Mai 1756 §. 14 in der Samml. der Churbaier. Landesverord. v. 1771 S. 193, und Haupt-Landespragmatik v. 1. Jan. 1805 §. XVI, Reg.-Bl. S. 230] mit Declarations-Verord. v. 24. Aug. 1818 (Reg.-Bl. S. 987 flg., auch in den Novellen z. Baier. LR. S. 137 flg., Döllinger's Samml. XVII, 751 und v. Haller's Encyclopädie V, 262 flg.) Ueber die Motive dieser Erwerbs-Beschränkung vgl. N. Th. Gönner, Der Staatsdienst (Landshut 1808) S. 217—19 u. S. XIX Note 24.

6) Verord. v. 22. Nov. 1815 [zu Strafges. v. 1813 Thl. I Art. 212], Reg.-Bl. S. 1001 flg., auch in den Novellen z. Baier. LR. S. 184 flg. und b. H. Kitt, Der Diebstahl nach dem neuesten Gesetze v. 1856 mit Erläut. u. Citaten, München 1856, 12⁰., S. 4 Note 3 abgedruckt. Vgl. Arnold's Beitr. II, 68 Note 1.

7) Quellen [gesammelt bei H. Kitt, Gesetze, Verordnungen und Entschließungen, Ausschreiben, Vorschriften und Erkenntnisse über das Jagdwesen in Bayern d. d. Rh., nebst einer Uebersicht der Jagdverhältnisse seit 1848, einem Sachregister ꝛc., München 1854, 12⁰; auch von einem ungenannten Verf., Würzburg 1857, 12⁰]:

a. Ges. v. 30. März 1850, die Ausübung der Jagd betr. (Ges.-Bl. $18^{19}/_{50}$ S. 117 flg.);

b. Allgemeine „revidirte Vollzugs-Vorschriften" hiezu v. 3 Febr. 1857 [Kreis-Amtsblatt von Mittelfranken f. 1857 Nr. 12 S. 167—202, auch in Brater's Samml. von Präjudicien, Jahrg. 1857 S. 52—73], durch welche die frühere Instruction v. 2. April 1850 (Franz'sche Neue Gesetze ꝛc. I, 287 flg.) außer Wirksamkeit gesetzt wurde;

c. Special-Vollzugs- und Erläuterungs-Erlasse der Ministerien und Kreisregierungen, theilweise in den Franz'schen Neuen Gesetzen ꝛc., z. B. zu Art. 8 (III, 117), Art. 14 (III, 312 flg.), Art. 15 (III, 81, 91, 602; IV, 58), Art. 24 (III, 93), sowie bei v. Haller, Encyclopädie IV, 3—5, 6—9 abgedruckt. S. auch den Minist.-Erl. v. 31. Oct. 1853 nebst der Uebersicht der in den einzelnen Provinzen behufs der

Anwendung des Jagdgesetzes ergangenen Regierungsausschreiben in der Franz'schen Samml. III, 675—80.

Literatur: K. Brater's Erläuterung in Dollmann's Gesetzgebung des K. Bayern Thl. III S. 87—112; Kitt a. a. O. S. LV—LXXX; Pözl's Verwaltungsrecht §. 141 S. 287 flg. Vgl. auch Brater's Bl. f. administr. Prax. III, 10 flg. V, 242, 267 flg.

*) Die nach Art. 13 des Jagd-Ges. v. 1850 in Geltung gebliebenen jagdpolizeilichen Vorschriften der früheren Zeit wurden für die einzelnen Provinzen des Königreichs einstweilen in besonderen Regierungs-Ausschreiben zusammengestellt und eingeschärft, so z. B. für Mittelfranken im Reg.-Rescr. v. 11. Juni 1850 [Franz'sche Neue Gesetze 2c., III, 131 flg.], für Oberfranken im Reg.-Rescr. v. 18. Nov. 1850 [das. III, 212 flg.], für Ober- und Niederbayern in den Reg.-Ausschr. v. 4. Juli 1852, 8. u. 10. Mai 1855 [das. III, 393 flg.; IV, 489, 92 flg.] Vgl. dazu Verord. v. 6. Dez. 1857 (Reg.-Bl. Nr. 67).

**) Ueber die Entwicklungsgeschichte der Jagd-Legislation Bayern's, beginnend mit der Gejaids-Ord. Maximilian's I. v. 1616 und den das Jagdrecht des Adels betreffenden Mandaten Ferdinand Maria's v. 1667 und 1673 [Novellen z. Baier. LR. S. 176 flg.] s. v. Kreittmayr's Anmerk. über den Cod. civ. II, 3 §. 3 nr. 1—30 (II, 302—49). Den Uebergang zur modernen Gesetzgebung bildete das Gesetz, die Aufhebung des Jagdrechts auf fremdem Grund und Boden betr., v. 4. Juni 1848 (Ges.-Bl. S. 130 flg.). S. dazu Bl. f. RA. XVIII, Erg.-Bl. S. 57 flg.

***) Bezüglich der Staats-Jagden wurden besondere Bestimmungen in 45 §§. unter dem 6. Mai 1850 (Franz'sche Neue Gesetze 2c. III, 95—116) erlassen.

****) Die s. g. Jagd- oder Wildfolge [E. M. Schilling, Lehrb. des Forst- u. Jagd-Rechts, Dresden 1822, §§. 205—8 S. 146 flg. K. F. Schenck, Handb. über Forstrecht und Forstpolizei, Gotha 1825, §. 36 S. 62 flg.] ist durch das Jagdfrevel-Gesetz v. 25. Juli 1850 Art. 2 nr. 2, Art. 10 (Ges.-Bl. S. 462 flg.) aufgehoben. Vgl. Brater's Erläut. a. a. O. S. 76.

8) Gesetz über die Benützung des Wassers v. 8. Mai 1852 Artt. 23—32, 40—45 (Ges.-Bl. $18^{51}/_{52}$ S. 500 flg.). Dazu S. F. Jandebeur, Die Gesetze des K. Bayern über Benützung des Wassers 2c. mit den zu den einzelnen Artikeln gehörigen Bemerkungen der kgl. Staatsregierung und der beiden Kammern und einem Generalrepertorium herausgegeben, München 1852, S. 38—45, 51—56 u. M. Hermannseder, Die Alluvion nach röm. und dtsch. gemeinen, sowie nach bayer. und preuß. Particularrechte (Inaugural-Abhdl.), München 1856, §§. 7—10 S. 21—28.

Uebrigens ist durch Art. 28 des Gesetzes der auf den alten s. g. Burgfriedensbrief der Herzoge Johann und Sigmund von Bayern-München vom J. 1460 [s. F. J. Lipowsky's Urgeschichten von München, 1814, Thl. II S. 83—86]

gegründete, durch den Kurfürsten Max II Emanuel im Generale v. 7. Nov. 1724 (Meyr's Samml der Landes-Verord. Bd IV S. 970 flg.) neuerlich bestätigte Anspruch der Stadtgemeinde München auf alle „auf der Isar inner den Burgfriedsgezirk neu anschüttenden Inseln oder Wöhrten" in Wirksamkeit erhalten worden. Auer, Das Stadtrecht v. München S. LXVIII flg. v. Weber's Darstellung V, 394.

*) Ueber die frühere Regalität der Donau-Alluvionen s. Landtags-Abschiede v. 29. Dez. 1831 III, 73 lit. c und v. 17. Nov. 1837 Lit. F nr. V S. 34. Vgl. überhaupt Bl. f. RA. XIV, 315; XV, 11 flg.

Zweites Kapitel: Von dem Verluste des Eigenthums und der daraus entspringenden Rechte. 1)

§. 37. A. Von der Confiscation. 2)

§. 38. B. Von der Expropriation. 3)

§. 39. C. Von den Wirkungen der unterlassenen Anmeldung liegenschaftlicher Rechte zur Eintragung in das Grundkataster. 4)

---

1) Gewissermassen kommen hier auch die bei den königlichen Posten und Eisenbahnen in Uebung befindlichen Bestimmungen über die Behandlung „unanbringlicher und herrenloser Gegenstände" in Betracht. Vgl. Bekanntmachung der General-Direction der kgl. Verkehrsanstalten v. 30. Mai 1854 (Franz'sche Neue Gesetze 2c. IV, 130—33).

2) Princip: VU. v. 1818 VIII §. 6 [Const. v. 1808 V §. 6 mit Edict v. 29. Aug. 1808, Reg.-Bl. S. 1937 flg., u. Strafges. v. 1813 Thl. I Art. 33]. Ausnahme: Heer-Ergänz.-Ges. v. 15. Aug. 1828 §§. 79—83 (Ges.-Bl. S. 111 flg.) mit Vollzugs-Vorschr. hiezu v. 13. März 1830 §§. 108—16 (Reg.-Bl. S. 525 flg.) und Minist.-Entschl. v. 5. Mai 1833 in Döllinger's Samml. X, 164. S. auch v. Haller's Encyclopädie I, 149—52.

Special-Confiscationen als Straffolgen bestimmter Vergehen sprechen das Zollstrafges. v. 17. Nov. 1837 §§. 1, 2, 20, 37 (Ges.-Bl. S. 202, 216, 228), das Nachdrucks-Ges. v. 15. April 1840 Art. VI Abs. 2 (Ges.-Bl. S. 14), das Preß-Ges. v. 17. März 1850 Artt. 27, 37—39 (Ges.-Bl. v. 18$^{19}/_{50}$ S. 99, 106 flg.) und das Jagdfrevel-Ges. v. 25. Juli 1850 Art. 7 (Ges.-Bl. 18$^{19}/_{50}$ S. 467) aus. Vgl. auch Entwurf des Gesetzbuches über Verbrechen und Vergehen f. d. K. Bayern v. 1854 Abthl. I Hptst. III Art. 32.

Gewisse Vermögens-Nachtheile, welche jedoch nicht unter den Begriff einer confiscatio bonorum fallen, knüpfen sich auch an eine eigenmächtige (d. h. staatlich unbewilligte) Auswanderung an. Verord. v. 10. März 1812, Reg.-Bl. S. 488; Minist.-Entschl. v 27. Jan. 1818 in der Handbibl. des bayer. Staatsbürgers I, 50. Vgl. Pözl's Verfassungsrecht §. 31 S. 77 flg.

*) Die wichtige Verord. v. 6. Juli 1804 (Reg.-Bl. S. 635 flg.; Novellen z. Bayer. LR. S. 114, 15) über die Güterconfiscation bei unbewilligten Auswanderungen ist in ihrem hieher bezüglichen Hauptinhalte, nicht aber so weit sie das Verfahren hinsichtlich des Vermögens solcher Landesabwesenden, die mit förmlichen Pässen ausgewandert sind, angeht, als aufgehoben zu betrachten.

3) Gesetz, die Zwangsabtretung von Grund-Eigenthum für öffentliche Zwecke betr, v. 17. Nov. 1837, Ges.-Bl. S. 109 flg.; auch abgedruckt in Pözl's Samml. S. 27—36 und v. Haller's Encyclopädie VI, 279—85. Specialausg.: K. Samhaber, Das kgl. bayer. Gesetz über Zwangsabtretung erläutert, Würzb. 1839, S. 28—74. Officielle Interpretationsmittel sind der Entwurf [sammt den von der Kammer der Reichsräthe vorgeschlagenen Modificationen in Wendt's „neuestem Expropriations-Coder," Nürnb. 1837, S. 178—98 mitgetheilt] und die Verhandlungen der Kammern v. 1837, nämlich der ersten Bd. I und der zweiten Bd. XVIII, XIX.

Literatur: v. Moy, Staatsrecht I, 2 S. 5 flg.; Pözl's Verfassungsrecht §. 33 S. 82 flg.; Nik. Winderl, Das Zwangs-Abtretungs-Gesetz in seiner Anwendung auf Eisenbahnen erläutert, Regensb. 1856; Bl. f. RA. XVIII, 336, 384, 393; XXII, 14 flg.; Arendts, Erkenntnisse III, 414; IV, 301 flg.; Ztschr. f. Gesetzg. II, 226—54 („Ueber die Ermittelung der gerichtlichen Werthsanschläge bei Zwangsabtretungen von Grundeigenthum für öffentliche Zwecke"). Außerdem vgl. noch zu einzelnen Artikeln des Gesetzes, und zwar zu Art. II §. 2: Bl. f. RA. XVII, 128; zu Art. III: dies. XVIII, 59; zu Art. V: dies. IX, 17 flg. XVIII, 150 flg.; zu Art. XI: dies. XXII, 359 flg.; zu Art. XIX: dies. VIII, 268 flg. XVIII, 11; XXI, 85; zu Art. XX: dies. XVIII, 60 flg.

Ergänzungen des Gesetzes v. 1837 enthalten: das Gesetz über die Benützung des Wassers v. 28. Mai 1852 Artt 3—5, 23, 24, 31, 36, 38, 40, 48, 62, 63, 70, 84, 86, 89; das Gesetz über die Bewässerungs- und Entwässerungs-Unternehmungen zum Zwecke der Bodencultur v. 28. Mai 1852 Artt. 16, 20, 21, 37, 38; und das Gesetz über den Uferschutz von gleichem Datum Art. 9, 10, 16. Sämmtliche Stellen s. abgedruckt in Pözl's Samml. S. 36—43. Vgl. auch Verord. v. 20. Juni 1855 über Erbauung von Eisenbahnen durch Privatunternehmer §. 9 Nr. 2, 4 (Franz'sche Neue Gesetze ꝛc. IV, 536); Concessions-Urkunde der kgl. priv. Actiengesellschaft der bayerischen Ostbahnen v. 12. April 1856 §§. 4, 21 (das. V, 131, 140).

*) Ueber das frühere bayerische Recht in dieser Materie und die Entwickelungsgeschichte des Gesetzes v. 1837 vgl. den all. Expropriations-Coder S. 8—33 und Samhaber a. a. O. S. 15—27. Eine Vergleichung der bayerischen Expropriations-Legislation mit den übrigen deutschen und ausländischen Gesetzgebungen über diesen Gegenstand enthält der Expropriations-Coder S. 203—312. Vgl. noch Mittermaier im Staatslexikon VII, 16—28, J. J. Treichler in der Ztschr. f. deutsches Recht XII, 123—166, C. F. W. J. Häberlin im Archive f. civilist.

Prax. XXXIX, 1 flg., A. Bessel's u. Ed. Kühlwetter's Preußisches Eisenbahnrecht, Thl. I (Köln 1855) S. 33—110.

**) Das Verfahren in Expropriations-Processen angehend s. Wunder, Die administrat. Rechtsstreitigkeiten §. 75 S. 220 flg.

4) Gesetz, die allgemeine Grundsteuer betr., v. 15. Aug. 1828 §. 95 (Ges.-Bl. S. 159 flg.) mit Ges. v. 25. Aug. 1831, Abänderungen des Grundsteuergesetzes betr. (Ges.-Bl. S. 17 flg.) u. Justiz-Minist.-Entschl. v. 11. Aug. 1854 in der Ztschr. f. Gesetzg. I, 311 flg. und Brater's Samml. von Präjudicien, Jahrg. 1854 S. 224 flg. Vgl. E. Kumpf, Der §. 95 des bayr. Grundsteuergesetzes v. 15. Aug. 1828 und die Beweiskraft des Grundsteuerkatasters, Ansbach 1846 [wo S. 6—12 Auszüge aus den Kammerverhandlungen, und S. 91 flg. die Gesetzestexte selbst mitgetheilt werden] nebst der Recens. von J. Schierlinger in den Bl. f. RA. XII, 188—92. S. auch Bl. f. RA. XIV. 224; XIX, 143 flg.; XXI, 174 flg.; XXII, 381 flg.

Drittes Kapitel: Von der Eigenthums-Ausübung und ihren Grenzen.

§. 40. A. Staatliche Garantie des Privateigenthums. [1])

B. Einschränkungen und Belastungen desselben, insbesondere des liegenschaftlichen; und zwar

I. legale: [2])

§. 41. a) durch die Forstcultur-Bestimmungen; [3])

§. 42. b) durch die zur Beförderung von Bewässerungs- und Entwässerungs-Unternehmungen angeordneten Zwangsrechte. [4])

II. Conventionelle:

§. 43. a) Von den Forst-Berechtigungen. [5])

α. Natur [6]) und Entstehung [7]) derselben;

β. Verkauf und Transferirung; [8])

γ. Umwandlung [9]) und Ablösung. [10])

§. 44. b) Von der Weide-Dienstbarkeit. [11])

c) Von den Reallasten.

§. 45. α. Früheres Recht: [12])

aa) Frohnen; [13])

bb) Grundzinsen; [14])

cc) Zehenten. [15])

§. 46. β. Aufhebung, Fixirung und Ablösung dieser Lasten nach den Grundsätzen der neuesten Legislation. [16])

---

1) VU. v. 1818 IV §§. 8, 9; Beil. II §§. 31, 46, 47; Beil. IV §. 49. Vgl. Pözl's Verfassungsrecht §. 32 S. 79 flg. [Wegen des s. g. literarischen und artistischen Eigenthums s. unten im V. Abschn. die Lehre vom Nachdrucke.]

2) Nur erwähnt mögen hier werden die Beschränkungen der freien Geltendmachung der Eigenthumsbefugnisse

a. durch die vorherrschend polizeilichen Bauvorschriften. Vgl. G. Döllinger, Uebersicht der im K. Bayern über das Land- Straßen- und Wasserbauwesen erschienenen Verordnungen, in alphabet. Ordnung, Nördlingen 1845; M. v. Schmädel, Handb. der im Gebiete der Bau-Polizei-Verwaltung und des Bau- resp. Nachbarn-Rechts bestehenden Gesetze und Verordnungen in Verbindung mit den Bestimmungen der Bau-Ordnungen der ehemal. freien Reichs- und der größeren Städte Bayern's diesseits des Rheins Bd. I, Augsb. 1846, bes. §§. 260—532 S. 295 flg. Und

b. durch die Hoheitsrechte des Staates, vornehmlich den Einfluß des Berg-Regals. Die hierüber entscheidende Hauptquelle ist die Berg-Ordnung für Bayern, die obere Pfalz und Landgrafschaft Leuchtenberg v. 6. Mai 1784 in 112 Artikeln (Meyr's Samml. der Landes-Verord. Bd. II S. 1435—1473; auch in Chr. H. Gttl. Hake's Commentar über das Bergrecht, Sulzbach 1823, S. 458 flg. abgedruckt). Daneben soll, gemäß dem Einführungspatente Abs. 4, „in Fällen, welche in dieser „Ordnung nicht ausgedrückt wären, . . . nach Recht, Ordnung und Ge„brauch der kursächsischen Bergwerke [d. i. der kursächs. Berg-Ord. „v. 1589], auch sonst nach den gemeinen Bergrechten und alten löblichen „Bergwerksgewohnheiten . . . entschieden werden." Durch das organische Edict, die Berggerichts-Verfassung im K. Bayern betr., v. 14. Sept. 1809 (Reg.-Bl. S. 1577 flg. und bei Hake a. a. O. S. 451 flg.) wurde die Berg-Ord. v. 1784 auch auf die inzwischen zu Bayern gekommenen Landestheile ausgedehnt, indem es im §. 43 heißt: „Die Justiz in Bergsachen kann in Unserem ganzen Königreiche nur von den durch gegenwärtiges Edict konstituirten Gerichts-Behörden in Unserm Namen und nach Unserer dermaligen oder in der Folge revidirt werdenden Berg-Ordnung verwaltet werden." Allein ein Gleiches läßt sich keineswegs mit v. Weber, Darstellung I, 961 auch von den erst im April 1810 von Frankreich an Bayern gelangten bayreuthischen Landen behaupten, in welchen vielmehr die gemeinschaftliche Berg-Ord. der Markgrafen Christian Ernst und Joachim Ernst zu Brandenburg v. 1. Dez. 1619 nebst den Berg-Patenten v. 1662 und 1718, sowie als subsidiäre Quelle das preußische Landrecht II, 16 noch immer, wenn auch mit bedeutenden Einschränkungen, zur Anwendung kommen. Ueber die Abgaben von den Bergwerken entscheidet gegenwärtig das Gesetz v. 1. Juli 1856 (Ges.-Bl. S. 363—74). S. auch Pözl's Verwaltungsrecht §. 206 S. 407 flg. Wegen der Gerichtsbarkeit in Bergsachen s.

Seuffert, Kommentar über die Bayer. GO. Bd. I S. 112 flg. Einen historischen Ueberblick der bayerischen Berg-Legislation gibt J. G. Lory, Samml. des Baier. Bergrechts, mit einer Einleitung in die baier. Bergrechtsgeschichte, München 1764 fol.

Ueber die dem Staate vorbehaltene Goldwäscherei und Perlfischerei s. Gesetz über die Benützung des Wassers v. 8 Mai 1852 Art. 46 Abs. 2 (Ges.-Bl. S. 510) mit Verord. v. 20. Aug. 1784 (Meyr's Samml. der Landes-Verord. Bd. III S. 180).

3) Forst-Gesetz v. 28. März 1852 (Ges.-Bl. S. 69 flg.) Artt. 1, 6, 7 [2, 4], 19—22, 35—44, 74—77, 87—90 nebst den beiden Vollzugs-Instruct. v. 29. Juni 1852, A §§. 3, 9—15; B §§. 1—4 (Franz'sche Neue Gesetze rc. II, 404, 410 flg. 452 flg.; v. Haller's Encyclopädie II, 174 flg.) und den Landtags-Verhandlungen v. 18⁵¹/₅₂ Beilagen-Bd. I S. 618 flg. III S. 75 flg. 457 flg. IV S. 1 flg., auszugsweise abgedruckt bei S. J. Jandebeur, Das Forstgesetz f. d. K. Bayern v. 1852, nebst den hierauf bezüglichen Verhandl. beider Kammern, München 1852. Außerdem vgl. K. Brater's Erläut. in Dollmann's Gesetzgebung des K. Bayern Thl. II Bd. I S. 406 flg. 413 flg. 432 flg. 472 flg. 537 flg. 548 flg. und die einzelne Gesetz-Artikel erörternden casuistischen Mittheilungen in der Ztschr. f. Gesetzg., z. B. zu Art. 35 (III, 411, 532). zu Art. 41 (IV, 204 flg.), zu Art. 43 (I, 472 flg. III, 104 flg.), zu Art. 74 (I, 225 flg.), zu Art 87 (I, 244 flg. 337 flg.) rc. Vgl. auch Brater's Samml. von Präjudicien, Jahrg. 1857 S. 51, 52.

4) Gesetz über die Bewässerungs- und Entwässerungs-Unternehmungen zum Zwecke der Bodencultur v. 28. Mai 1852 [Ges.-Bl. S. 456 flg.] Artt. 1, 16—22, 51 mit Jandebeur, Die Gesetze des K. Bayern über Benützung des Wassers rc. S. 114, 126 flg. S. auch Leitfaden §. 21 S. 17 Note 4. Ueber das amtliche Verfahren und die obrigkeitliche Competenz in Ansehung der fraglichen Unternehmungen s. all. Gesetz Artt. 23—46.

5) Forst-Gesetz v. 28. März 1852 Artt. 23—34 mit Vollzugs-Instruct. A §§ 4—8 (Franz'sche Neue Gesetze rc. II, 404 flg.) Vgl. Brater a. a. O. S. 437—72.

*) Die älteren auf die s. g. Forstrechte sich beziehenden Rechtsbestimmungen von der Forst-Ordnung v. 1616 an [über welche sich M. v. Freyberg, Pragmat. Geschichte der bayer. Gesetzgebung und Staatsverwaltung seit den Zeiten Max I, aus amtl. Quellen bearbeitet, Leipzig 1836—39, 4°, Bd. II. S. 251 flg. m. Vorwort S. XV verbreitet] findet man fleißig zusammengestellt bei F. Seiffert, Handb. zur Rentamtsadministration, Nördlingen 1839, S. 262 flg. Vgl. auch Novellen z. Baier. LR. S. 238—58.

6) Finanz- u. Justiz-Minist.-Entschl. v. 17. Jan. und 8. Febr. 1855 (in Brater's Samml. von Präjudicien, Jahrg. 1855 S. 15—17) mit Grundsteuer-Ges. v. 15. Aug. 1828 §§. 71, 72 und v. 28. März 1852 Art. 4 (Instruct. hiezu v. 20. Mai 1852 §§. 2, 7—9), sowie Taxregulativ-Ges. v. 28. Mai 1852 Art. 23.

Sämmtliche Allegate s. in v. Haller's Encyclopädie III, 202, 210—12; VI, 106. Vgl. auch bezüglich des Rechtscharakters der den Hausbesitzern und Bürgern der Stadt Nürnberg zustehenden Forst- oder Waldholzrechte in dem s. g. Reichswalde Bl. f. RA. XXI, 225—31.

7) Darüber, ob Herkommen ein Erwerbstitel von Forstrechten sein könne, s. Bl. f. RA. XIV, 351.

8) Ministerial-Entschl. v. 23. Dezbr. 1851, 17 Jan. und 8 Febr. 1855 (Franz'sche Neue Gesetze ꝛc. IV, 317 m. Note 1, 343.)

9) Forst-Gesetz v. 1852 Art. 27, 29 mit Vollzugs-Instruct. A §. 5 (Franz'sche Neue Gesetze ꝛc. II, 406, 7.) Vgl. Brater's Bl. f. administr. Prax. V, 337—52.

10) Grundlasten-Ablösungs-Gesetz v. 4. Juni 1848 Artt. 18, 34; Forst-Gesetz v. 1852 Artt. 29, 30 mit Vollzugs-Instruct. A §. 7 (S. 408, 9). Vgl Pözl's Erläut. des Grundlasten-Ablös.-Ges. in Dollmann's Gesetzgebung des K. Bayern Thl. I Bd. I S. 214 flg. 249 flg. Brater's Erläut. des Forst-Ges. das. Thl. II Bd. I S. 457—68. Wegen der hypothekenamtlichen Behandlung abgelöster Forstrechte (Hyp.-Ges. v. 1822 §. 38) s. Minist.-Entschl. v. 14. März 1855 (Franz'sche Neue Gesetze ꝛc. IV, 412 flg.; Brater's Samml. von Präjudicien, Jahrg. 1855 S. 37 flg.)

*) Vor 1848 richtete sich die Ablösung der Forstservituten hauptsächlich nach der Verord. v. 18. Jan. 1805 (Reg.-Bl. S. 129 flg.; Novellen z. Baier. LR. S. 244—47). Von Interesse dürfte eine Vergleichung der heutigen bayerischen Ablösungs-Grundsätze mit jenen der österreichischen Legislation sein. Vgl L. Grabner's Forstwirthschaftslehre (2. Aufl. Wien 1854) Bd. I S. 242 flg.

11) a. Grundlasten-Ablösungs-Gesetz v. 1848 Art 5 mit Verord. v. 15. März 1808 §. 1 (Reg.-Bl. S. 677 flg.; Novellen z. Baier. LR. S. 217, 18). Dazu Pözl's Erläut. des ersteren Ges. a. a. O. S. 191 flg. — b. Gesetz über die Ausübung und Ablösung des Weiderechts auf fremdem Grund und Boden v. 28. Mai 1852 (Ges.-Bl. $18^{51}/_{52}$ S. 601 flg., bes. herausgeg. von S. J. Jandebeur, München 1852, 12°.) mit Vollzugs-Instruct. v. 12. Aug. 1852 [zu Artt. 19, 25, 27, 28, 44] in den Franz'schen Neuen Gesetzen ꝛc. II, 797 flg. Vgl. Pözl's Erläut. in Dollmann's Gesetzgebung des K. Bayern Thl. I Bd. I S. 390—447. u. Verwaltungsrecht §. 142 S. 289 flg. Außerdem s. Bl. f. RA. XXI, 431 flg. Brater's Bl. f. administr. Prax. I, 382 flg. Die Competenz in Weide-Ablösungs-Processen betreffend vgl. Bl. f. RA. XX, 330 flg. XXI, 40 flg.

*) Ueber das frühere Recht (Generalien v. 24. März, 3. Juni u. 12. Nov. 1762, v. 24. Oct 1787, Verord. v. 26. Febr. und 15. März 1808 u. a. m.) sowie die Entwickelung des geltenden Gesetzes vgl. die treffliche historische Einleitung von Pözl, Erläut. a. a. O. S. 379—89.

12) J. A. Seuffert, Das Baurecht, die Reallasten und das Näherrecht, nach der Baier. Gesetzgebung dargestellt, Würzb. 1819, S. 79—116.

13) Bayer. LR. v. 1756 II, 11 sammt Novellen S. 302—17; VU. v. 1818 IV §. 7; Beil. VI §. 8. Vgl. Fr. v. Zu-Rhein, Ueber Frohnen und deren Ablösung, nach Bestimmung der bayer. Verfassungsurkunde, Würzb. 1823, sowie dess. Beitr. I, 153 flg. u. Ztschr. I, 194 flg.; Bl. f. RA. IX, 319, 369 flg. — Von den in Bayern geltenden Provinzialrechten erwähnen nur einzelne der Frohnen, so z. B. das ansbachische (s. Hirsch, Real-Index v. 1774 S. 141—49), das fuldaische (v. Weber's Darstellung III, 189 flg.).

*) Ueber den altbayerischen Rechts-Ausdruck „Scharwerk" s. Schmeller's Bayer. Wörterbuch III, 382 flg.

14) Bayer. LR. v. 1756 IV, 7 §. 33; Edict v. 28. Juli 1808 [Reg.-Bl. S. 1849 flg.] §§. 73, 79, 80, 81, 83; Beil. VI z. VU. v. 1818 §§. 7, 14, 15. S. auch Hypotheken-Ges. v. 1822 §. 12 nr. 3, 4; Prioritäts-Ord. v. 1822 §. 12 nr. 7 lit. b, §. 25 nr. 2; Einführungs-Ges. v. 1. Juni 1822 §. 7. — Von den in den Provinzial- und Statutarrechten begegnenden Arten des Grundzinses mögen hier nur erwähnt werden: a) das münchner „Ewiggeld", worüber unten in der Lehre vom Pfandrechte das Nöthige anhangsweise mitgetheilt werden soll; b) die nürnbergischen „Gatterzinsen" und „Weisaten", s. v. Weber a. a. O. II, 790, 793 flg.; und c) das „Rauchpfund, Rauchgeld, Rauchhuhn" des würzburgischen und fuldaischen Rechts, s. v. Weber a. a. O. III, 377 flg. 1070 flg.

*) Ueber die Namen der unter b, c aufgeführten Reichnisse s. Haltaus, Glossar. col. 589, 1508, 2064; „Glossar Nürnbergischer Rechtswörter" in Siebenkees' Beytr. z. teutschen Recht III, 231, 237; Grimm's Deutsche Rechtsalterthümer S. 374, 388.

15) a. Stammländische Gesetzgebung: Bayer. LR. v. 1756 II, 10 mit den Novellen S. 279—302; ferner Verord. v. 8. Febr. 1825 §. 8 (Reg.-Bl. S. 102) und Plenar-Beschl. v. 19. Dez. 1844 (Reg.-Bl. v. 1845 S. 24 flg.; Moritz'sche Samml. I, 165 flg.) Vgl. dazu die Schrift: Das Zehentrecht in Bayern, aus den Quellen entwickelt, II Hefte, Landshut 1844, 45. — b. Provinzialrechte: Bayreuther Zehent-Edict v. 1666 [Arnold's Beitr. II, 195 flg.], Eichstätter Zehnt-Ord. v. 1709 [das. S. 369 flg.], Fuldaer Zehnt-Verord. v. 1766, Salzburger Zehnt-Ord. v. 1677, Fürstl. Augsburger Zehnt-Ord. v. 1693 (1753), Ottobeuerner Zehnt-Ord. v. 1778, Ulmische Normal-Zehnt-Ord. v. 1801, Zehent-Norm für die schwäbischen Landestheile v. 1805 ꝛc., letztere sämmtlich bei v. Weber a. a. O. III, 329 flg.; IV, 26, 305, 899, 1471 flg.; V, 139 flg. dargestellt.

Eine gute systematische Erörterung des gesammten in Bayern geltenden Zehentrechts gibt v. Sicherer, Der Zehent nach gemeinem deutschen und nach bayerischem Rechte, Neuburg a. D. 1845, womit desselben Verfassers „Beiträge zu den im K. B. Regierungsbezirke Schwaben und Neuburg zur Anwendung kommenden Zehentrechten", Augsb. 1844, in Verbindung stehen.

16) Grundlasten-Ablösungs-Gesetz v. 4. Juni 1848 [Ges.-Bl. S. 97 flg., auch in Pözl's Samml. S. 138 flg.] Artt. 2, 4, 7—9, 13, 14, 21—23, 25, 27, 29, 30, 34 nebst den zahlreichen Instructionen, Ministerial-Entschließungen

und Regierungsausschreiben zur Erläuterung und Vollziehung desselben bei Dr. Gerstner, Systemat. Entwicklung des Gesetzes v. 4. Juni 1848 2c. (2 Bände, Ansbach 1850), Bd. I S. 187 flg., bes. 224, 243, 255, 281, 295; Bd. II S. 386, 400, 402, 404, 406, 413, 422, 424, 437, 442, 454, 466, 472, 474, 498, 507, 539, 545 u. s. w. [S. auch das. Bd. I S. 3 flg. den Entwurf des Gesetzes, S. 13 flg. die Motive, S. 26 flg. den Vortrag des Dr. Schwindl, S. 58 flg. den Gesetz-Entwurf der Ausschüsse, S. 69 flg. die motivirte Beschlußfassung der Kammern, S. 131 flg. das publizirte Gesetz selbst.]

Die gründlichste Erklärung gibt Pözl in Dollmann's Gesetzgebung des K. Bayern Thl. I Bd. I S. 184, 187, 196, 206, 222, 230, 236, 239, 248 flg. und in seinem Verfassungsrechte §§ 61—66 S. 146--62. Außerdem vgl. Bl. f. RA. XIII, 289 flg. 369 flg.; XIV, 17 flg., und zu den Gesetzes-Artikeln 2, 4, 8 dies. XV, 173; XVI, 62, 311; XVIII, 94, 157, 394; XIX, 335 flg.; XX, 349, 411; XXII, 168, 316, sowie Arendts, Erkenntnisse III, 433 flg.

*) Ueber die Entstehung und den Inhalt des seinem Charakter nach vorherrschend „national-ökonomischen" Ablösungs-Gesetzes s. Pözl's Einleit. zu seiner Erläuterung §§. 13—15 S. 172 flg. Zur Beurtheilung der Stimmungen in Ansehung der Reallasten-Frage unmittelbar vor der Ständeversammlung von 1848 ist das Schriftchen von A. Möller, Das teutsche gute Recht der Reallasten vor dem Forum des 19. Jahrhunderts, ein offenes Schutzschreiben an Bayern's Landtag, Pappenheim 1847, nicht ohne Bedeutung.

**) Ueber die Competenz und das Verfahren in Ablösungssachen [Ges. v. 1848 Artt. 19, 20 mit Dr. Gerstner a. a. O. Bd. I S. 246, 273, 278, 322, 327, 330, 334; Bd. II S. 552] vgl. Pözl a. a. O. S. 218 flg.; Brater's Bl. f. administr. Prax. I, 376 flg.; Bl. f. RA. XVII, 2, 298 flg.; XXII, 113 flg. Ueber die Zuständigkeit für die Verbriefung der hierher gehörigen Verträge insbesondere s. Brater a. a. O. II, 411 flg.

***) Die Gesetze, die Ablösung des Lehenverbandes betr., v. 4. Juni 1848 (Ges.-Bl. S. 121 fl.) und die Sicherung, Fixirung und Ablösung der auf dem Zehentrechte lastenden kirchlichen Baupflicht betr., v. 28. Mai 1852 (Ges.-Bl. v. $18^{51}/_{52}$ S. 701 flg.) finden zweckmäßiger in den lehen- und kirchenrechtlichen Vorträgen ihre Besprechung. Vgl. übrigens zu dem ersteren Ed. Kumpf, Kritik und Anwendung des Gesetzes über die Ablösung des Lehenverbandes 2c., Ansbach 1849, und Pözl's Erläut. in Dollmann's Gesetzgebung des K. Bayern Thl. I Bd. I S. 335—76; zu dem letzteren Gesetze M. Permaneder's Erläut. in Dollmann's alleg. Samml. a. a. O. S. 279—334.

Zweiter Titel.

Von einigen besonderen Formen des Eigenthums, vornehmlich an Liegenschaften.

§. 47. Uebersicht.[1])

§. 48. A. Von den Gemeinde-Realitäten[2]) und deren Theilung.[3])

B. Von den Bauerngütern im gutsherrlichen Verbande.[4])

§. 49. a) Rechtliche Gestaltung des s. g. getheilten Eigenthums überhaupt.

α. Früheres Recht bis zum Jahre 1818, und zwar:

aa) in den Stammlanden;[5])

bb) in den Provinzen.[6])

β. Moderne Legislation Bayern's seit 1818 mit dem Principe ablösbarer Grundbarkeit.[7])

§. 50. b) Der Handlohn, laudemium, insbesondere:

α. nach den particulären Normen der älteren Zeit;[8])

β. nach der jüngeren gesammtländischen Gesetzgebung: Erleichterung, Fixirung, Ablösung des Reichnisses.[9])

§. 51. C. Von den landwirthschaftlichen Erbgütern.[10])

a) Begriff, Zweck und Gegenstand eines solchen;[11])

b) Form der Constituirung;[12])

c) Rechtsverhältnisse am errichteten Erbgute unter Lebenden[13]), und zwar

α. des jeweiligen Erbguts-Besitzers;[14])

β. des Ehegatten desselben;[15])

γ. der Anerben.[16])

d) Erlöschung der Erbguts-Qualität.[17])

§. 52. D. Von den Familien-Fideicommissen des Adels.

a) Blicke auf die Geschichte des Instituts in Bayern.[18])

b) Grundsätze des geltenden Rechts.[19])

---

1) Die Lehre von den am Staats- und Kirchengute stattfindenden Eigenthumsrechten fällt den publizistischen und kirchenrechtlichen Vorlesungen anheim. Vgl. Pözl's Verfassungsrecht §§. 157, 58 S. 386 flg.; §. 90 S. 224 flg.; Andr. Müller's Lexicon des Kirchenrechts und der römisch-kathol. Liturgie

Bd. III S. 484 flg.; Permaneder's Handb. des kathol. Kirchenrechts Bd. II §§. 701, 725, 727 flg.; v. Dobeneck, Zusammenstellung §. 170 S. 261 flg.

2) Revid. Gemeinde-Edict v. 1. Juli 1834 [Ges.-Bl. S. 109 flg.] §§. 6, 24, 26 mit Verord. v. 13. Febr. 1805 (Churbayer. Reg.-Bl. S. 27 flg.) und Minist.-Entschl. v. 6. März 1854 (Brater's Samml. von Präjudicien, Jahrg. 1854 S. 76 flg.). Vergl. Wunder's Handb. f. Landgemeinde-Verwaltungen, Bayreuth 1845, §§. 15—20 S. 20 flg.; Uhrig's Abhdl. über die jurist. Pers. S. 41 flg.; Pözl's Verfassungsrecht §. 96 S. 238 flg.

3) Revid. Gemeinde-Edict v. 1834 §. 25 [Ges.-Bl. S. 113] mit Verord. v. 11. Mai 1814 über einzuholende Gutachten von Sachverständigen (Reg.-Bl. S. 1105 flg.) und Minist.-Entschl. v. 6. März 1854 (Franz'sche Neue Gesetze rc. IV, 64 flg.). Die zahlreichen weiteren hierher gehörigen Verordnungen u. Rescripte stehen in Döllinger's Samml. XIV, 2 S. 136—85.

Literatur: v. Moy, Staatsrecht I, 1 §. 116 S. 397; Debes in v. Zu-Rhein's Ztschr. III, 111—14; Brater's Bl. f. administr. Prax. II, 103 flg. Ueber die Natur und namentlich Handlohnbarkeit abgetheilter Gemeindegutsparzellen s. DuPrel, Rechtsfälle V, 23 flg.; Arnold's Beitr. II, 394, 95 Note 3.

*) Die Competenz in Gemeindetheilungs-Streiten angehend s. OAGE. v. 18. Januar 1853 (Reg.-Bl. S. 113; Brater's Samml. von Präjudicien, Jahrg. 1853 S. 104). Vgl. auch DuPrel a. a. O. III, 121—28; Brater's Bl. f. administr. Prax. I, 242 flg. Ueber das Verfahren in derartigen Processen s. Wunder, Die administr. Rechtsstreitigkeiten §. 82 S. 248 flg.

**) Verpachtungen von Gemeindegründen stehen nicht unter dem §. 25 des Gemeinde-Edicts. Vgl. Minist.-Entschl. v. 29. Aug. 1853 (Brater's Samml. von Präjudicien a. a. O. S. 203).

4) Ueber das Wesen der Gutsherrlichkeit nach bayerischem Rechte überhaupt s. L. Prenitzer, Handb. der gutsherrlichen Rechte in Bayern, Regensb. 1847.

5) Bayer. LR. v. 1756 IV, 7: „von dem Contractu Emphyteutico überhaupt, und insonderheit von Erbrechten, Leibgeding, Neustift, Herrngunst oder verañleiteter Freystift und anderen ähnlichen Handlungen" nebst dem General-Mandat „von Grundguts-Veränderungen und Meyerschafts-Fristen bey Landesherrlichen Grunduntertanen" v. 3. Mai 1779 (in Meyr's Samml. der Landes-Verord. Bd. I S. 382—85) §§. 1, 5, 8 und anderen Verordnungen in den Novellen z. LR. S. 480—98.

Vgl. *de Chlingensberg*, Tract. jurid. de jure hofmarchiali in Bavaria, Ingolstad. 1731, 4°; Kopf, Grundherrlichkeit S. 75 flg. 89 flg. 94 flg. 112 flg.; Seuffert, Baurecht rc. S. 3—60; v. Bernhard's Grundriß des bayer. Landrechts (München 1837) S. 154—63.

6) Ueber die eigenthümlichen bäuerlichen Güterzustände im Schwarzenbergischen, Nürnbergischen, Schweinfurtischen, Fuldaischen, Kemptischen, den vormals württembergischen, vorderösterreichischen und salzburgischen Landestheilen Bayerns,

ferner im Solmsischen und Erbachischen s. v. Weber, Darstellung II, 630, 785; III, 639, 1064; IV, 109, 1065, 1225; V, 114, 275, 357 flg.

7) a. Edict v. 28. Juli 1808 §§. 81, 83, 84 (Reg.-Bl. S. 1851 flg.) — b. Beilage VI z. VU. v. 1818 [„Edict über die gutsherrlichen Rechte und die gutsherrliche Gerichtsbarkeit"] §§. 4—6, 16—20, 111, 114, 115 nebst den oben zu §. 45 Noten 13, 14 bereits gegebenen Citaten. Vgl. Seuffert, Baurecht &c. S. 60—68; L. v. Dresch, Grundzüge des bayer. Staatsrechts (1835) §§. 76—78 S. 133 flg.; Pözl's Verfassungsrecht §. 60 S. 143 flg. und Erläut. des Grundlasten-Ablösungs-Ges., Einleit. §§. 6—9 S. 162 flg. Außerdem s. noch v. Zu-Rhein, Kurze Erörterungen aus dem gutsherrl. Rechte Nr. 1—28 in dessen Ztschr. I, 184 flg. 304 flg.; II, 94 flg. 219 flg.; L. Zierl, Von den Besitz-Verhältnissen und den Belastungen des Bodens, im Centralblatte des landwirthschaftl. Vereins in Bayern Jahrg. XXXIII (1843) S. 313 flg. 439 flg.; sowie insbesondere zu den §§. 4 und 114 des Edicts Bl. f. RA. XVII, 46; Du Prel, Rechtsfälle VI, 320 flg. — c. Gesetz über die Rechtsverhältnisse der auf die Gerichtsbarkeit freiwillig verzichtenden Standes- und Grundherrn v. 28. Dez. 1831 (Ges.-Bl. S. 249 flg.) Artt. 4, 5 mit Pözl, Verfassungsrecht §§. 69, 71 S. 172 flg. — d) Grundlasten-Ablösungs-Gesetz v. 4. Juni 1848 Artt. 6, 15—17 mit Pözl's Erläut. S. 193, 208—14 und Verfassungsrecht §. 73 S. 178 flg.

8) Quellen: Bayer. LR. v. 1756 a. a. O. §. 11; Handlohns-Ordnungen für Eichstätt v. 1689, Ansbach v. 1697, Bayreuth v. 1760, Schwarzenberg v. 1767 [nebst zahlreichen Handlohns-Observanzen, z. B. im Castellischen, zu deren Beweis die an sich als Rechtsnormen nicht zu betrachtenden Kameral- und Aemter-Instructionen gebraucht werden können]. Vgl. Arnold's Beitr. II, 343, 40, 231, 637, 666, 278.

Literatur: v. Weber's Darstellung I, 835—84 [über den Handlohn nach bamberger Recht, auch besonders zu Ansbach 1835 herausgegeben], 1108 flg.; II, 1049 flg.; III, 1074 flg.; IV, 1497 flg. H. A. Lange, Anmerk. zu J. J. Beck's rechtl. Abhdl. von Nachsteuer und Handlohn, Bayreuth 1781, 4°. S. 287—656 nebst einem Anhange „vom Handroß-Handlohn S. I—VIII. J. Chr. Siebenkees, Vom Handlohn der Erbgüter, bes. nach Nürnb. Rechten, Nürnb. 1798 (auszugsweise bei v. Weber a. a. O. II, 797 flg.). Chr. Fr. A. Tafel, Rechtl. Gutachten der Juristen-Facultät in Tübingen über sieben Rechtsfragen aus dem Lehenrechte, mit besond. Beziehung auf die bäuerlichen Verhältnisse im Hohenloheschen, Heilbronn 1846, S. 23—50.

9) a. Alleg. General-Mandat v. 3. Mai 1779 §§. 2, 5, 6, 8 und Mandat v. 22. Dez. 1790 §§. 1, 2 (Meyr's Samml. der Landesverord. V, 62 flg.; Novellen z. Baier. LR. S. 487). — b. Beil. VI z. VU. v. 1818 §§. 10—13 mit Plenar-Beschl. v. 27. Febr. 1840 (Reg.-Bl. S. 213 flg.; Moritz'sche Samml. I, 39 flg.). Vgl. Seuffert in v. Zu-Rhein's Beitr. II, 171—90; Bl. f. RA. XI, 409; XVI, 246 flg.; Brater's Samml. von Präjudicien, Jahrg. 1853 S. 14. [Ueber das Verhältniß des Edicts v. 1818 zu den particulären Hand-

lohns-Ordnungen s. Kgl. Declaration v. 19. März 1807 lit. C §. 4 und alleg. Beil. VI §. 136 mit Arnold, Beitr. II, 637 Note 1]. — c. Gesetz, einige civilrechtl. Gegenstände auf den Fall des Eindringens der asiatischen Cholera in das K. Bayern betr., v. 28. Dez. 1831 (Ges.-Bl. S. 241 flg.) Nr. III §. 4. — d. Grundlasten-Ablösungs-Gesetz v. 4. Juni 1848 Artt. 8, 15, 16, 26 mit Verord., die Fixirung und Ablösung des Handlohns und anderer unständiger Besitzveränderungs-Gefälle des Staats betr., v. 19. Juni 1832 [Reg.-Bl. S. 389 flg.] und Instruct. v. 17. Juni 1848 §§. 10—14. Diese und die weiteren zur Erläuterung dienenden Verordnungen, Minist.- und Reg.-Erlasse s. in Gerstner's Systemat. Entwicklung Bd. I S. 145 flg. 296, 306—14 ꝛc. Vgl. auch Döllinger's Samml. V, 2 S. 342 flg. 381 flg.; Geret's Samml. der Verord. über die bayer. Finanz-Verwaltung XVIII, 22, 27, 177; Franz'sche Neue Gesetze ꝛc. III, 391 flg. Außerdem s. Pözl's Erläut. S. 208—13, 234—36 und Bl. f. RA. XVI, 28, 312; XIII, 378.

*) Ueber das Technische bei der Handlohns-Fixirung und Ablösung vgl. Eug. Wittmann, Anleitung zur Fixation und Ablösung des unständigen Handlohns, Ansbach 1839.

**) Die Schätzungen bei Handlohns-Fixationen insbes. angehend s. Bl. f. RA. XVI, 26 flg. und OAGE. v. 9. Juli 1855 (Reg.-Bl. S. 930—37; auch in der Moritz'schen fortges. Samml. der Plenarbeschlüsse II, 153 flg.).

***) Ueber die Appellationssumme in Handlohns-Processen (wofür die oberstrichterlichen Plenarbeschlüsse v. 27. Juni 1838 und 15 Jan. 1845, Reg.-Bl. S. 485 flg. 82 flg. und in der alleg. Samml. I, 17, 82 flg., nicht mehr maßgebend sind) vgl. Arendts, Erkenntnisse III, 434—36.

10) Gesetz über die landwirthschaftlichen Erbgüter v. 22. Febr. 1855 (Ges.-Bl. $18^{53}/_{55}$ S. 49—72; mit Erläuterungen abgedruckt in den Franz'schen Neuen Gesetzen ꝛc. IV, 387—407.

Auslegungs-Mittel:

a. Die Landtags-Acten von 1853—55, und zwar Verhandlungen der Kammer der Reichsräthe, Protokollen-Bd. II S. 56, 64—162, 175, 181—96 nebst Beilagen-Bd. II S. 60, 63; III S. 79, 166, 187 197 flg.; Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten, stenographische Berichte Bd. I S. 244, 251—54, 299—359, 388—94, 496; II S. 67—74, 155, 174 nebst Beilagen-Bd. II S. 74, 83—92, 138, 287 ꝛc.

b. Der Entwurf sammt Motiven vom J. 1850, in den Protokollen der Kammer der Reichsräthe Bd. II S. 360 flg.

c. Graf v. Reigersberg, Vortrag in der Bayerischen Kammer der Reichsräthe über den Entw. eines Gesetzes, die landwirthschaftl. Erbgüter betr., München 1851.

Vom gemeinrechtlich-germanistischen Standpunkte aus betrachtet Bluntschli, Deutsches Privatrecht Bd. I §. 69 S. 341—47 die bäuerlichen Erbgüter.

11) EGGes. Artt. 1, 2 mit Hypotheken-Ges. v. 1822 §. 34.

12) EGGes. Artt. 3 [mit Beil. VIII z. VU. v. 1818 §. 2 u. Gesetz v. 28. Mai 1852, Ges.-Bl. S. 325], 4, 34.

13) Die Lehre von der Guts-Nachfolge ist besser unten in dem vom Erbrechte handelnden Abschnitte VI zu besprechen.

14) EGGes. Artt. 5, 6. Das Hypotheken-Ges. v. 1822 leidet in seinem §. 12 auf landwirthschaftliche Erbgüter keine Anwendung.

15) EGGes. Artt. 7, 19 Abs. 2.

16) EGGes. Artt. 6, 8 [mit Hypotheken-Ges. v. 1822 §§. 24—26], 32.

17) EGGes. Artt. 28—30

18) **a.** Erste positive Normirung des Fideicommisses, jedoch nur noch als eines rein-privatrechtlichen Instituts, durch die Pragmatik Ferdinand Maria's „wegen der Fidei-Commissen, Verzicht der adelichen Töchter" v. 20. April 1672 (in der v. Kreittmayr'schen Samml. der Landesverord. v. 1771 S. 83 flg. und Lünig's **Corpus juris feudalis Germ. II**, 523 flg.), wozu **Chr.** *de Chlingensberg*, **De remediis conservandae Nobilitatis Bavaricae s. de renunciatione successionis filiarum illustrium, fideicommissis familiae, et jure retractus ex constitutione pragmatica anni 1672 (Ingolstad. 1682. 4°.)** einen beachtenswerthen Commentar geliefert hat. Vgl. auch Lipowsky, Des Ferdinand Maria Lebens- und Regierungsgeschichte §. 69 S. 188. — **b.** Hauptquelle der Lehre bis zur Verfassung von 1818: Landrecht v. 1756 III, 10. Dazu v. Kreittmayr's Anmerk. III, 765 flg. — **c.** Beabsichtigte Aufhebung jener privatrechtlichen Familien-Fideicommisse, jedoch mit Zulassung an ihrer Stelle zu errichtender Majorate mit öffentlichem (politischen) Charakter: Edict über den Adel v. 28. Juli (publ. 14. Sept.) 1808 §§. 69, 70 [Reg.-Bl. S. 2073 flg.]. Dazu Al. Kobl, Von der Aufhebung der Familien-Fideikommisse und ihrer Umwandlung in Majorate in Baiern, Landshut 1810, S. 5 flg. 21 flg.; v. Gönner und Nibler in v. Zu-Rhein's und Sartorius' Rechtsfällen Bayern's I, 29 flg. 85 flg. — **d.** Nähere Ausführung, zugleich aber auch Beschränkung der im Edicte v. 1808 enthaltenen Vorschriften durch das Edict v. 22. Dez. 1811 (Reg.-Bl. v. 1812 S. 5 flg.) Vgl. Schunck's Jahrbücher der ges. dtsch. jurist. Literatur IV, 87 flg. Bl. f. RA. XVIII, 298, 99.

19) Primäre Quellen: VU. v. 1818 V §. 4 nr. 2; Beil. V §. 13; Beil VII („Edict über die Familien-Fideicommisse") Titt. I—IV, VI, VII nebst den beiden Instructionen über die Behandlung der FFideicomm. und Führung der Fideicommißmatrikel bei den K. Appellationsgerichten v. 22. Dez. 1818 (Reg.-Bl. v. 1819 S. 17 flg., auch in den Novellen z. Baier. LR. S. 401—16) und v. 3. März 1857 (Reg.-Bl. S. 253—70); Gesetz, die Anwendung und Vollziehung einiger Bestimmungen des Edicts über die FFideicomm. betr., v. 11. Sept. 1825 (Ges.-Bl. S. 31 flg.; Pözl's Samml. S. 173 flg.) — Das officielle Erläuterungs-Material hiezu bietet Döllinger's Samml. V, 89 flg. dar.

Wegen einzelner Ergänzungen des Hauptedictes, sowie darin hervorgerufener

Modificationen sind ferner noch zu nennen: Hypotheken-Ges. v. 1822 §§. 8, 22 nr. 2, 131 mit Novellen v. 3. Febr. u. 23. März 1824 und Prioritäts-Ord. v. 1822 §§. 3 nr. 1, 7, 8 nr. 2; Proceß-Novelle v. 17. Nov. 1837 §. 93; Zwangs-Abtretungs-Gesetz v. 17. Nov. 1837 Art. I lit. B Abs. 2; Grundlasten-Ablösungs-Gesetz v. 4. Juni 1848 Artt. 1, 2; Lehen-Ablösungs-Gesetz v. 4. Juni 1848 Art. 4; Jagd-Gesetz v. 4. Juni 1848 Art. 1; Grundsteuer-Gesetz v. 28. März 1852 Artt. 1, 2.

Subsidiäre Quellen (neben dem Edicte von 1818): Bayer. LR. v. 1756 a. a. O.; Preuß. LR. II, 4 §§. 23, 47—133, 206—26; Oesterreich. Ges. v. 1811 §§. 618—20, 27—46.

Literatur: v. Bernhard's Grundriß des bayer. LRs. §§. 109—15 S. 137 flg.; C. Cucumus, Lehrb. des Staatsrechts der konstitut. Monarchie Bayerns (1825) §§. 116—25, 131—44 S. 165 flg. 180 flg.; v. Dresch, Staatsrecht §§. 146—60, 63, 64, 65 S. 252 flg.; v. Moy, Staatsrecht I, 1 §§. 76, 77, 79—82 S. 237 flg. 249 flg.; Pözl's Verfassungsrecht §§. 47—57, 59 S. 115 flg. 141 flg. [mit dess. Verf. Leitfaden, 1847, §§. 42—50, 52 S. 81 flg. 100 flg.] Bl. f. RA. X, 253 flg. Eine Darstellung des bayerischen Fideicommißrechtes in Vergleichung mit dem der übrigen deutschen Staaten und dem gemeinen deutschen Privatrechte bietet auch C. von Salza und Lichtenau, Die Lehre von Familien-, Stamm- und Geschlechts-Fideicommissen nach den Grundsätzen des gem. dtsch. PRs. und mit Rücksicht auf die Abweichungen der einzelnen Particularrechte bearbeitet, Leipz. 1838.

*) Von der Succession in Fideicommisse (Edict Tit. V) ist unten im Abschnitte VI die Rede.

**) Ueber die dem speciellen Fid.-Edicte v. 1818 (s. Tit. VII §. 102) nicht unterworfenen standesherrlichen Fideicommisse s. OAGE. v. 12 Aug. 1837 in v. Zu-Rhein's Ztschr. III, 200—204. Wegen der im Edicte a. a. O. §. 109 erwähnten fideicommissarischen Substitutionen, welche im Ganzen nach dem gemeinen (s. Arndts, Lehrb. der Pand. §. 549) oder betreffenden particulären Civilrechte (z. B. Bayer. LR. v. 1756 III, 9; Preuß. LR. I, 12 §§. 53 flg. 466 flg. mit C. F. Koch's Lehrb. des Preuß. gem. PRs. Bd. II §. 823 S. 672 flg.; Oesterreich. Ges. v. 1811 §§. 608 flg. u. 652 mit M. v. Stubenrauch's Erläut. Bd. II S. 375 flg.) beurtheilt werden müssen, vgl. endlich OAGE. v. 25. April 1853 in den Bl. f. RA. XVIII, 297—304.

Dritter Titel.

Von den Herrschafts- und Nutzungs-Rechten an Gewässern.[1])

§. 53. I. Eintheilung der Gewässer.[2])

§. 54. A. Rechtliche Verhältnisse bei den öffentlichen Gewässern.[3])

§. 55. B. Rechtliche Verhältnisse bei Privatgewässern.[4])

§. 56. II. Triftgewässer.[5])

§. 57. III. Verbindlichkeiten in Ansehung der Errichtung von Trieb- und Stauwerken.[6])

§. 58. IV. Uferschutz.[7])

---

1) Quellen: a. Gesetz über die Benützung des Wassers v. 28. Mai 1852 (Ges.-Bl. $18^{51}/_{52}$ S. 353 flg.) Dazu Jandebeur's Einleit. z. s. Ausg. S. 1—15. b. Gesetz über den Uferschutz v. 28. Mai 1852 (Ges.-Bl. S. 577 flg.) Dazu: Bemerkungen zu dem Gesetz-Entwurfe über den Uferschutz, München 1850 4to. und Jandebeur's Einleit. S. 155—72. Eine vollständige systematisch geordnete Uebersicht der früheren Legislation Bayern's über das Wasserrecht enthält M. v. Schmäbel's Fluß- und Wasserpolizei mit den Wasser- und Mühlenrechten für das K. Bayern [des Handbuchs der Bau-Polizei-Verwaltung rc. Bd. II], Augsburg 1848, §§ 283—336 S. 271 flg.

Zur Erläuterung der bayer. Gesetze können auch folgende germanistische Darstellungen der täglich bedeutsamer werdenden Materie von den Rechtsverhältnissen am Wasser dienen: Mittermaier's Grundf. des gem. dtsch. Privatrechts Bd. I §§. 222—40; Bluntschli's Deutsches Privatrecht Bd. I §§ 75—80; Beseler's System des dtsch. Privatrechts Bd. III §§. 197, 98; C. G. Schwab, Die Conflicte zwischen der Flößerei auf öffentlichen Flüssen und den Mühlenberechtigten, erörtert nach gem. Dtsch. u. Württemb. Rechte, Stuttg. 1844, und: die Conflicte der Wasserfahrt auf den Flüssen mit der Benützung der letzteren zum Maschinenbetriebe, erörtert nach den Grundf. des gem. in Deutschland gült. Rechts (Beilageheft z. Archiv f. d. civil. Praxis Bd. XXX), Heidelb. 1847; F. Börner, Revision der neueren Lehren von der Zugehörigkeit der beständig fließenden Gewässer, in dems. Archive Bd. XXXVIII (1855) S. 359—79. Eine Vergleichung der neuesten legislativen Schöpfungen sämmtlicher deutschen Staaten in vorwürfigem Rechtsgebiete liefert R. Glaß, Die wasserrechtliche Gesetzgebung auf dem Standpunkte der Gegenwart, Altenburg 1856, S. 35—108. [Hier auch S. 36—54 eine Inhalts-Skizze der bayer. Gesetze v. 1852 mit einigen kritischen Bemerkungen.]

*) Ueber das Verhältniß des Wasser-Benützungs-Gesetzes von 1852 zu früheren Local-Verordnungen und Observanzen s. die Artt. 103, 104 des ersteren nebst Jandebeur's Bemerkung S. 100 flg.

**) Competenz und Verfahren in wasserrechtlichen Processen betreffend s. dass. Gesetz Artt. 92—95.

2) Gesetz über die Benützung des Wassers Artt. 1, 4, 33, 39, 66.

3) a. Begriff: alleg. Ges. Artt. 2, 3, 7 (8) mit Jandebeur a. a. O. S 19 flg. — b. Wasser-Benützung: Artt. 1, 9, 12—15; dazu Franz'sche Neue Gesetze rc. II, 779 flg., III, 529. — c. Errichtung von Bauten und Anstalten: Artt. 10, 11, 16, 17. — d. Flußufer: Artt. 18, 19 mit Bl. f. RA. XXI, 127 flg. — e. Leinpfad: Artt. 20, 21 mit Jandebeur a. a. O. S. 30—34.

4) a. Geschlossene Gewässer, Quellen, Canäle ꝛc.: alleg. Ges. Artt. 33—38. [Art. 33 a. E.: „Hinsichtlich der Salzquellen bleibt es bei dem bestehenden Rechte." Vgl. Pözl's Verwaltungsrecht §. 205 S. 405 flg.] — b. Privat-Flüsse und Bäche: Artt. 39, 40, 48 [mit Reg.-Ausschr. v. 16. Dez. 1856 in den Franz'schen Neuen Gesetzen ꝛc. V, 757 flg., und Jandebeur a. a. O. S. 51 flg.]; Artt. 47, 49—52 (Jandebeur a. a. O. S. 57 flg.); Artt. 53—65 (Jandebeur a a. O. S. 69 flg., Bl. f. RA. XX, 174).

5) a. Begriff: alleg. Ges. Artt. 66, 70, 71. — b. Rechte der Staatsgewalt: Artt. 72, 68. — c. Pflichten und Ansprüche der Ufereigenthümer: Artt. 67, 69, 102.

6) Alleg. Ges. Artt. 73—88 (102). Zu Art. 77 vgl. die Verordnung, das Verfahren bei Aufstellung der Höhenmaße für Stauvorrichtungen und Triebwerke betr. v. 11. Jan. 1855 (Reg.-Bl. S. 65—80; Franz'sche Neue Gesetze ꝛc. IV, 299—307).

7) Uferschutz-Gesetz Artt. 1—13, 17—30 mit Jandebeur a. a. O. S. 174 flg. 196 flg. und Brater's Samml. von Präjudicien, Jahrg. 1853 S. 129 [zu Artt. 8, 9], Jahrg. 1855 S. 23 [zu Art. 4]. Wegen der Uferschutz-Genossenschaften s. oben §. 21 Note 4 S. 17.

Vierter Titel.

Von den realen Gewerbs-Gerechtigkeiten.[1]

§. 59. I. Von den Gewerbs-Befugnissen überhaupt.

a) Begriff und rechtliche Natur derselben[2]; Beurtheilungsquellen hinsichtlich ihres Inhalts und Umfangs.[3]

b) Entstehung: Concession[4]; erwerbende Verjährung.[5]

c) Stellvertretung in der Ausübung.[6]

d) Aufhebung[7]: Betriebs-Unterlassung[8]; Verzicht.[9]

e) Gewerbs-Privilegien.[10]

§. 60. II. Von den dinglichen Gewerbs-Gerechtigkeiten insbesondere.[11]

a) Begriff eines Realgewerbes i. w. S.[12]

b) Ausscheidung von realen Gewerben i. e. S. und radizirten Gewerben.[13]

c) Entstehung[14] und Erwerb.[15]

d) Beweis der Realität[16]; Constatirungs-Verfahren.[17]

e) Ausübung durch Stellvertreter.[18]

f) Veräußerung [19]), Verpachtung [20]), Transferirung [21]), Verpfändung. [22])
g) Erlöschung realer Gewerbs-Gerechtsame. [23])

---

1) Gegenwärtige Hauptquellen: a. Gesetz, Grundbestimmungen über das Gewerbswesen betr., v. 11. Sept. 1825 (Ges.-Bl. S. 127 flg.) — b. Instruction zum Vollzug der gesetzlichen Grundbestimmungen für das Gewerbswesen in den sieben älteren Kreisen des Königreichs v. 17. Dez. 1853 (Reg.-Bl. S. 1867 flg.) Vgl. hiezu Brater, Bl. f. administr. Prax. VI, 295, 305, 321 flg. Eine brauchbare Zusammenstellung der Instruction mit dem Gesetze, sowie dem übrigen einschlägigen Ergänzungs- und Erläuterungs-Materiale s. in v. Haller's Encyclopädie III, 85 flg.

Von den zahlreichen früheren das Gewerbswesen angehenden Verordnungen sind nur zu erwähnen: a) die Verord. v. 1. Dez. 1804 (Reg.-Bl. v. 1805 S. 43—48). Vgl. dazu v. Gönner's und v. Schmidtlein's Jahrbücher III, 205 flg., Arendts' Erkenntnisse II, 424. — b) Die Verord. v. 8. Febr. 1811 (Reg.-Bl. S. 233 flg.) mit Plenar-Beschl. v. 26. Oct. 1842 (Reg.-Bl. S. 1333 flg.; Moritz'sche Samml. I, 99—104) und Bl. f. RA. XVI, 172 flg. XXI, 332, 336.

Literatur: Die Gewerbspolizei in Bayern in ihrem Verhältniß zum Civilrecht und Civilprozeß (München 1845) §§. 1—34 S. 1—53; A. Schlichthörle, Bl. f. RA. VIII, 97, 114, 131, 147, 168 flg.; IX, 193, 216, 228 flg. und in dem Werke: Die Gewerbsbefugnisse in der K. Haupt- und Residenzstadt München Bd. I (Erlangen 1844) S. LXXV—LXXXVIII; G. Ch. E. Wunder, Das Gewerbswesen im K. Bayern (Bamb. 1857) §. 7 S. 37 flg.; Pözl's Verwaltungsrecht §§. 155, 56, 58.

2) Gewerbsges. Artt. 3, 4 nr. 1; Instr. §§. 79, 80. S. auch Motive z. OAG. v. 25. Juli 1854 nr 3 in der Moritz'schen Samml. der Plenar-Beschl. II, 56.

3) Instr. §§. 91, 96. [S. oben §. 22 Note 5a *) S. 17.]

4) Gewerbsges. Artt. 1 Abs. 1 (=8); 2.

5) All. Ges. Art. 1 Abs. 2: „Durch Verjährung kann von nun an keine Gewerbs-Befugniß mehr erworben werden" Dazu die Schrift: Die Gewerbspolizei in Bayern §§. 29—32 S. 38 flg.; Bl. f. RA. VIII, 149 flg. — Bezieht sich die Bestimmung des Art. 1 auch auf die s. g. unvordenkliche Zeit? Bl. f. RA. X, 66 flg. S. auch die durch einen hierher gehörigen Rechtsfall veranlaßte Schrift: Zur Lehre von der unvordenklichen Verjährung, mit bes. Rücks. auf das bayerische Landrecht, von einem bayer. Rechtsanwalt (München 1846, 12°) Einleit. S. 2—5.

6) Gewerbsges. Art. 3; Instr. §. 79; Minist.-Entschl. v. 7. Apr. u. 15. Juli 1853 (Döllinger's Samml. XIV, 1366, 1051). Vgl. Brater's Bl. f. administr. Praxis VI, 65 flg. 73 flg.

7) Gewerbsges. Art. 6.

8) All. Ges a. a. O. nr. 3: „Die Gewerbs-Concession erlischt durch fünfjährige freiwillige Unterlassung des Betriebes" — auch wenn sie während dieser Zeit ruhend versteuert wurde. Minist.-Entschl. v. 28. Oct. 1843 (Döllinger's Samml. XXVII, 603) mit Bl. f. RA. XV, 144.

9) Gewerbsges. a. a. O. nr. 2: „vor der zuständigen Obrigkeit erklärter Verzicht." — Ist ein bedingter Verzicht zulässig? Für die Verneinung: Minist.-Entschl. v. 7. Apr. 1842 [Döllinger a. a. O. S. 600] und Brater's all. Blätter I, 450 flg. Dagegen für die wohl richtigere Bejahung der Frage: Brater's Blätter I, 114 flg. II, 163—69.

10) Gewerbsges. Art. 9; Instr. §§. 195, 96, 99. Vgl. C. Wolf, Die Lehre von den Gewerbs-Privilegien, München 1829.

11) Vgl. Lotz, Bl. f. RA. XIII, 144—49, 170—91.

12) OAGE. v. 28. Oct. 1844 (Bl. f. RA. XIII, 53 flg); Gewerbspolizei in Bayern §. 4 S. 2. — Nach Gewerbsges. Art. 4 nr. 2 soll die reale Eigenschaft „nach den jeden Orts bestehenden Verordnungen beurtheilt werden." Bl. f. RA. XIX, 152, 53.

13) Ueber die radizirten Gewerbe insbes. s. Gewerbspolizei in Bayern §§. 5—7 S. 2 flg.; Bl. f. RA. XII Erg.-Bl. S. 43—48.

*) Von den für radizirt erklärten Tafernen [Gewerbsges. Art. 4 nr. 5; Instr. §. 82 Abs. 2; Brater's Samml. von Präjudicien, Jahrg 1853 S. 53-55] handelt ausführlich Schlichthörle, Gewerbsbefugnisse von München Bd. I S. 104 flg. 110 flg. Bd. II S. 344. In sprachlicher Beziehung vgl. Schmeller's Bayer. Wörterbuch I, 430 flg.; Rockinger's Glossar z. d landständ. Freibriefen (hinter v. Lerchenfeld's Ausg.) S. 292, 390.

14) Instr. §. 82: „Eine neue Verleihung von Gewerben in realer und radizirter Eigenschaft ist unzulässig." §. 83. — Können aber durch Verjährung solche zur Entstehung kommen? Bl. f. RA. XI, 93, 111 flg.; Arendts, Erkenntnisse IV, 82 flg.

15) Gewerbsges. Artt. 2, 4 nr. 3, 4; Instr. §§. 85, 86.

16) Instr. §. 84 mit Bl. f. RA. XIV, 110; XVII, 218. — Kann das Grundsteuer-Kataster zum Nachweise der Realität eines Gewerbes benützt werden? Verneint in den Bl. f. RA. XIX, 143, 44.

17) Instr. §§. 84, 92 mit Minist.-Entschl v. 28. Aug. 1835 (Döllinger a. a. O. XIV, 1522 flg.) und v. 31. Aug. 1854 (Ztschr. f. Gesetzg. I, 313 flg.). Dazu Bl. f. RA. XV, 273—86.

18) Gewerbsges. Art 4 nr. 4; Instr. §§. 81, 85 Abs. 3. Vgl. Brater's Bl. f. administr. Prax. VI, 67 flg.

19) Gewerbsges. Art. 4 nr. 5; Instr. §§. 81, 83a. Vgl. Du Prel's

Rechtsfälle V, 123, 24 (ad a). Wegen der Handlohnbarkeit s. Verord. v. 2. Dez. 1809 (Reg.-Bl. S. 1947) mit Arnold's Beitr. II, 233 Note 2.

20) Instr. §§. 81, 83a, 85 Abs. 3. Dazu Brater a. a. O. S. 38 flg.

21) Instr. §. 83b mit Minist.-Entschl. v. 27. Aug. 1849 (Döllinger's Samml. XXVII, 492), v. 21. Sept. 1851 (das. S. 494), v. 7. Sept. 1855 (Brater's Samml. von Präjudicien, Jahrg. 1855 S. 110) und v. 5. Jan. 1856 (Ztschr. f. Gesetzg. III, 149). In letzterer werden die in den Bl. f. RA. XII Erg.-Bl. S. 43 flg. vorgetragenen Grundsätze adoptirt. S. noch Arendts a. a. O. III, 411 flg.

22) Vgl. Lehner's Handb. des Hyp.-Rechts nach alphabet. Materienfolge S. 97—99 und Lehrb. des Hyp.-Rechts Bd. I §. 22 S. 24—26. Ueber die entgegenstehenden Grundsätze der älteren Verordnungen s. v. Gönner und v. Schmidtlein a. a. O. S. 213—20.

23) Instr. §. 85 Abs. 4, 5. Ueber die Wirkungen des non-usus insonderheit s. Bl. f. RA. X, 49—52; XV, 141 flg.; Du Prel a. a. O. S. 124 flg. (ad b); Arendts a. a. O. V, 197—200.

*) Ueber die Competenz in Gewerbssachen s. Bl. f. RA. XVII, 201 flg.; XXI, 317 flg. Das Verfahren in parteilichen Gewerbsstreitigkeiten betreffend vgl. Wunder, Die administrativen Rechtsstreitigkeiten §. 83 S. 252—58. Wegen der hiebei in Anwendung kommenden Civilproceß-Grundsätze s. die Schrift: Die Gewerbspolizei in Bayern §§. 35—48 S. 53 flg.

**) Die auf die Gewerbsbefugnisse der Juden (§. 12 Note 5) bezüglichen Bestimmungen stellt v. Haller a. a. O. S. 103, 4 zusammen. Vgl. dazu Metz in Dollmann's Gesetzgeb. des K. Bayern Thl. 1 Bd. I S. 470.

***) Die Bannrechte sind in den Stammlanden längst gänzlich abgeschafft; so der Bier- oder Bierabnahms-Zwang durch Verord. v. 20. Dez. 1799, 30. Sept. 1801, 28. Juli 1807, der Brodzwang durch Verord. v. 1. Apr. 1801 und 27. Febr. 1802, der Wachsnahmezwang durch Verord. v. 22. Juni 1801, der Kalk- und Ziegelzwang durch Verord. v. 4. und 30. Apr. 1800, der Hochzeitsfeier-Zwang der Tafernwirthe durch Verord. v. 22. Jan. 1802, der Mühlenzwang durch Verord. v. 4. Aug. 1809, endlich der Gesindedienst-Zwang als Ausfluß der Leibeigenschaft durch das dieselbe aufhebende Edict v. 31. Aug. 1808 §. 10. Vgl. Novellen z. Baier. LR. S. 263—69, 274. Einzelne dieser Verordnungen berühren bereits Provinzialgebiete mit; in anderen neu-acquirirten Landestheilen dagegen erfolgte die Aufhebung der lästigsten Banngerechtigkeiten durch besondere Verordnungen, so im Bambergischen jene des Bierzwangs durch Verord. v. 20. Aug. 1807 (Novellen S. 265). Die fernere Gültigkeit der Bannrechte, z. B. in den fränkischen Kreisen und in Schwaben, ist sonach eine höchst beschränkte.

****) Verschieden von den Bannrechten sind die in Alt-Bayern und Schwaben noch begegnenden Ehehaften oder Ehehaftgewerbe — Land- oder Nothhandwerke, welche von einer Grundherrschaft oder häufiger von einer zur Betreibung derselben in Folge Privilegs oder unvordenklichen Besitzes berechtigten Dorfgemeinde mit bestimmten (herkömmlichen oder pactirten) Befugnissen und Obliegenheiten an einzelne Gemeinde-Angehörige, sei es nun in persönlicher sei es in realer Eigenschaft, zur Ausübung übertragen werden. Gemäß dieser Verleihung darf nun der Ehehafts-Inhaber von den s. g. Ehehafts-Verwandten gewisse Reichnisse in Geld oder Naturalien fordern, ist aber den Letzteren dafür bestimmte gewerbliche Dienstverrichtungen unentgeldlich oder nur gegen mäßige Mühevergütung zu leisten verpflichtet. Jene Prästationen der Ehehafts-Verwandten fallen auch nicht hinweg, wenn sie sich etwa die betreffenden gewerblichen Bedürfnisse anderswo befriedigen lassen sollten. In der Gestalt solcher Ehehaften erscheinen übrigens namentlich das Müller- und Schmiedehandwerk, die Bäckerei, die Gastwirthschaft und die Badhaltung. Vgl. Bayer. LR. v 1756 II, 8 §. 17 (mit Novellen S. 269 flg.) und v. Kreittmayr's Anmerk. Bd. II S. 788 flg.; Bl. f. RA. VII, 108—10. In sprachlicher Hinsicht s. *de Westenrieder*, **Glossarium Bavar. (Monach. 1816 fol.)** p. 120; Schmeller a. a. O. S. 6; Rockinger a. a. O. S. 292.

Fünfter Titel.

Vom Hypotheken-Rechte.

§. 61. Vorbemerkungen:

A. Entwicklungs-Geschichte des Immobiliar-Pfandrechts in Bayern. 1)

B. Quellen des geltenden Hypothekenrechts, und Mittel ihrer Auslegung. 2)

C. Literatur. 3)

1) Vgl. F. X. Miltner, Der baierische Gantprozeß in historischer und theoretisch-praktischer Hinsicht dargestellt, Landshut 1814, S. 30—126.

In Bayern hatte bis zum XVII. Jhdt. das germanische System der s. g. neueren Satzung [s. Albrecht, Gewere §. 17 S. 147 flg.; Walter's Deutsche Rechtsgeschichte Bd. II §. 570], nur natürlich mit zeitgemäßen Modificationen gegolten, wie dies vornehmlich das Landrechtsbuch Kaiser Ludwig's IV für Oberbayern v. 1346 Tit. XVII (*Heumanni* Opusc. p. 112 sq.) und die demselben sich

anschließende Reformation der bayr. Landrecht Herzog Wilhelm's IV v. 1518 Titt. XXVIII, XXIX beweisen. Danach ging das Pfand am Eigen, d. h. liegenden Gute, in die Gewere des Gläubigers über oder ward ihm „zur Hand unterthänig gemacht", wozu selbstverständlich ein in der offenen Landschranne vorzunehmender Uebertragungsact gehörte. Doch konnte der Gläubiger das ihm eingeräumte Pfandgut durch besonderes Geding auch dem Schuldner in dessen Besitz zurückgeben und sich dafür blos einen Brief mit des Letzteren oder des Gerichts Insiegel ausfertigen lassen. Unter mehreren Gläubigern entschied, wenn sie sämmtlich Mitbesitzer der Pfandliegenschaft waren, der Zeitpunkt der Gewer-Einräumung, dagegen wenn sie blos gesiegelte Urkunden hatten, das Datum dieser. Concurrirten endlich Gewer- und Briefgläubiger, so gingen stets jene mit Pfandbesitz den blos mit Urkunden versehenen vor. Der Verkauf des Pfandobjects im Falle der Nichtbefriedigung war dem Gläubiger nach Ablauf einer bestimmten Zeitfrist und nochmaliger Aufforderung des Schuldners zur Einlösung unbedingt gestattet; nur sollte das Feilgebot zuerst innerhalb des Gerichtsbezirkes, worin das Pfand dem Gläubiger übertragen worden war, vor sich gehen. Seit 1518 mußte sich übrigens der veräußernde Gläubiger eines eigens dazu bei den Gerichten aufgestellten Pfändners bedienen. Den Ueberschuß des durch Schätzleute erhobenen Werthes des Pfandguts über die Forderung hatte der Gläubiger an den Schuldner hinauszuzahlen. Miltner a. a. O. S. 31—53.

Diese Grundsätze wurden nun in dem Maximilianeischen Landrechte v. 1616, nachdem dasselbe in den Titeln XV (Artt. 1—17) und XVI im Ganzen lediglich die oben vorgetragenen Bestimmungen der früheren Gesetzgebungen wiederholt hatte, auf einmal durch die im Titel XV Art. 18 ausgesprochene Anerkennung der römischrechtlichen tacitae hypothecae sozusagen abgeschwächt. Die hier begonnene Aufnahme des Justinianischen Hypothekensystems in das vaterländische Rechtsleben ward aber in dem Gant-Processe v. 1616 Titt. II, III durch die Zulassung von Generalhypotheken und eine gänzlich neue Ordnung der Creditoren-Classen vollendet, sowie sich auch darin anstatt des früheren Selbstveräußerungsrechts des Gläubigers ein neues richterliches Vergantungs-Verfahren mit vorgängigem Edictsprozesse vorgezeichnet findet. Miltner a. a. O. S. 53—90. Auf dieser Grundlage baute dann das bayerische Landrecht v. 1756 (II, 6) weiter fort, und es kann sonach das darin, sowie im Codex judic. v. 1753 Kapp. XVIII—XX enthaltene Unterpfands- und Prioritätsrecht als durchgehends mit romanischem Charakter bekleidet erachtet werden. Miltner a. a. O. S. 90—126.

Allein, wie in anderen deutschen Staaten, so hatte man auch in Bayern sich allmälig von der Unzulänglichkeit des römischen Hypothekensystems überzeugt, welches — wie v. Gönner in seinen „Motiven zu dem Entwurfe der allgemeinen Hypotheken-Ordnung für das K. Baiern" (München 1819) S. 7 sich äußert — „sich selbst zerstört, den Credit vernichtet und den Verkehr lähmt, da, wo der Er- „werber einer unbeweglichen Sache für unbekannte fremde Schulden nach Jahren „noch haften müsse, wo der Gläubiger, selbst bei gerichtlichen Geschäften und Hy- „potheken, nicht sicher gestellt sei gegen nachfolgende privilegirte Forderungen, wo

„gegen ein heilloses Spiel mit dem Rückdatiren von Schuldbriefen keine Garantie „vorhanden, es um den Credit und um den Verkehr geschehen sei." König Maximilian Joseph I ließ daher den 1819 versammelten Ständen des Reiches bereits ein von dem wirklichen Staatsrathe Nikolaus Thaddäus von Gönner ausgearbeitetes Project einer neuen Hypotheken-Ordnung vorlegen, welches aber wegen anderer dringender Gegenstände noch nicht zur Berathung gelangen konnte, so daß dieses schwierige Geschäft dem folgenden zweiten Landtage von 1822 vorbehalten blieb. Hier wurde jedoch das Werk sofort in Angriff genommen und mit anerkennungswerthem Eifer zur Vollendung gebracht. Das Resultat war, daß der v. Gönner'sche Entwurf — freilich mit einigen aus den Stürmen der Debatte hervorgegangenen Aenderungen, „welche schwerlich für Verbesserungen gelten können" — die Zustimmung der Landstände und die königliche Sanction erhielt. Vgl. v. Mussinan, Bayerns Gesetzgebung S. 144—50; v. Lerchenfeld, Geschichte Bayerns unter K. Max Joseph I S. 249—51. Außerdem s. noch Schunck's Jahrbb. der dtsch. jurist. Lit. IV, 79–86, und über des Engländers C. P. *Cooper*, Advokaten am Kanzleigerichtshofe zu London, geistreiche Beurtheilung und Darstellung des bayerischen Hypothekensystems in der Schrift: „**Notes respecting Registration and the extrinsic formalities of conveyances**" (Lond. 1831) P. I p. 192 s. die Mittheilung in den Bayer. Annalen f. 1833 Nr. 80 S. 569—72.

2) Die Hypotheken-Gesetzgebung Bayern's v. 1. Juni 1822 zerfällt in drei Bestandtheile, nämlich das eigentliche Hypotheken-Gesetz (HG.) zu 176 §§en, die Prioritäts-Ordnung (PO.) zu 34 §§en, und das nur transitorische Einführungs-Gesetz (EG.) zu beiden mit 20 §§en. Nach letzterem sollten die vorgenannten Hauptgesetze mit dem 1. Juni 1825 in Wirksamkeit treten, und nur bezüglich derjenigen Orte, in welchen die kemptner Landtafel [s. v. Weber's Darstellung der sämmtl. Provinzial- und Statutarrechte des K. Bayern Bd. IV S. 112—15] eingeführt war, oder noch das Institut der Lehensconsense existirte, wie das in einigen Theilen Oberfrankens, z. B. im Bambergischen (s. C. Feust in v. Zu-Rhein's Beitr. III, 317 flg.), vorkam, der Einführungstermin bis zum 1. Januar 1827 verlängert sein. Allein auch bezüglich der nicht-exceptionellen Gebietstheile mußte, da die Anlage der neuen Hypothekenbücher zu viele Schwierigkeiten im Gefolge hatte, durch Gesetz v. 26. Mai 1825 (Ges.-Bl. S. 5—8) eine Erstreckung der ursprünglich vorgezeichneten Frist bis zum 26. Mai 1826 ausgesprochen werden. In den von der Krone Böhmen 1847 neu-erworbenen, dem Landgerichte Waldsassen einverleibten Ortschaften Neualbenreuth, Querabach, Hatzenreuth, Ottengrün und Ernstgrün ward die bayerische Hypothekengesetzgebung v. 1822 durch Gesetz v. 4. Juni 1848 Art 2 eingeführt.

Der officielle Textabdruck der drei Hauptgesetze findet sich im Gesetzblatte v. 1822 S. 17—100, 101—124, 125—40. Privatabdrücke erschienen: München und Landshut 1822 8.vo; Bamberg 1823 8.vo; München b. G. Franz 1848 4.to [Letztgenannte Ausgabe enthält auf S. 209—86 ein alphabet. Repertorium von M.

Jungermann beigefügt.] Auch werden das Hyp.-Gesetz und die Prior.-Ord. in v. Haller's Encyclopädie III, 286 flg., V, 36 flg angetroffen.

Außer diesen Hauptquellen kommen bei der Darstellung des bayerischen Hypothekenrechts noch in Betracht: das Gesetz, den §. 19 der Prioritäts-Ordnung betr, v. 1. Juli 1856 (Ges.-Bl. S. 379—82; mit guter Erläuterung in den Franz'schen Neuen Gesetzen 2c. V, 422—26); das Zwangsabtretungs-Gesetz v. 1837 Art. XI Abs. 1 (Ges.-Bl. S. 118) und das Gesetz über Gebäude-Feuer-Versicherung v. 1852 Artt. 2, 51, 92 (Ges.-Bl. S 643, 68, 86).

Zur Auslegung der Hauptgesetze endlich dienen außer dem Entwurfe sammt dazu gehörigen Motiven:

a. die Landtags-Acten v. J. 1822, und zwar Bände III, IV, VI, X, XI nebst Beilage-Bänden II, III;

b. die Instruction über den Vollzug des Hypotheken-Gesetzes v. 13. März 1823 in 65 §§en nebst umfassenden Formularien (Reg.-Bl. S. 499 flg.; Franz'sche Ausg. v. 1848 S. 77 flg.), welcher noch eine besondere Instruction für die Schätzungen und Schätzmänner in Hypothekensachen zu 25 §§en als Beilage V angefügt erscheint (Reg.-Bl. S. 802 flg.; Franz'sche Ausg. S. 175 flg.);

c. einzelne oberstrichterliche Plenarbeschlüsse, z. B. zum §. 64 des Hyp.-Ges. v. 19. Mai 1847, zum §. 23 nr. 8 der Prior.-Ord. v. 11. Juni 1849 (Reg.-Bl. S. 711 flg; 633 flg.; Moritz'sche Samml. I, 242, 261 flg.); endlich

d. zahlreiche Entschließungen und Rescripte der Ministerien, sowie höheren Justiz- und Administrativbehörden. Theilweise findet man sie zusammengetragen in Chr. Fr. Schlichting's Sammlung derjenigen Verordnungen und Reskripte einzelner K. Appellationsgerichte und K. Kreis-Regierungen, welche seit dem Bestehen des k. b. Hypothekengesetzes vom 1. Juni 1822 bis zum J. 1838 über das Hypothekenwesen im K. Bayern erschienen sind, Erlangen 1841 4.to S. 9—19, 76—88. Aus der jüngsten Zeit sind besonders die Minist.-Entschl. v. 16. u. 28. Oct. 1852 über das hypothekenamtliche Verfahren bei Anmeldung von Veränderungen der Grundbelastung von Hypothekenobjecten (Franz'sche Neue Gesetze 2c. III, 440, 43), und die Minist.-Entschl über Schätzungen in Hypothekensachen v. 24. Aug. 1857 (Ztschr. f. Gesetzg. IV, 348) hervorzuheben.

3) Die ziemlich reichhaltige Literatur des bayerischen Hypothekenrechts zerfällt in I. Commentare, II. Hand- und Lehrbücher, III. gemeinfaßliche oder populäre Gesammtdarstellungen, IV. alphabetische Repertorien, und V. Specialabhandlungen über einzelne Materien oder Rechtsfragen.

I. N. Th. v. Gönner, Commentar über das Hypothekengesetz f. d. K. Baiern,

II Bände, München 1823, 24. [Einen Auszug daraus gibt Schlichting in dem oben Note 2 litt. d namhaft gemachten Werkchen.]

II. J. B. Nibler, Systemat. Handbuch des Bayer. Hypotheken- und Prioritäts-Rechtes, München 1829. C. B. Lehner, Lehrbuch des bayerischen Hypotheken-Rechtes und der Prioritäts-Ordnung mit dem Concurs- und Executions-Processe, II Bände, Sulzbach 1838. Dess. Lehrbuch der bayerischen Hypothekenamts-Ordnung, Sulzbach 1837.

III W. H. Puchta, Unterricht über die neue Hypothekenverfassung in Baiern, ein Beitrag zur Belehrung des Volks im vaterländischen Recht, Erlangen 1823. Der Hypothekengläubiger, der es ist und der es werden will, bei dem Hypothekenamte und vor Gericht &c. nach Bayer. Hyp.-Rechte, zunächst für Nichtjuristen bearbeitet, Nürnberg 1834. S. auch C. Mahir's Handbuch für bayerische Staats-Bürger (1844) S. 193 flg [v. Schmäbel's] Bayerisches Landrecht für den Bürger und Landmann (München 1857) S. 82 flg.

IV. [Brater's] Repertorium der k. b. Hypotheken- und Prioritäts-Gesetze mit Rücksicht auf die Stände-Verhandlungen, Ansbach 1824 4to. C. B. Lehner's Handbuch des Hypotheken-Rechtes und der Hypotheken-Ordnung des K. Bayern nach alphabet. Materienfolge, Amberg 1825; II Aufl. 1826 8vo. M. Jungermann, Handbuch des bayer. Hypotheken- und Prioritäts-Rechtes mit Einschluß des hierauf bezüglichen Verfahrens in alphabet. Materienfolge, nebst einem Anhange von Formularien, München 1857 8vo.

V. Die Monographien und blos einzelne Abschnitte oder §§e der Gesetze erläuternden Aufsätze — bis 1835 bei v. Mussinan a. a. O. S. 150, 51 Note *) verzeichnet — sollen zu den Materien und Stellen, worauf sie sich beziehen, allegirt werden.

Erstes Kapitel: Von den Grundmaximen der bayerischen Hypotheken-Gesetzgebung.

§. 62. A. Publicität. [1])
B. Realität. [2])

§. 63. C. Specialität. [3])
D. Unbedingte Alters-Priorität. [4])

---

1) v. Gönner's Comm. I, 82 flg. Mittermaier, Grundſ. des dtsch. PRs. Bd. I §. 262. [Wider das Publicitäts-Princip war die Schrift: „Ueber die Publicität der Hypothekbücher und den nachtheiligen Einfluß derselben auf den Handel, Nürnberg 1819, gerichtet.]

Durchführung des Princips im Hyp.-Gesetze: Hauptsätze in §§. 1, 22, 24, 25 [„im guten Glauben" s. C. G. v. Wächter's Erörterungen a. d. PR. Heft I, 1845, S. 233]; Folgerungen daraus im §. 26 [Puchta a. a. O. S. 75—90,

v. Gönner a. a. O. S. 275 flg. 288 flg., Bl. f. RA. XI, 222—24]. Weitere Consequenzen: a) §§ 9 Nr. II, 10, 21; b) §. 84 = §. 83 a. E. mit Bl. f. RA. XVIII, 413 flg. XX, 253 flg. und Arnold's Erörterungen S. 171 Note 21; c) Bl. f. RA. XIII, 218.

2) HG. §. 3 = §§. 33—35. [Bl. f. RA. XI, 315 flg.] — An fahrender Habe ist nur mehr ein Faustpfand mit rein-persönlicher Wirkung möglich und durchgehends nach den Bestimmungen der betreffenden Particular-Gesetze [z. B. Bayer. LR. v. 1756 II, 6 §§. 1, 11, 14, 21; Preuß. LR. v. 1794 I, 20; Oester. Ges. v. 1811 §§. 447 flg.; Nürnberg. Reform. v. 1564 Thl. II Tit. 20 Bl. 114 flg; Dinkelsbühl. Stat. v. 1738 Lib. II Tit. 10; Hohenloh. LR. v. 1738 Thl. III Tit. 16; Castell. Verord. v. 1804 Thl. I Tit. 1 §. 6, Thl. III Tit. 7 §. 81; Juden-Ord. f. Schwarzenberg v. 1764 §. 16, f. Oettingen-Spielberg v. 1785 Art. 6 u. f. w.], beziehungsweise nach dem gemeinen Rechte zu beurtheilen. Uebrigens f. wegen der Location der Faustpfand-Gläubiger im Concurse PO. §. 21 Nr. 1.

3) HG. §§. 11 (Abs. 2), 19. Vgl. W. H. Puchta, Worte der Erfahrung für das Prinzip der Spezialität bei einer neuen Hypotheken-Ordnung in und außer Bayern, Erlangen 1819 [zunächst gegen J. B. Welsch's Bedenken gegen das Princip der Specialität einer neuen Hypotheken-Ordnung in Baiern, München 1819, gerichtet]; v. Gönner a. a. O. S. 85 flg. Mittermaier a. a. O. §. 265.

4) HG. §§. 59—61 = 23 Abs. 2.

Zweites Kapitel: Von dem Verhältnisse der bayerischen Hypothek zur gemeinrechtlichen.

§. 64. A. Begriff der Hypothek nach dem bayerischen Gesetze von 1822.[1]).

§. 65. B. Betrachtung der einzelnen Grundmerkmale derselben, und zwar

a) der ihr mit der hypotheca des römischen Rechts gemeinsamen:

α. Dinglichkeit[2]);

β. Haftung an fremder Sache;[3])

γ. Accessorische Natur;[4])

δ. Untheilbarkeit;[5])

b) der ihr eigenthümlichen nach dem Geiste der bayerischen Legislation.[6])

---

1) HG. §. 1 mit v. Gönner's Motiven S. 31 und Comm. I, 101—108.

2) HG. §§. 1, 49, 51, 54, 58.

3) HG. §§. 1, 4. Nur scheinbar statuirt eine Hypothek an eigener Sache der §. 58 Abs. 1: „Der dritte Besitzer, welcher eine Hypothekschuld bezahlt hat, ... tritt von selbst in alle Rechte des befriedigten Hypothekgläubigers ein."

4) HG. §. 2. — Beschränkung der Rechtswirkungen der accessorischen Eigenschaft der Hypothek durch das Publicitäts-Princip: §§. 26 Nr. 4 - 6, 46 [s. Lehner, Lehrb. Bd. I §. 12 Nr. II S. 13, 14]; Ausnahme im §. 47 bezüglich der **exceptio non numeratae pecuniae.** Vgl. v. Gönner's Comm. I, 403 flg., Lehner a. a. O §. 139 S. 209 fl., A. Fr. Gett, Prakt. Erörterungen aus dem gesammten Gebiete der RWiss., Erlangen 1845, S. 205—12; A. Möller, Aphorismen aus der Praxis, Nürnberg 1844, S. 88—98; Bl. f. RA. III, 220 flg. XII, 341 flg. XXI, 76, 471; Du Prel's Rechtsfälle V, 56 flg; Arendts, Erkenntnisse I, 222, IV, 143 flg.

5) Eine Anwendung des im Gesetze direct nirgends ausgesprochenen, wohl aber stillschweigend anerkannten [v. Gönner's Comm. I, 113] Untheilbarkeits-Principes enthalten: HG. §§. 33, 39, 40, 42, 43 [jedoch mit einer Ausnahme in §. 11] und PO. §. 18. — Nicht auf Theilbarkeit der Hypothek ist der § 80 des HGs. zu deuten.

6) HG. §§. 1, 3. Vgl oben Leitfaden §. 62.

Drittes Kapitel: Von der Entstehung und Erlöschung der Hypothek.

A. Begründung des hypothekarischen Rechts.

a) Von den Rechtstiteln zur Erwerbung desselben: [1])

§. 66. α. Gesetzliche. [2])

§. 67. β. Gewillkürte, d. i. auf Privatwillen beruhende [3]).

aa) Persönliche Vorbedingungen auf Seite des Verleihers; [4])

bb) Willens-Erklärung — ausdrückliche, stillschweigende; [5])

cc) Zustimmung dritter Personen; [6])

dd) Umfang des Titels. [7])

§. 68. b) Von der Eintragung in das Hypothekenbuch. [8])

§. 69. B. Erlöschung des hypothekarischen Rechts:

a) Von den Gründen derselben als s. g. Löschungs-Titeln; [9])

b) Von der Löschung im Hypothekenbuche selbst. [10])

---

1) HG. §§. 9, 10, 17. Ueber Begriff und Eintheilungen der Inscriptionstitel s. Lehner's Lehrb. Bd. I §§. 44—46 S. 69—72.

2) HG. §. 12; EG. §. 9. Dazu im Allgemeinen v. Gönner's Comm. I, 181—217, Ribler's Handb. §. 17 S. 11—14, Lehner a. a. O. §§. 47—60 S. 72—95. Ueber die Cessibilität und Vererblichkeit der Legaltitel vgl. Geigel in v. Zu-Rhein's Beitr. III, 384—91. Gesetzliche Titel zur Erwerbung einer Hypothek haben aber gemäß dem alleg. §. 12:

a. der Staat wegen rückständiger Staatsabgaben, Nr. 1. [PO. §. 12 Nr. 6; Cod. judic. XX §. 14 Nr. 11].
b. Die Stiftungen und Gemeinden, Nr. 2.
c. Die Grundherrn wegen grundherrlicher Präſtationen, Nr. 3. [PO. §. 12 Nr. 7a.] Vgl. Jungermann's Handb. S. 108—10.
d. Die Realrenten-Berechtigten, Nr. 4. [Instr. §. 28 Nr. 14; PO. §. 12 Nr. 7b.]
e. Minderjährige und Curanden, Nr. 5 mit §§. 20, 104 Nr. 4. [EG. §. 16; PO. §. 23 Nr. 2; Cod. judic. l. c. Nr. 10.] Bezieht sich dieser Rechtstitel auch auf den Abwesenden gegenüber seinem curator bonorum? Bl. f. RA. XVI, 213 m. Note 11.
f. Die Ehefrauen, Nr. 6 mit §. 104 Nr 6 [PO. §. 23 Nr. 3; Cod. judic. l. c.] Vgl. dazu Bl. f. RA. VIII, 93—95; XI, 182.
g. Die Kinder wegen des Vater- und Muttergutes, Nr. 7 mit §. 104 Nr. 4. Ueber die Versicherung des Mutterguts im Allgemeinen, sowie bei siegelmäßigen Personen insbes. vgl. Bl. f. RA. VIII, 361 flg. 373 flg. 385 flg. (Abhdl. von Dollmann), und XXI, 385 flg. S. auch Arendts, Erkenntnisse IV, 13, 14. — Wegen des Vorauses bei Einkindschaften vgl. v. Schelhaß, Würzburger LR. §. 57 S. 118; J. Schüttinger, Die Einkindschaft nach Bamberger Statutar-Recht, Bamberg 1857, S. 50, 51.
h. Die Legatarien und Erbschaftsgläubiger, Nr. 8 [PO. §. 8 Nr. 4]. Dazu Bl. f. RA. XI. 182.
i. Die Baumeister, Lieferanten von Baumaterialien, und andere bei Bauwerken und sonstigen nützlichen Anlagen mitwirkende Arbeitsunternehmer, Nr. 9.
k. Die Inhaber und Pächter von Bierbrauereien, Nr. 10;
l. Die Hypothekgläubiger wegen der nicht über zwei Jahre im Rückstande gebliebenen Zinsen von Hypothek-Capitalien und der bei gerichtlicher Ausklagung der Hypothekforderung erwachsenen Proceßkosten, Nr. 11 mit §§. 42, 43 [PO. §. 16.] Dazu Minist.-Rescr. v. 22. Febr. 1824 Nr. V in Du Prel's Rechtsfällen VI, 350 flg.
m. Sämmtliche in des Schuldner's Güter immittirte Gläubiger, Nr. 12.

3) HG. § 13. Ueber den Unterschied zwischen einem legalen und gewillkürten Eintragungstitel vgl. C. Wegler in v. Zu-Rhein's Beitr. I, 263, 64.

4) HG. §. 14 Abs. 1 mit Lehner a. a. O. §. 62 S. 95 flg.

5) HG. §§. 15 [mit Beil. VIII z. VU. v. 1818 §§. 5, 6], 16, 46 [mit v. Gönner's Comm. I, 162 Nr. 2], 110. Vgl. Arnold's Beitr. II, 406 Note 1 und Erörterungen S. 474, 429; Bl. f. RA. X, 10—12; Brater's Samml. v. Präjudicien, Jahrg. 1854 S. 71.

6) HG. §§. 4, 5 (Bl. f. RA. XVIII, 154), 6 (Minist.-Resc. v. 30. Januar 1826 u. 7. April 1832 b. Arnold, Beitr. II, 19 Note), 7, 8 (Lehenedict v. 1808 §§. 89, 91, 99; Beil. VII z. VU. v. 1818 §§. 48 flg.), 96, 99 Nr. 1 (mit der Zusammenstellung der wichtigeren in Bayern geltenden ehelichen Güterrechte b. Lehner a. a. O. §§. 30a, b S. 36—51).

7) HG. §. 17 = §. 11. Vgl. v. Gönner's Comm. I, 212, 13.

8) HG. §§. 9 II, 10, 21. [Die Eintragung ist keine symbolische Tradition.]

9) HG. §§. 71—82, 85. Dazu Lehner a. a. O. §§. 159—77 S. 237 flg. Zu den §§. 73, 74, insbes. über deren Verhältniß zur actio Pauliana, s. v. Holzschuher in v. Zu-Rhein's u. Sartorius' Rechtsfällen II, 121—46 (bes. S. 124 flg.) u. Bl. f. RA. VIII, 222; zu §. 81 vgl. dies. Bl. XVII, 211 flg.

10) HG. §§. 83, 84, 85 = §§. 25, 26. Ueber den §. 84 s. Bl. f. RA. XIV, 271; XVIII, 413; XX, 253 flg.

Viertes Kapitel: Von den provisorischen Einträgen in das Hypothekenbuch.

§. 70. Begriff und Zweck der Vormerkungen i. w. S. [1])

§. 71. Arten derselben:

A. Die Pränotation oder Vormerkung i. e. S. [2])

B. Die Protestation oder Verwahrung. [3])

---

1) HG. §§. 27, 28, 48, 108, 114, 136 Nr. 4. Vgl. v. Gönner, Comm. I, 299—302; Mittermaier, Grundſ. des dtsch. PRs. Bd. I §. 263 Nr. VI, VII S. 706 flg.; Brackenhöft im Rechtslexikon Bd. V S. 406—8.

2) HG. §§. 30 [= 28, 29], 48, 55, 92, 106, 110 Abs. 2, 113—15, 146, 148, 152; Instr. §§. 9, 31, 36 Nr. 5. Dazu v. Gönner a. a. O. S. 324 flg. Lehner's Lehrb. Bd. I §§. 77—79 S. 113 flg. und Hypothekenamts-Ordnung §§. 36—38 S. 50 flg. Jungermann's Handb. S. 241—45. Hauptfragen in dieser Lehre: Welche Forderungen eignen sich zur Vormerkung? Wegler in v. Zu-Rhein's Beitr. II, 293—99. Wo ist die Klage auf Vormerkung anzubringen? Seuffert's Komm. über die bayer. GO. (2. Aufl.) Bd. I S. 92 Note 5; Bl. f. RA. XVIII Erg.-Bl. S. 66, 67. Welche Rechtswirkungen entstehen aus einer Vormerkung? Bl. f. RA. a. a. O. S. 409—13 („durch Vormerkung eines Anspruches auf Hypotheкeintragung erwächst zu dessen Geltendmachung eine actio in

rem scripta gegen jeden Besitznachfolger aus der Zeit nach Einzeichnung der Vormerkung.")

3) HG. §§. 28, 29, 48, 111; Instr. §§. 30, 36 Nr. 1. Dazu v. Gönner a. a. O. S. 302—23; Lehner's Lehrb. der Hypothekenamts-Ordnung §§. 29—35 S. 39 flg., Jungermann a. a. O. S. 183—86. Wegen der Wirkungen der Protestation s. Arendts, Erkenntnisse IV, 46—49; Bl. f. RA. XII, 161; XXI, 454. Ueber die Frage, ob zur Einzeichnung einer Protestation schon die Bescheinigung eines obwaltenden Rechtsstreites genüge, oder die Bescheinigung einer existirenden Gegenforderung erforderlich sei, vgl. das die letztere Ansicht gegen v. Gönner a. a. O. S. 311 vertretende OAGE. v. 7. Jan. 1853 in den Bl. f. RA. XVIII, 383, 84.

Fünftes Kapitel: Von den Rechtswirkungen der Hypothek-Bestellung.

§. 72. A. Allgemeine Uebersicht.

B. Insbesondere von dem Einflusse der Hypothek-Bestellung

§. 73. a) auf die Pfandsache; [1])

b) auf die hypothekarisch gesicherte Forderung; [2])

§. 74. c) auf die Dispositionsgewalt des Schuldners in Ansehung des Pfandobjects; [3])

d) auf die rechtliche Stellung des Gläubigers; [4]) endlich

e) auf jene des dritten Besitzers der verpfändeten Sache. [5])

---

1) HG. §§. 33—41, 76. An die Stelle der im §. 41 angeführten älteren Brand-Assekuranz-Ordnung v. 23. Febr. 1811 ist nun das neue darauf bezügliche Gesetz v. 28. Mai 1852 getreten. Vgl. Jungermann's Handb. S. 97, 98.

2) HG. §§. 42, 43 = §. 12 Nr. 11; PO. §. 16 Abs. 2. Dazu außer dem bereits oben §. 68 Note 3 litt. l. allegirten Minist.-Rescr. v. 22. Febr. 1824 §. V: v. Gönner's Comm. I, 205, Lehner's Lehrb. Bd. I §. 58 S. 92, Bl. f. RA. IX, 61.

3) HG. §§. 44—48. [Ueber §. 47 vgl. oben die Literatur in §. 65 Note 4.] — In wieweit kann der Schuldner nach §. 45 des HGs. einen Theilverkauf der verpfändeten Sache vornehmen? Du Prel's Rechtsfälle VI, 364.

4) HG. §§. 49—53. Ueber die §§. 49, 50, 53 vgl. Bl. f. RA. XVIII, 129, 72; XIV, 185. Die durch §. 53 veranlaßte Frage, ob die exceptio legis Anastasianae auch bei Cessionen von Hypotheken-Forderungen (s. Feust in v. Zu-Rhein's Beitr. III, 351 flg.) Platz greife, fällt in Folge der neuesten bayerischen Legislation [s. unten §. 86] hinweg. — Eine besondere und zwar reichhaltige Literatur hat der wichtige, das Verfahren bei der Hypothekenzinsklage betreffende

§. 52 [ergänzt durch die Proceß-Novelle v. 17. Nov. 1837 §. 92] in's Leben gerufen. Vgl. Fr. Chr. v. Arnold, Die Einklagung der Hypothekkapitalzinsen in Bayern und der Ewiggeldrenten in München, Erlangen 1855, §§. 1—72 S. 1—58. Außerdem s. v. Gönner a. a. O. S. 429—34; Lehner a. a. O. §§. 97—105 S. 137—48; Seuffert's Kommentar über die bayer. GO. Bd. II S. 59—63 (2. Ausg. S. 73 flg.); Rottmann's Handb. des Verfahrens in den bürg. Rechtsstreitigkeiten S. 98, 99; O. Kleiner, Die außerordentlichen Civilprozeß-Arten in Bayern diesseits des Rheins, Thl. I (Regensburg 1856) S. 192—203 und Bl. f. RA. XVIII, 129 flg.; Du Prel's Rechtsfälle III, 5—40. Hervorzuhebende, theilweise verschieden beantwortete Specialfragen sind:

a. Wer kann das im §. 52 vorgezeichnete Verfahren für sich beanspruchen? Arendts, Erkenntnisse II, 392 flg.

b. Findet es namentlich, wenn eine Hypothek ungetheilt auf mehrere Cessionare im Buche eingetragen worden, für den Einzelnen statt? Arendts a. a. O. S. 267 flg.

c. Kann die Hypothekenzinsklage des §. 52 auch von demjenigen, welchem die Hypothekforderung verpfändet ward, gegen den ersten Hypothekschuldner angestellt werden? Bl. f. RA. XII, 47 flg.

d. Leidet der §. 52 Anwendung auf die wegen Uebernahme der Gefahr des Capitals über das landübliche Maaß gesteigerten Zinsen sowie auf Annuitäten? Gesetz v. 15. Apr. 1840, die Abänderung der §§. 7, 8 u. 10 des Hyp.- und Wechselbank-Gesetzes v. 1834 betr. Art. II (Ges.-Bl. S. 61) mit Bl. f. RA. XIII, 191, 92.

e. Geht die Klage des §. 52 auch gegen dritte Besitzer des Hypothekenobjects? Kleiner und Ortenau in den Bl. f. RA. XXI, 97 flg. 321 flg.

f. Wird durch Entgegnung der exceptio non numeratae pecuniae das Verfahren nach §. 52 ausgeschlossen? Arendts a. a. O. S. 263—67.

*) Wegen der Anwendbarkeit des im §. 52 normirten Verfahrens in Folge ausdrücklicher Verabredung der Parteien auf Forderungen rückständiger Renten s. Du Prel a. a. O. IV, 333 flg.

5) HG. §§. 54—58. Dazu Bl. f. RA. XI, 381; XVIII, 32.

Sechstes Kapitel: Von dem Verhältnisse der Hypothek-Gläubiger unter sich und gegenüber den nicht intabulirten Creditoren im Concurse.

§. 75. A. Die rechtliche Stellung mehrerer Hypothek-Gläubiger desselben Schuldners zu einander. [1])

B. Rechtliche Stellung der Hypothek-Gläubiger zu anderen Creditoren ihres Schuldners bei eingetretener Ueberschuldung des letzteren:

§. 76. a) das Separationsrecht; [2])
§. 77. b) der Partikular-Concurs; [3])
§. 78. c) der Universal-Concurs. [4])

---

1) HG. §§. 59—65. Vgl. v. Gönner's Comm. I, 474—538. Ueber die drei hier in Betracht kommenden Institute des Ablösungsrechts, jus offerendi (§. 63), des Einlösungsrechts (§§. 64, 69 mit Proceß-Novelle v. 1837 §§. 92, 95—101) und des Hinauszahlungs- oder Löschungsrechts, jus delendi (Cod. judic. v. 1753 XVIII §. 7 Nr. 7; XIX §. 17 Nr. 2) s. Lehner's Lehrb. Bd. I §§. 115—25 S. 162—75 und Bl. f. RA. VIII, 271 flg. XI, 106 flg. XIII, 75 flg. Besondere, durch den §. 64 angeregte Rechtsfragen sind:

a. Kann auch ein blos vorgemerkter Hypothekgläubiger das Einlösungsrecht geltend machen? Bejaht von Lehner a. a. O. S. 167 Nr. 1, richtiger verneint von Seuffert, Komm. über die bayer. GO. Bd. IV S. 51 und O. v. Völdernndorff in den Bl. f. RA. XVII, 97.
b. Steht das Einlösungsrecht auch demjenigen zu, welchem der Hypothekgläubiger seine Hypothekforderung nach §§. 53, 155 verpfändet hat? Bl. f. RA. XVIII, 191, 92.
c. Findet das im §. 69 dem Chirographargläubiger zugestandene Einlösungsrecht auch dann statt, wenn vorerst blos ein s. g. materieller Concurs vorhanden ist? Bl. f. RA. XIX, 220 flg.
d. Hat die 8tägige Frist zur Geltendmachung des Einlösungsrechts auch der meistbietend gebliebene Hypothekgläubiger zu beobachten, wenn er mit anderen vor- oder nachgehenden Hypothek-Creditoren concurrirt? Bl. f. RA. XIV, 363 flg.
e. Wie ist bei Ausübung des Einlösungsrechts der Solvenzbeweis zu erbringen? Hartter in den Bl. f. RA. XIX, 375—81.
f. Hat der Gläubiger nach geübtem Einlösungsrechte wegen des hiedurch nicht gedeckten Forderungstheiles noch einen Regreß an den Schuldner? Bl. f. RA. XVIII, 72 flg.
g. Hebt die unterlassene Geltendmachung des Einlösungsrechts den Regreß-Anspruch an den Bürgen auf? Bl. f. RA. XIII, 63 Endlich
h. sind unter dem Ausdrucke „vollständige Bezahlung" alle rückständigen Zinsen oder nur die privilegirten (PO. §. 16 Abs. 2) zu verstehen? Fleißner in den Bl. f RA. XXI 305—10 mit OAGE. v. 18. Juli 1856 das. S. 507—12.

2) Cod. judic. XIX §. 5 Nr. 1; XX §. 16; PO. §§. 2—6. Dazu Seuffert a. a. O. S. 369 flg. Lehner a. a. O. Bd. II §§. 5—34 S. 9—53. Zu PO. §§. 2; 3 Nr. 3, 4 insbes. s. Bl. f. RA. IX, 75; VII, 366 u. Arnold's Beitr. I, 295 Note 2.

3) Cod. judic. XIX, §. 1; XX §§. 16—18; PO. §§. 7—10, 34 Abs. 2.

Dazu Lehner a. a. O. §§. 180—84 S. 271 flg. Ueber den specifischen Charakter des in der PO. normirten Particular-Concurses gegenüber jenem der GO. v 1753 s. Seuffert a. a. O. S. 334—38. Darüber, ob sich die in §. 21 der PO. aufgeführten Fälle auch unter den §. 8 subsumiren lassen, ob überhaupt der letztere eine Ausdehnung gestatte, vgl. v. Zu-Rhein's Beitr. III, 359—64; Bl. f. RA. XXI, 92.

4) HG. §§. 66, 68—70, 118; PO. §§. 1, 11—34 nebst dem oben §. 61 Note 2 S. 48 allegirten Gesetze v. 1856 zum §. 19 und Plenarbeschlusse v. 1849 zum §. 23 Nr. 8 Vgl. v. Gönner's Comm. I, 540 flg. II, 121 flg., Nibler's Handb. §§. 96—109 S. 122 flg., Lehner a. a. O. §§. 35—55, 66—71 S. 53 flg. 122 flg., Kleiner, Die außerord. Civilprozeßarten Thl. I S. 369 flg. Erläuterungen einzelner Punkte der PO. geben Wegler in v. Zu-Rhein's Beitr. I, 267—74; Feust in v. Zu-Rhein's Ztschr. II, 50—61, sowie die Blätter für Rechtsanwendung, z. B. zu §. 1: XVII, 177 — zu §. 12: IX, 276, XV, 225, 264, XX, 333 — zu §. 15: IX, 280, XXI, 406; — zu §. 21: XII, 85, XV, 255 — zu §. 23: IX, 284, X, 308, XI, 144, 186, XII, 47, XV, 241, XVI, Erg.-Bl. S. 12, XIX, 187, 301 u. Erg.-Bl. S. 105 — zu §. 29: XI, 182 — zu §. 31: XX, 92. [Von der früheren Literatur über den schwierigen §. 19 der PO. sind hervorzuheben: E. C. Bezzel, Ueber Anweisung von Forderungen, welche auf mehreren Immobilien mit ungetheilter Summe eingetragen sind, auf den Erlös aus diesen Immobilien, wenn er zur gänzlichen Befriedigung aller Hypotheken nicht hinreicht, Ansbach 1829; Arnold's Erörterungen S. 195—234; A. L. Chr. Beck, Ueber die Lokation der Hypothek-Forderungen im Sinne des §. 19 der bayer. PO., Erlangen 1855; H. Dürrschmidt, Zur Lehre von den Verbandhypotheken der deutschen Rechte, mit bes. Berücksicht. der bayer. Gesetzgebung, Augsburg 1856.]

*) Ueber das in den prozessualischen Vorträgen zu erörternde Concurs-Verfahren (mit der Execution und Vertheilung der Gantmasse) s. Cod. judic. XIX §§. 2—20 mit Novellen v. 22. Juli 1819 §§. 34—37 (Ges.-Bl. S. 78 flg.) und v. 17. Nov. 1837 §§. 109—14 (Ges.-Bl. S. 98 flg.) und Gerichts-Verfass.-Gesetz v. 1. Juli 1856 Artt. 3 Nr. 16; 14, 16, 17, 23. Dazu Lehner a. a O. §§. 56—65, 72—179, Seuffert a. a. O. S. 331 flg. Rottmann's Handb. S. 498 flg., Kleiner a. a. O. S. 247—68, 399—433; Edel, Das k. bayer. Ges. v. 1. Juli 1856 rc. erläutert S. 49 flg. 97, 108—17, 151 flg.

Siebentes Kapitel: Von der amtlichen Geschäftsführung im Gebiete des Hypothekenwesens.

§. 79. A. Die Hypotheken-Behörde. [1])

§. 80. B. Die Schätzmänner. [2])

§. 81. C. Das Hypothekenbuch und seine Einrichtung. [3])

§. 82. D. Die formelle Behandlung der Einträge und Löschungen. [4])
§. 83. E. Die hypothekenrechtlichen Urkunden. [5])

---

1) HG. §§. 86—100; Instr. §§. 1—3; Gerichts=Verfass.=Gesetz v. 1 Juli 1856 Art. 18 [mit Edel's Erläut. S. 118 flg. 129 flg.] Ueber die Haftung der Hypothekenbeamten (HG. §. 99) insbesondere s. Lehner in v. Zu=Rhein's Beitr. II, 56 flg. u. Lehrb. der Hypothekenamts=Ordnung §§. 12—24 S. 18 flg.
*) Zum §. 88 des HG's. vgl. Justiz=Minist.=Entschl. v. 7. Juni 1850 in der Ztschr. f. Gesetzgeb. I, 19, 20 m. Bl. f. RA. XIV, 171 flg.

2) HG. §. 132; Instr. z. HG. §. 14; Instr. f. d. Schätzmänner in Hypothekensachen §§. 1—6, 11 ꝛc. Dazu Lehner, Lehrb. §§. 143—49 S. 186 flg. Ueber die Haftungs=Verbindlichkeit der Hypotheken=Schätzleute (Instr. f. dies. §. 10) und die wegen unrichtiger Schätzung gegen sie stattfindende Regreßklage insbes. vgl. Bl. f. RA. XIII, 121 flg, Arnold's Erörterungen S. 363—94.

3) HG. §§. 119—28 m. Instr. §§. 4—6 [„von Hypothekenbüchern im Allgemeinen"]; HG. §§. 129-67 m. Instr. §§. 12—34 [„von den Rubriken des Hypothekenbuches"]. Dazu N. Th. v. Gönner, Ueber die zweckmäßige Einrichtung des Hypothekenbuches nach Grundsätzen und Erfahrung, München 1823, §§. 28—30 S. 87 flg., Lehner a. a. O. §§. 39 flg. S. 55 flg.
*) „Formularien und Mustereinträge zu Anlegung und Fortführung der Hypothekenbücher" enthält die Beilage II zur Instruction von 1823. S. solche auch bei v. Gönner a. a. O. S. 161 flg., Lehner a. a. O. S. 317 flg., Jungermann, Handb. S. 309 flg.

4) HG. §§. 101—17, 146 flg., 158 fl., 169; Instr. §§. 26—35. Dazu Lehner a. a. O. §§ 76—93, 107 flg. S. 103 flg. 145 flg.

5) a. Hypotheken=Brief: HG. §§. 170, 173—75 m. Instr. §§. 36, 37. — b. Recognitions=Schein: HG. §§. 170, 71, 72, 75 m. Instr. a. a. O. — c. Hypothekenbuchs=Extracte: HG. §§. 24, 116, 118 m. Instr. §. 36 Nr. 1. — d. Hypotheken=Protocolle und Specialacten: Instr. §§. 7—11. Vgl. überhaupt Lehner a. a. O. §§. 223—46 S. 286 flg.
*) Formularien zu a, b, d enthalten die Beilagen I, III, IV zur Instruction von 1823. Eine vollständigere Formularien=Sammlung gibt Jungermann a. a. O. S. 271 flg. 367 flg.
**) Die Taxen in Hypotheken=Sachen richten sich zunächst nach dem Special=Regulative v. 26. April 1824 (Reg.=Bl. S. 491 flg.; Franz'sche Ausg. des HGs S. 179—82), neben welchem das, jetzt an die Stelle der Taxordnung v. 8. Oct. 1810 getretene Gesetz über das Taxregulativ v. 28. Mai 1852 (Ges.=Bl. S. 301 – 22) zur Anwendung kommt. Vgl. Jungermann a. a. O. S. 218—24.

***) Als eine beachtenswerthe Reliquie des Mittelalters mag hier noch seines localen Charakters ungeachtet das durch die jüngere und jüngste Gesetzgebung Bayern's ausdrücklich aufrecht erhaltene **Ewiggeld** der Stadt München Erwähnung finden.

Literatur: A. J. Riedl, Das Ewiggeld-Institut in München, das. 1819; Weiske's Rechtslex. I, 668—70; Mahir's Handb. f. bayer. Staatsbürger S. 206—16; Auer, Das Stadtrecht von München, Einleit. §§. 37—65 S. CXXIX—CCXL; v. Weber's Darstellung der Provinzial- u. Statutarrechte des K. Bayern V, 402 flg.; v. Schmäbel, Das Bayerische Landrecht §. 528 S. 220 flg.; v. Arnold, Die Einklagung der Hypothekkapitalzinsen in Bayern und der Ewiggeldrenten in München, nebst einer Erörterung über die Ausdehnung des Ewiggeld-Institutes auf das K. Bayern und über Wiederbelebung des deutschen Rentenkaufes (1855) §§. 73—168 S. 59 flg.

Quellen: a. Münchner Stadtrechtsbuch v. 1347, z. B. Art. 503 (b. Auer a. a. O. S. 188, 89). — b. Münchner Gant-Ord. v. 19. Mai 1571 (b. Auer a. a O. S. 223 flg.) — c. Münchner Grundbuchs-Ord. v. 1572 und 1573 (b. Auer a. a. O. S. 243 flg. 255 flg.) Die Quellen b, c findet man auch b. Riedl a. a. O. Urk.-Sammlung S. 38—89 abgedruckt.

Belege über die Fortentwicklungs-Geschichte des Instituts in neuerer Zeit: a. Bericht des Münchner Magistrats an Herzog Maximilian I von Bayern d. d. 13. Mai 1608 in M. v. Bergmann's Beurkundeter Geschichte der Churfürstl. Haupt- u. Residenzstadt München von ihrem Entstehen bis nach dem Tode K. Ludwigs des Vierten (München 1783 fol.) Urk.-Buch N. CXV S. 153—70, auch b. Riedl a. a. O. S. 89—126 mitgetheilt. — b. Bayer. Gandt-Proceß v. 1614 Tit. II Art. 28. — c. Cod. judic. v. 1753 XX §. 13 nr. 5. §. 16 nr. 3. — d. Hypotheken-Gesetz v. 1822 §§. 67, 135 Abs. 2. — e. Prioritäts-Ord. v. 1822 §§. 6, 8 nr. 3. — f. Einführ.-Gesetz z. HG. v. 1822 §. 7 Abs. 3.

Nach dem Gesetze v. 22. Febr. 1855 (Ges.-Bl. S. 41 flg.) erstreckt sich das Ewiggeld-Institut gleich den übrigen Statutar- und Gewohnheitsrechten der Stadt München über den ganzen Umfang der Burgfriedensgrenze, wie sie sich dermalen herausstellt und künftig ausbilden wird. Das Ewiggeld-Richteramt steht den Kreis- und Stadt- [jetzt Bezirks-]Gerichten, z. B. in den neueren Vorstadt-Theilen jenem rechts der Isar zu. Verord. v. 26. Febr. 1855 (Reg.-Bl S. 169 flg.) Streitigkeiten in Ewiggeldsachen sind in I. Instanz durch Einzelnrichter zu erledigen. Gerichts-Verfass.-Gesetz v. 1. Juli 1856 Art. 3 nr. 10. Endlich „die Recurse in Ewiggeldsachen sind bei dem nächsthöheren Civilgerichte — dem Appellationsgerichte zu Freising — einzureichen, welches darüber ohne Verzug zu entscheiden hat. Gegen diese Entscheidung findet kein weiteres Rechtsmittel statt." Gesetz v. 26 Febr. 1850 (Ges.-Bl. 18$^{49}/_{50}$ S. 69).

Fünfter Abschnitt.

Das Obligationen-Recht.

Erster Titel.

Von den Forderungen aus Verträgen.

Erstes Kapitel: Allgemeine Lehren des Vertragsrechts.

§. 84. I. Von den Vorrechten der Siegelmäßigen in Ansehung der Errichtungs-Form von Rechtsgeschäften.[1])

§. 85. II. Von der s. g. Executiv-Clausel in Contracts-Urkunden und ihren Wirkungen.[2])

§. 86. III. Von den Inhaberpapieren[3]), deren Emission[4]), Festmachung[5]), Verlust[6]) und Vindication.[7])

§. 87. IV. Von der Cession von Forderungsrechten.[8])

§. 88. V. Von der erlöschenden Verjährung wider den Staat begründeter Forderungen.[9])

§. 89. VI. Von der Amortisation der Schuldbriefe.[10])

---

1) Beilage VIII z. VU. v. 1818 §§. 2, 3 [m. Bayer. LR. v. 1756 I, 6 §. 31 nr. 2, 3, 5; IV, 10 §. 26 nr. 1], 4, 5, 6 [m. Hyp.-Ges. v. 1822 §. 21]; Gesetz v. 28. Mai 1852 Art. 1. Vgl. dazu Arnold's Erörterungen S. 461—90 und Beitr. I, 111, 172, 264 (Noten); Fr. v. Seybold, Das Notariat nach den Bestimmungen der gegenwärtig bestehenden Bayer. GO. v. 1753 und der beiden Gesetze v. 1. Juli 1856 über Gerichtsorganisation und executorische Urkunden, München 1857, §§. 5—9, 33 S. 14 flg. 33; Bl. f. RA. XII Erg.-Bl. S. 41 flg; XIII, 276; XVII, 187. [Ueber das Siegelmäßigkeits-Institut im Allgem. s. oben §. 17 β m. Note 11 S. 15, 16.]

*) Eine sehr dankenswerthe Vergleichung der bayerischen Provinzial- und Statutarrechte in Beziehung auf die Solennitäten bei Verträgen enthält die lehrreiche Schrift von O. v. Völdernborff: Die Form der Rechtsgeschäfte nach allgemeinen Grundsätzen und den positiven Rechten, Nördlingen 1857, S. 52 flg. 58 flg. 61 flg. 70 flg. 76 flg. 89 flg.

**) Das Gesetz über das Taxregulativ für die Verhandlungen der nicht streitigen Rechtspflege v. 28. Mai 1852 Art. 23 Abs. 1 (Ges.-Bl. S. 301 flg.) hat — gleich der früheren Tax-Ord v. 8. Oct. 1810 §. 17 — „vornehmlich nur den Zweck, der Staatskasse die einfache Vertragstaxe zu sichern, ohne in die bisherigen civilrechtlichen Normen „über die Giltigkeit und formellen Erfordernisse der Verträge weiter,

„als dieser Zweck erheischt, eingreifen zu wollen.“ Minist.-Entschl. v. 11. Octbr. 1855 (Ztschr. f. Gesetzg. II, 273). Vgl. Arnold, Erört. S. 108 flg. 424 flg. Bl. f. RA. XXI, 161 flg Brater's Bl. f. administr. Prax. II, 442 flg. und Samml. von Präjudicien, Jahrg. 1853 S. 159 flg.

***) Ueber das Verfahren bei Aufnahme von Vertrags-Urkunden s. v. Seybold a. a. O. §§. 24—32, 40, 41 S. 28 flg. 37 flg. Die Frage angehend, ob Accessisten und Praktikanten gerichtliche Verträge gültig aufnehmen können, vgl. Bl. f. RA. XI, 129 flg.

2) Gesetz, die executorischen Urkunden betr., v. 1. Juli 1856 [Ges.-Bl. S. 387—400; auch mit Erläuterung in den Franz'schen Neuen Gesetzen &c. V, 428—41]. Dazu: Gesetz-Entwurf nebst Motiven in den Verhandl. der Kammer der Abgeordneten v. $18^{55}/_{56}$ Beilagen-Bd. III. S. 56 flg.; Verhandl. der Kammer der Reichsräthe Bd. III S. 319 flg. 393 flg.; Verhandl. der zweiten Kammer, stenogr. Berichte Bd. III S. 397 flg. IV S. 110 flg. Vgl. auch v. Seybold a. a. O. §. 43 S. 38—41.

3) Die vollständigste, zugleich die particuläre Gesetzgebung Deutschland's und insonderheit Bayern's mitberücksichtigende Darstellung dieser in der Gegenwart so bedeutsamen und darum vielfach neu behandelten Materie enthält das Werk von J. E. Kuntze: Die Lehre von den Inhaberpapieren oder Obligationen au porteur, rechtsgeschichtlich, dogmatisch und mit Berücksichtigung der deutschen Partikularrechte dargestellt, Leipzig 1857.

4) Gesetz, Creditvereine der bayer. Gutsbesitzer betr., v. 11. Sept. 1825 §§. 1, 3; Statuten der bayer. Wechsel- und Hypotheken-Bank v. 18. Juni 1835 §§. 13—20, bes. §. 16 mit Pözl's Verwaltungsrecht §. 174 nr. 2 S. 351, 52. — Ueber die Befähigung zur Emission von Papieren au port. überhaupt s. Bl. f. RA. XXI, 417 flg. und dagegen O. v. Völderndorff, Die Papiergeld-Crisis und die Papiere auf jeden Inhaber nebst ihrem Eintrage in die Hypothekenbücher, München 1856. Vgl im Allgem. Kuntze a. a. O. §§. 120—22 S. 535—51.

5) Verord. v. 17. Aug. 1813 (Reg.-Bl. S. 1082) Abs. 1: „wenn solche [Staats- oder sonstige Fonds-]Obligationen, welche auf jeden Inhaber (au porteur) lauten, von der emittirenden Behörde entweder durch eine den Regeln des Instituts gemäße Erklärung, oder auf eine gerichtliche Veranlassung, oder auf Verlangen des Eigenthümers, durch ihre Vormerkung auf dem Instrumente selbst auf bestimmte Inhaber überschrieben worden sind, so nehmen dieselben die Natur gewöhnlicher Obligationen an.“ Vgl. Kuntze a. a. O. §§. 126, 27 S. 564—75.

6) Ueber den Beweis des Inhalts eines Papiers au porteur im Falle seines Verlustes s. Arendts, Erkenntnisse I, 19 flg.

7) Verord. v. 17. Aug. 1813 Abs. 2 und v. 12. März 1817 (Reg.-Bl. S. 177 fl.): „Uebrigens bleiben dem Eigenthümer verlorner oder entwendeter Obligationen dieser Art [Papiere] gegen deren unrechtmäßigen Besitzer, der sie (wenn er sie) erweislich, unmittelbar nach Jenem (dem wahren Eigenthümer) auf

eine solche Art an sich gebracht hat, daß (woraus) er wissen mußte, daß er dieselben sich zuzuwenden nicht berechtigt sey, die gewöhnlichen [geeigneten] Rechtsmittel [bei den competenten Justizstellen] vorbehalten." Dazu v. Zu-Rhein's Ztschr. III, 188—96. Die analoge Anwendung jener nur von Staats- oder sonstigen Fonds-Obligationen handelnden Bestimmungen auf die übrigen Arten von Inhaberpapieren ist in oberstrichterlichen Erkenntnissen bald für statthaft (Bl. f. RA. X, 69; XV, 325), bald für unzulässig (X, 72) erklärt worden.

*) Die berüchtigte Vindicationsfrage behandelt mit musterhafter Vollständigkeit in Zusammenstellung und Prüfung der verschiedenen Ansichten der Germanisten darüber Kuntze a. a. O. §§. 143—49 S. 649—89.

**) Kann in einem Papiere au porteur eine Hypothek-Bestellung (Hyp.-Ges. v. 1822 §. 22 nr. 8) stattfinden? Lotz in den Bl. f. RA. XIII, 321—31.

8) Gesetz v. 22 Febr. 1855 [Ges.-Bl. S. 45—48; mit ausführlicher Erläuterung in den Franz'schen Neuen Gesetzen &c. IV, 381—87]. Zur Auslegung dient vornehmlich der treffliche Vortrag des Referenten (v. Bayer) im ersten Ausschusse der Kammer der Reichsräthe, Verhdl. v. $18^{54}/_{55}$ Protokollen-Bd. I S. 104 flg.; Beilagen-Bd. I, II Nr. 4, 10, 11. — Ueber die Unabtretbarkeit der Monats- und Quartal-Besoldungsscheine von Beamten s. Verord. v. 18. Jan. 1790 [Döllinger's Samml. XVII, 305] nebst Rescr. v. 4. April 1806 (Reg.-Bl. S. 152) u. Minist.-Entschl. v. 30. April 1830 (Döllinger a. a. O. S. 308). Vgl. dazu Bl. f. RA. X, 40—47; Arendts, Erkenntnisse IV, 31, 32; Brater's Samml. von Präjudicien, Jahrg. 1854 S. 128.

9) Quellen: a. Gesetz, die Staatsschuld betr., v. 1. Juni 1822 Art. III (Ges.-Bl. S. 143; v. Haller's Encyclopädie V, 286) mit Plenar-Beschl. v. 8. Nov. 1838, 18. Mai u. 31. Mai 1842 [Reg.-Bl. S. 645, 741, 751; Moritz'sche Samml. I, 20, 76, 83 flg.] — b. Gesetz, das Staatsschuldenwesen betr., v. 11. Sept. 1825 §. 13 (Ges.-Bl. S. 202; v. Haller a. a. O. S. 290). — c. Finanz-Gesetz v. 28. Dez. 1831 §§. 30—33 (Ges.-Bl S. 148 flg.; v. Haller a. a. O. S. 236, 37) mit Plenar-Beschl. v. 4. März 1841 und 9. März 1848 (Reg.-Bl. S. 181, 185; Moritz'sche Samml. I, 66, 250 flg.)

Literatur: Fr. Maier, Geschichtliche Darstellung des Staatsschuldenwesens im K. Bayern (Erlangen 1839) S. 127—364; J. B. Graf in v. Zu-Rhein's Ztschr. II, 261 flg.; III, 303 flg.; Brater's Bl. f. administr. Prax. VI, 145 flg. 161 flg. 177 flg.; Pözl's Verwaltungsrecht §§. 234 nr. 3, 236 S. 457, 460. S. auch Bl. f. RA. VIII, 189; IX, 238; X, 158, 59; XXI, 304; Du Prel's Rechtsfälle V, 333 flg.; Arendts, Erkenntnisse III, 213 flg.

*) Ueber das in den §§. 31, 32 des Ges. v. 1831 enthaltene ausgedehnte Provocations-Princip s. v. Podewils in v. Zu-Rhein's Ztschr. I, 177.

10) Verord. v. 10. Oct. 1810 (Reg.-Bl. S. 953 flg.) mit Erläut.-Verord. v. 17. Aug. 1813 u. 12. März 1817 (s. oben Noten 5, 7), sowie Rescr. v. 7. Jan. 1820 (Novellen z. Baier. GO. IV, 166); Hyp.-Ges. v. 1822 §. 82; Staatsschuld-

Gesetz v. 1822 Art. IV; Creditvereine-Gesetz v. 1825 §. 6 mit Einführ.-Verord. v. 25. April 1826 §. 37 (Reg.-Bl. S. 433); Staatsschuld-Gesetz v. 1831 §. 10 Abs. 2; Statute der bayer. Wechsel- und Hypotheken-Bank v. 17. Juni 1835 §§. 16, 17 (Reg.-Bl. S. 596); Verord., die Formation der königl. Bank zu Nürnberg betr., v. 4. Oct. 1850 § 19. S. auch Wechsel-Ord. Art. 73.

Literatur: C. Schumm, Die Amortisation verlorener, oder sonst abhanden gekommener Schuldurkunden, nach gem deutscher Praxis, mit Berücksicht. deutscher Particulargesetze &c. theoretisch und practisch erörtert, Heidelberg 1830 [Hier auch S. 216—19 Abdruck der 3 zuerst genannten Verordnungen v. 1810—17]; Seuffert's Kommentar über die GO. Bd. II S. 192 flg.; Rottmann's Handb. des Verfahrens in den bürg. Rechtsstreitigkeiten S. 154—57; Arendts a. a. O. III, 186 flg.

Zweites Kapitel: Darstellung einzelner Vertrags-Arten. 1)

§. 90. I. Vom Getreide-Kaufe. 2)

§. 91. II. Vom Heer-Einstandsvertrage. 3)

§. 92. III. Von der Brandversicherung. 4)

§. 93. IV. Vom Spiele. 5)

---

1) Die rechtliche Beurtheilung der aus einzelnen bestimmten Verträgen entspringenden Forderungs- und Schuldverhältnisse beruht größtentheils auf den Provinzial- und Statutarrechten, von welchen namentlich die größeren Gesetzgebungen, wie das bayer. LR. v. 1756 IV, 1—17; das preuß. LR. v 1794 I, 11, 13, 14, 16, 17, 20; das österreich. Ges. v. 1811 §§. 937—1216, 1267—92, 1342—1450; das württemberg. LR v. 1610 II, 1—7, 9—12, 15—20, 24 &c.; das hohenloh. LR. v. 1738 Thl. III Titt. 1—7, 9—15; die nürnberg. Reform. v. 1564 Thl. II Titt. 13—19 und die dinkelsbühl. Stat. v. 1738 Libr. II Titt. 1—7, 9, 12—15, umfassende Bestimmungen darbieten. Für eine Reihe deutschrechtlicher Verträge und mit solchen zusammenhängender Rechtsinstitute werden übrigens auch außer dem Bereiche vorgenannter Legislationen, fast in allen Landestheilen Bayern's, Einzelverordnungen oder Localobservanzen angetroffen, so besonders

a über die Wandelungsklage und Gewährheit bei Viehkaufcontracten. Eine musterhafte Zusammenstellung des hierher gehörigen, gegen 71 verschiedene Normen zählenden Quellen-Materials mit Erläuterung enthält die Schrift von J. M. Kreutzer: Die in Bayern geltenden Gesetze, Statutar- und Gewohnheitsrechte bezüglich der Viehgewährschaft, mit Einschluß der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen der Nachbarstaaten, zum prakt. Gebrauche für Richter &c. gesammelt und nach Kreisen und

Bezirken geordnet, Erlangen 1854. Außerdem s. noch C. Seiffert, Ansbacher Roß= und Vieh=Ordnung, mit Anmerk. versehen, Ansb. 1856.

b. über die Wohnungsmiethe. Vgl. H. Kitt, Das Miethwesen in Bayern diesseits des Rheins, München 1853 12mo, S. 73 flg.

c. über das Gesindewesen. Die hieher bezüglichen Hauptgesetze sind: α) die Ehehalten=Ord. für Bayern und die Oberpfalz v. 2. Mai 1781 in Meyr's Samml der Landes=Verord. II, 965—73 und Döllinger's Samml. XIII, 1308 flg.; β) die Dienstboten=Ord. für Schwaben v. 1804 im Reg.=Bl. f. d. Provinz Schwaben v. 1804 S. 809 flg.; γ) die Dienstboten=Ord. für den Rezatkreis v. 22. Nov. 1828 im Kreis=Intelligenz=Bl. dess. Jahrs S. 1293 flg.; δ) die Dienstboten=Ord. für den Untermainkreis v. 3. Juli 1818 bei Döllinger a. a. O. S. 1325 flg.; ε) die nürnberger Ehehalten=Ord. v. 29. April 1741 in Lahner's Real=Index der Nürnberg. bürgerl. u. Policei=Gesetze (1795) S. 66—73; ζ) die würzburger Dienst=Ord. v. 12. April 1777 b. v. Weber, Darstell. der sämmtl. Provinz.= und Statutarrechte des K. Bayern III, 423 flg. Vgl. Brater's Bl. f. administr. Prax. I, 36 - 40, 64; II, 68 flg. 186 flg.

Außerdem möge hier noch bemerkt werden:

a) von dem Wechselvertrage, vermöge Einführungs=Gesetzes v. 25. Juli 1850 [mit erläut. Anmerk. von einem bayer. Rechtsanwalte, Erlangen 1851, edirt] seit dem 1. Januar 1851 auf der „allgemeinen Wechselordnung" beruhend, sowie von den in Folge des Gesetzes v. 29. Juni 1851 den Wechselbriefen fast ganz gleichgestellten kaufmännischen Anweisungen ist hier, da sie den Gegenstand besonderer Vorlesungen bilden, Umgang zu nehmen. Vgl. J. C Bluntschli's Erläut. beider Gesetze in Dollmann's Gesetzgeb. des K. Bayern Thl. I Bd. I S. 1—140, 141—57; G. M. Kletke, Darstellung des Wechsel= und Merkantil=Prozesses in den sieben Kreisen des K. Bayern diesseits des Rheins, Bamberg 1858, S. 323 fl.

b) Bezüglich der besonderen Creditverhältnisse der Studierenden auf den drei Landes=Universitäten genügt es, auf die revidirten Satzungen f. d. Studierenden an den bayer. Hochschulen v. 10. Oct. 1849 zu verweisen. Endlich

c) das Gesetz, die gewerbsmäßigen Gutszertrümmerungen betr., v. 28. Mai 1852 (Ges.=Bl. S. 293 flg.) ist nicht civil=, sondern nur strafrechtlichen Inhalts, indem darin nicht die an sich erlaubte Zerschlagung des Grundeigenthums in kleinere Parzellen (Hyp.=Ges. v. 1822 §. 134; revid. Ansässigmachungs=Ges. v. 1. Juli 1834 §. 3) überhaupt berührt, sondern lediglich der gewerbsmäßige Betrieb parzellenweiser Veräußerung landwirthschaftlicher Gutscomplexe und die gewerbsmäßige Vorschußleistung hiebei in der Gestalt des Zwischenhandels unter Strafandrohung verboten wird. Vgl. Bekanntmachung über den Vollzug des Gesetzes v. 18. Juni 1852, Franz'sche Neue Gesetze ꝛc. II, 808 flg. S. auch Bl f. RA XXI, 113 flg. 129 flg. 252 flg. XXII, 449 flg.; Ztschr. f. Gesetzg. I, 374 flg. 593; II, 17 flg.; III, 87. Ueber das Verhältniß des Gesetzes v. 1852 zum Judengesetze v. 1851 insbes. s. Arendts, Erkenntnisse IV, 363 flg.

2) a. Verord. den Verkehr mit Getreide betr. v. 30. Aug. 1857 (Reg.-Bl. S. 1077—84) §§. 1—6, 10, 13. — b. Verord. über den Verkauf des Getreides auf dem Halm oder der Wurzel v. 13. Juni 1817 (Reg.-Bl. S. 597 flg.), durch §. 14 b der Verord. v. 1857 bestätigt. — c. Verord. v. 23. October 1846 §. 4 (Reg.-Bl. S. 756) mit Verord. v. 11. Nov. 1845 §§. 3—5 (Reg.-Bl. S. 712). Die unter b, c bezeichneten Verordnungen findet man auch nebst der ihre neuerliche Bekanntmachung verfügenden Minist.-Entschl. v. 21. Juni 1854 abgedruckt in den Franz'schen Neuen Gesetzen ɩc. IV, 146—57.

*) Die Verord. v. 1817 leidet auch analoge Anwendung auf den Ankauf von Hopfen an der Stange. Franz'sche Neue Gesetze ɩc. a. a. O. S. 194 Note. *)

3) Gesetz, die Ergänzung des stehenden Heeres betr., v. 15. August 1828 §§. 52—58 (Ges.-Bl. S. 96—100) mit Vollzugs-Vorschr. v. 13. März 1830 §§. 69—84 (Reg.-Bl. S. 494—507). Dazu Verord. v. 14. Aug. 1821 (Christlieb's Samml. I, 633), Minist.-Entschl. v. 6. Nov. 1850 u. 19. Jan. 1851 (Franz'sche Neue Gesetze ɩc. III, 206, 241) und Bekanntmachung der Kgl. Bank-Direction zu Nürnberg v. 19. Nov. 1850 (Das. S. 211—29). Vgl. Pözl's Verwaltungsrecht §. 255 S. 491 flg. Bl. f. RA XIV, 313 flg.

*) Sind die Auslagen für Stellung eines Ersatzmannes zu conferiren? Bl. f. RA. XI, 72.

4) Gesetz, die Feuerversicherungsanstalt für Gebäude in den Gebietstheilen diesseits des Rheines betr., v. 28. Mai 1852 (Ges.-Bl. $18^{51}/_{52}$ S. 641 flg.) Artt. 1—3, 6, 7, 10—14, 39, 40, 41, 45—52, 54, 58, 79, 80. Dazu Vollzugs-Instr. v. 9. Oct. 1852 (Reg.-Bl. S. 96 flg.; Handbibl. des bayer. Staatsbürgers II, 228 flg.) und zahlreiche Ministerial- und Regierungs-Entschließungen, zusammengestellt in v. Haller's Encyclopädie II, 121 flg. I, 203 flg., sowie in der Schrift: Das Feuerversicherungswesen im K. Bayern nach den neuesten gesetzlichen Bestimmungen, 3. Aufl. München 1857. S. auch Franz'sche Neue Gesetze ɩc. II, 829; III, 527; IV, 202, 330, 344, 527 und Brater's Samml. von Präjudicien, Jahrg. 1853 S. 49, 155; Jahrg. 1854 S. 178; Jahrg. 1855 S. 27; Jahrg. 1856 S. 41. [Eine Vergleichung des neuen Gesetzes v. 1852 mit den früheren Brandversicherungs-Ges. v. 1811 und 1834 findet man in Brater's Bl. f. administr. Prax. II, 206 flg. IV, 142 flg.]

*) Ueber das Assecuranzwesen in Bayern überhaupt vgl. Pözl's Verwaltungsrecht §§. 128—32 S. 259 flg. Die Lebensversicherung insbes. angehend s. Grundbestimmungen der Lebensversicherungs-Anstalt der bayerischen Hypotheken- und Wechselbank nach den Abänderungen v. 17. Sept. 1857 (43 §§.), München 1857 12mo, mit J. Staudinger, Die Rechtslehre vom Lebensversicherungsvertrag, Erlangen 1858.

5) a. Spielvertrag im Allgemeinen: Verord. v 20. Januar 1789 (Meyr's Samml. der Landes-Verord. V, 170; Novellen z. Baier. LR. S. 503; Döllinger's Samml. XIII, 1364), durch Verord. v. 7. Juni 1808 (Reg.-Bl. S. 1335)

in allen Theilen Bayern's für anwendbar erklärt. Dazu Minist.=Entschl. vom 22. Novemb. 1832 und 15. Aug. 1834 (Döllinger a. a. O. S. 1375, 77). Vgl. v. Haller's Encyclopädie IV, 310, 11. — Die als Grundlage der Verord. v. 1779 erscheinenden älteren Mandate v. 1736 — 79 s. bei Meyr a. a. O. II, 727, 803, 861, 946; jenes v. 2. Sept. 1765 in den Novellen S. 501, 2.

b. Lotto und Ausspielgeschäft: Verord. v. 14. Aug. 1810 (Reg.-Bl. S. 674; Novellen S. 505—7; v. Haller a. a. O. IV, 155 flg.; III, 212) mit Instruct. f. d. Lotto=Collecteure v. 28. Nov. 1825 §. 2b u. Minist.=Entschl. v. 26. Nov. 1852 (Döllinger a. a. O. XXIX, 727). Vgl. v. Arnold's Erörterungen S. 434—44; Bl. f. RA. XV, 42; XIX, 265 — 68; XX, 397; Arendts, Erkenntnisse IV, 195 flg. 266 flg.

*) Ueber die civilrechtliche Competenz in Rechtsstreiten über Lotteriegewinnste s. Arendts a. a. O. I, 308, 9.

c. Promessengeschäft: Minist.=Entschl. v. 23. März u. 2. Mai 1837 (Döllinger a. a. O. XIII, 1395), 16. Mai 1850 (Döllinger a. a. O. XXIX, 716), 21. Juni 1851 (Handbibl. des bayer. Staatsbürgers II, 73). Vgl. v. Haller a. a. O. IV, 156 Note 3.

Zweiter Titel.

Von den Forderungen aus widerrechtlichen Handlungen [1]).

§. 94. I. Der Wildschadens=Ersatz. [2]).

§. 95. II. Die Entschädigungspflicht der Gemeinden in Ansehung der bei Volks=Aufläufen an Personen oder deren Eigenthum verübten Verletzungen. [3]).

§. 96. III. Die obligatorischen Rechtsfolgen des Nachdrucks und der unbefugten Nachbildung oder Veröffentlichung von Kunstwerken. [4])

---

1) Außer den im Texte namhaft gemachten mögen noch erwähnt werden: a) die Schmerzengeld=Forderung, Bl. f. RA. XII, 224; XIII, 318 flg.; XV, 174 flg.; XIX, 155. — b) Die actio injuriarum aestimatoria, welche das bayer. LR. v. 1756 IV, 17 §. 5 mit der actio recantatoria nicht nur *elective* sondern auch *cumulative* verbinden läßt, während da, wo das gemeine Recht in Bayern gilt, gemäß dem Plenar=Beschl. v. 27. Mai 1845 (Reg.=Bl. S. 377 flg.; Moritz'sche Samml. I, 194 flg.) die beiden Klagen einander ausschließen.

2) Gesetz, den Ersatz des Wildschadens betr., v. 15 Juni 1850 (Ges.=Bl. v. 18$^{49}/_{50}$ S. 184 flg.) mit Brater's Erläut. in Dollmann's Gesetzg. des K. Bayern Thl. III Heft 1 S. 113 — 24.

*) Ueber das frühere Recht (Verord. v. 9. Aug. 1806 §. 1 Reg.-Bl. S. 293; Christlieb's Samml. IV, 634) s. Bl. f. RA. X, 369—72. Wegen der Competenz [Ges. v. 1850 Art. 9 mit Gesetz, die Zuständigkeit der Gerichte in Rechtsstreitigkeiten über den Ersatz des Wildschadens betr., v. 10. Nov. 1848] vgl. Arendts, Erkenntnisse IV, 172—75.

3) Gesetz, die Verpflichtung zum Ersatz des bei Aufläufen diesseits des Rheins verursachten Schadens betr., v. 12. März 1850 (Ges.-Bl. 18¹⁹/₅₀ S. 74 flg.) Dazu Pözl's Verwaltungsrecht §. 106 S. 219—22, Bl. f. RA. XX, 351, 52.

4) Quellen:

a. Gesetz, den Schutz des Eigenthums an Erzeugnissen der Literatur und Kunst gegen Veröffentlichung, Nachbildung und Nachdruck betr., v. 15. April 1840 in XIII Artikeln (Ges.-Bl. S. 37 flg.; v. Haller's Encyclopädie IV, 224 flg.)

b. Bundes-Beschlüsse, soweit dieselben in Folge königlicher Ermächtigung durch das Staatsministerium des Innern publizirt sind, nämlich:

BBschl. v. 22. Apr. 1841, publ. durch Erlaß v. 23. Juli 1841, Reg.-Bl. S. 645.
„ v. 19. Juni 1845, „ „ „ v. 2. Sept. 1845, „ „ S. 523.
„ v. 6. Nov. 1856, „ „ „ v. 18. Dez. 1856, „ „ S. 1201.

c. Präjudicien in Brater's Samml., Jahrg 1854 S. 202 flg.; Jahrg. 1855 S. 40 flg.

Literatur: Brater's Bl. f. administr. Prax. II, 251—62; M. Friedländer, Der einheimische und ausländische Rechtsschutz gegen Nachdruck und Nachbildung, Leipz. 1857, S. 127—30. Eine Vergleichung des bayerischen Gesetzes mit sämmtlichen Nachdrucks-Legislationen Deutschland's sowie dem französ. und englischen Rechte bietet A. W. Volkmann, Zusammenstellung der gesetzl. Bestimmungen über das Urheber- und Verlagsrecht, Leipz. 1855, S. 1—144.

*) Ueber das frühere Recht Bayern's in Ansehung des Schutzes literarischer und artistischer Producte wider Nachdruck und Nachbildung [Strafges. v. 1813 Thl. I Art. 397] vgl. Samhaber in v. Zu-Rhein's Beitr. III, 114 flg.; Bl. f. RA. I, 335; VI, 188 flg. Die geschichtl. Entwicklung des Nachdrucks-Verbots in Deutschland überhaupt angehend s. O. Wächter, Das Verlagsrecht mit Einschluß der Lehren von dem Verlagsvertrag und Nachdruck nach den geltenden deutschen und internationalen Rechten systematisch dargestellt, Hälfte I (Stuttg. 1857) §§. 1—3, 5—7 S. 3 flg. 29 flg 39 flg. 56 flg.

**) Ueber den Charakter des bayer. Gesetzes v. 1840 und dessen Verhältniß zu den Preß-Gesetzen v. 4. Juni 1848 und 17. März 1850 s. OAGE. v. 20. Juni 1855 (Samml. der Plenar-Beschl. II, 144 flg.).

***) Competenz in Nachdrucksachen: Brater, Bl. f. administr. Prax. II, 249; III, 240; IV, 300; Bl. f. RA. XIX, 337—49.

Sechster Abschnitt.

Erbrecht.

§. 97. I. Von der Erbfähigkeit. [1])
§. 98. II. Von der Obsignation des Nachlasses, [2])
§. 99. III. Von dem Testamente zur Cholerazeit. [3])
IV. Von der gesetzlichen Erbfolge:
§. 100. A. in Familien-Fideicommisse; [4])
§. 101. B. in landwirthschaftliche Erbgüter. [5])

1) a. Erbfähigkeit ausländischer Stiftungen: Verord. v. 10. Nov. 1811 (beruhend auf dem Gen.-Mand. v. 9. Febr. 1787), Reg.-Bl. S. 1720 flg.; Novellen z. Baier. LR. S. 327—29.

b. Erbfähigkeit der Mönche und Nonnen: Verord. v. 17. Nov. 1803 u. 27. April 1807 §. 1, Reg.-Bl. S. 997 flg.; 750; Novellen S. 319 fl., 324. [Weitere hieher gehörige Erlasse s. das S. 322, 26, 27.] Vgl. v. Gäßler's Frauen-Recht S. 574 flg.

2) S. im Allgemeinen Pözl's Verwaltungsrecht §. 58 S. 114—16. In Betracht kommt hier vornehmlich die Versieglung oder Sperre der Verlassenschaften

a. siegelmäßiger Personen. Beilage VIII z. VU. v. 1818 §. 8. Vgl. dazu v. Arnold's Erörterungen S. 490—95, Pözl's Verfassungsrecht §. 46 S. 114; Bl. f. RA. XXII, 289 flg.

b. von Beamten, Verord. v. 8. Febr. 1808 und 2. Sept. 1811, Reg.-Bl. S. 149, 1105.

c. von Geistlichen, Verord. v. 28. Juli 1818, Reg.-Bl. S. 469.

d. von Militärpersonen, Gesetz über die Militär-Gerichtsbarkeit v. 15. Aug. 1828 §. 8 Ges.-Bl. S. 45.

3) Gesetz, einige civilrechtliche Gegenstände auf den Fall des Einbringens der asiatischen Cholera in das K. Bayern betr., v. 28. Dez. 1831 (Ges.-Bl. S. 241 flg.) Nr. I §§. 1, 2. — Von den durch das Gesetz ausdrücklich in Geltung erhaltenen, nur bezüglich der Zeugenzahl, welche allenthalben auf zwei beschränkt wird, unter Umständen modifizirten Particularbestimmungen über letztwillige Verordnungen zur Zeit der Pest sind hervorzuheben: Bayer. LR. v. 1756 III, 4 §. 6; Preuß. LR. I, 12 §§. 196—200; Bamberg. Verord. v. 20. Juni 1681 nr. 6 (v. Weber's Darstellung der Provinzial- u. Statutarrechte des K. Bayern Bd. I S. 735); Ansbacher Amts-Ord. v 1608 Tit. XI Nr. 2 (Arnold's Beitr. I, 25); Hohenloh. LR. v. 1738 IV, 3 §. 6; Nürnberg. Rath-Decrete v. 1588 und 1635 (Lahner's Samml. der Addit.-Decr. S. 676, 77); Würzburg. Verord. v. 15. Oct. 1597 (v. Schelhaß, Darstell. des Würzb. Landrechts §. 87 m. Note 5 S. 169, 70); Oettingen-Spielberg. Testaments-Ord. v. 1705 Nr. VIII (Arnold a. a. O. S. 594, 95). Vgl. noch Bl. f. RA. XXII, 13, 14.

4) Beilage VII z. VU. v. 1818 §§. 77—91 mit Pözl, Verfassungsrecht §. 58 S. 138 flg. (S. oben §. 52 Note 19 S. 39.)

5) Gesetz v. 22. Febr. 1855 Artt. 9—26. (S. oben §. 51 Note 10 S. 37.)